



Südtiroler Landtag
Consiglio della Provincia Autonoma di Bolzano
Cunsëi dla Provinzia Autonóma de Bulsan

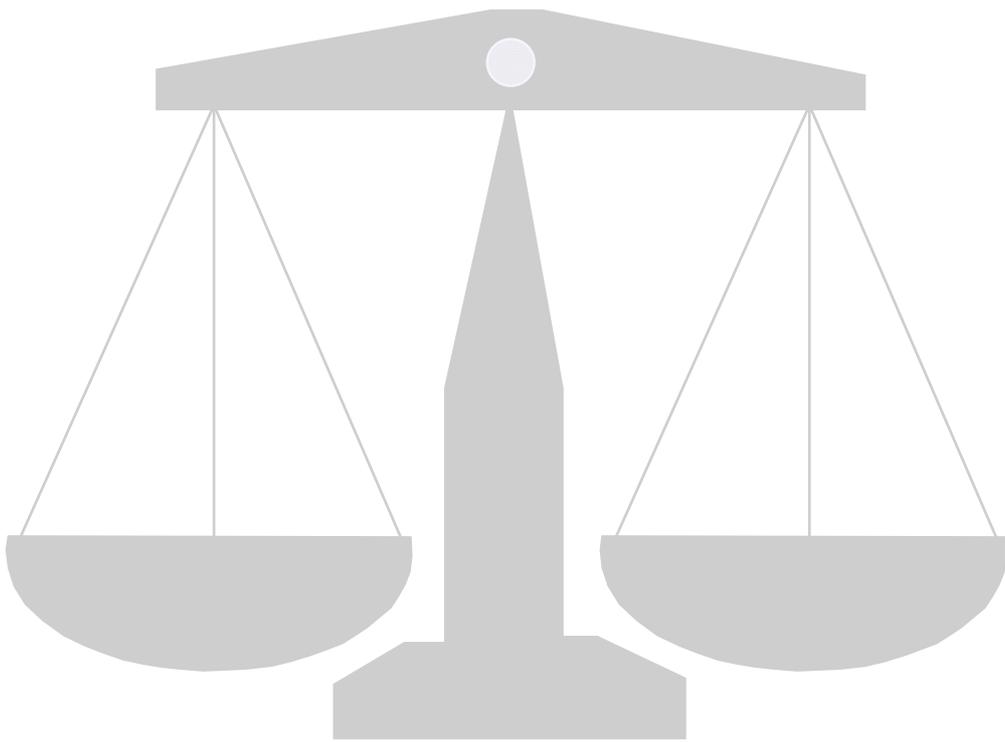
**Der
Volksanwalt**

**Il difensore
civico**

**Le defensor
popolar**

Tätigkeitsbericht 1997-1998

*Besser schlichten
als richten*



Inhaltsverzeichnis

VORWORT	5
1 ALLGEMEINES	6
1.1 AUFGABENBEREICH	6
1.2 AUSSTATTUNG DER VOLKSANWALTSCHAFT	9
1.2.1 <i>Personal</i>	9
1.2.2 <i>Räumlichkeiten</i>	13
1.3 INFORMATIONSTÄTIGKEIT	15
1.3.1 <i>Teilnahme an Veranstaltungen</i>	15
1.3.2 <i>Vorträge</i>	19
1.3.3 <i>Aussprachen über Gemeindevolksanwalt</i>	21
1.3.4 <i>Referententätigkeit</i>	22
1.3.5 <i>Öffentlichkeitsarbeit</i>	23
1.4 SPRECHSTUNDEN	23
2 STATISTIK	25
2.1 AUFGLIEDERUNG NACH DEM ERGEBNIS DER BEARBEITUNG	25
2.1.1 <i>Eingaben, die in den Berichtsjahren zur Bearbeitung vorlagen</i>	25
2.1.2 <i>In den Berichtsjahren abgeschlossene Fälle</i>	25
2.2 AUFGLIEDERUNG NACH ART DER VORLAGE	26
2.3 AUFGLIEDERUNG NACH GESCHLECHT DER BESCHWERDEFÜHRER	26
2.4 JAHRESVERGLEICH	26
2.5 FÄLLE GEORDNET NACH MONATEN	27
2.6 FÄLLE GEORDNET NACH TALGEMEINSCHAFTEN IM VERHÄLTNIS ZUR WOHNBEVÖLKERUNG	27
3 KURZBESCHREIBUNG DER FÄLLE	28
3.1 GRUNDSÄTZLICHES	28
3.2 DIE EINZELNEN ABTEILUNGEN DER LANDESVERWALTUNG UND DIE ANDEREN TÄTIGKEITSBEREICHE	31
3.2.1 <i>Anzahl der Anfragen insgesamt</i>	31
3.2.2 <i>Anfragen - Beschwerden 1997</i>	33
Abteilung 1 - Präsidium	33
Abteilung 3 - Anwaltschaft des Landes	33
Abteilung 4 - Personalverwaltung	34
Abteilung 6 - Bauten- und Vermögensverwaltung	35
Abteilung 7 - Örtliche Körperschaften	36

Abteilung 11 - Hochbau und technischer Dienst	36
Abteilung 12 - Strassenbau und Entsorgungsanlagen	37
Abteilung 13 - Denkmalpflege	37
Abteilung 14 - Deutsche und ladinische Schule und Kultur.....	37
Abteilung 15 - Italienische Schule und Kultur.....	37
Abteilung 16 - Deutsches Schulamt	38
Abteilung 17 - Italienisches Schulamt	38
Abteilung 19 - Arbeit	39
Abteilung 20 - Deutsche und ladinische Berufsbildung.....	39
Abteilung 21 - Italienische Berufsbildung	40
Abteilung 23 - Gesundheitswesen	40
Abteilung 24 - Sozialwesen.....	41
Abteilung 25 - Wohnungsbau.....	41
Abteilung 26 - Brand- und Zivilschutz	43
Abteilung 27 - Raumordnung	43
Abteilung 28 - Landschafts- und Naturschutz	44
Abteilung 29 - Umwelt- und Arbeitsschutz	44
Abteilung 30 - Wasserwirtschaft und Wasserschutzbauten	44
Abteilung 31 - Landwirtschaft.....	45
Abteilung 32 - Forstwirtschaft.....	45
Abteilung 35 - Handwerk.....	46
Abteilung 36 - Tourismus, Handel und Dienstleistungen	46
Abteilung 37 - Wasser und Energie	46
Abteilung 38 - Verkehr und Transportwesen.....	47
Institut für den geförderten Wohnbau.....	47
Sanitätseinheiten	50
Region	51
Gemeinden	52
Bezirksgemeinschaften.....	59
Staat – öffentliche Dienste	60
Verschiedenes	63
Privat.....	64
3.2.3 Anfragen - Beschwerden 1998.....	65
Generaldirektion.....	65
Abteilung 1 - Präsidium.....	65
Abteilung 2 - Zentrale Dienste.....	65
Abteilung 3 - Anwaltschaft des Landes	66
Abteilung 4 - Personalverwaltung	66
Abteilung 6 - Bauten- und Vermögensverwaltung.....	68
Abteilung 7 - Örtliche Körperschaften	68
Abteilung 11 - Hochbau und technischer Dienst	69
Abteilung 12 - Strassenbau und Entsorgungsanlagen	69
Abteilung 13 - Denkmalpflege	69
Abteilung 14 - Deutsche und ladinische Schule und Kultur.....	70
Abteilung 15 - Italienische Schule und Kultur.....	70
Abteilung 16 - Deutsches Schulamt	70
Abteilung 17 - Italienisches Schulamt	71
Abteilung 19 - Arbeit	71
Abteilung 20 - Deutsche und ladinische Berufsbildung.....	72
Abteilung 21 - Italienische Berufsbildung	72

Abteilung 23 - Gesundheitswesen	72
Abteilung 24 - Sozialwesen.....	73
Abteilung 25 - Wohnungsbau.....	73
Abteilung 26 - Brand- und Zivilschutz	74
Abteilung 27 - Raumordnung	75
Abteilung 29 - Umwelt- und Arbeitsschutz	75
Abteilung 30 - Wasserwirtschaft und Wasserschutzbauten	75
Abteilung 31 - Landwirtschaft.....	76
Abteilung 32 - Forstwirtschaft.....	76
Abteilung 33 - Land- und forstwirtschaftliches Versuchswesen	76
Abteilung 35 - Handwerk.....	77
Abteilung 36 - Tourismus, Handel und Dienstleistungen	77
Abteilung 38 - Verkehr und Transportwesen.....	77
Institut für den geförderten Wohnbau.....	78
Sanitätseinheiten	81
Sonderverwaltungen	84
Region	84
Gemeinden	84
Bezirksgemeinschaften.....	97
Staat – öffentliche Dienste	98
Verschiedenes	101
Privat.....	102
SCHLUSSWORT.....	103
ANHANG	105
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Tätigkeitsbericht 1997 für die Präsidenten von Kammer und Senat ▪ Tätigkeitsbericht 1998 für die Präsidenten von Kammer und Senat ▪ Veröffentlichung EOI-Varia 20: <i>„Die rechtlichen und faktischen Grundlagen für das Verhältnis des Landesvolksanwaltes zu den Gemeinden Südtirols“</i> ▪ Vortrag an der Universität Innsbruck: <i>„Der Volksanwalt und seine Einbindung in das italienische Verwaltungsverfahren“</i> ▪ Verzeichnis der Regionalen Volksanwälte Italiens ▪ Der LANDESVOLKSANWALT im Internet mit umfangreichen Informationen ▪ Der EURO-OMBUDSMAN im Internet 	

VORWORT

Der **kleine Mitarbeiterstab** einerseits und die **große Zahl der Anlaßfälle** andererseits zwangen mich, im Jahre 1998 eine Entscheidung zu treffen: **entweder** einen Bereich von Bürgerbeschwerden z.B. das **öffentliche Dienstrecht** bis auf die erfolgte Personalaufstockung nicht mehr zu behandeln **oder** die Erstellung des Jahresberichtes 1997 um ein Jahr oder noch länger zu verschieben.

Wieso sollte ich gerade den Bereich „Öffentliches Dienstrecht“ nicht mehr behandeln? Deshalb, weil dafür ja die Gewerkschaften, das Schlichtungskollegium beim Arbeitsamt und das Arbeitsgericht zuständig wären. Dementsprechend ist in den Volksanwaltschaftsgesetzen der Regionen Venetien, Ligurien, Emilia-Romagna, Basilicata und der Autonomen Region Sardinien der Öffentliche Dienst als Zuständigkeit des Volksanwaltes auch ausdrücklich ausgeklammert.

Ich habe mich für letzteres entschieden, d.h. dieses Mal wird ein **Zwei-Jahresbericht** verfaßt, für die Jahre 1997 und 1998. Ich räumte nämlich der Behandlung von Bürgeranliegen den Vorrang gegenüber dem (kaum feststellbaren) Interesse an meinem Jahresbericht 1997 ein. Nur 4 bis 5 Personen haben sich nämlich bis jetzt danach erkundigt, wohingegen die eingeschobenen Arbeitstage an Samstagen und gelegentlich auch an Sonntagen nicht ausreichten, alle Bürgerbeschwerden mit der jeweils gebotenen Eile zu behandeln, was gelegentlich auch für Unzufriedenheit mit der Arbeit des Volksanwaltes sorgte. Ich bin mir dabei durchaus bewußt, der gesetzlichen Vorgabe, jährlich einen Tätigkeitsbericht zu erstellen, nicht nachgekommen zu sein, befinde mich allerdings in der Gemeinschaft der europäischen Ombudsleute damit nicht allein.

Die Zahl der Bürger, die im Jahre 1997 einen **Erstkontakt** mit der Volksanwaltschaft hatten, ist im Verhältnis zu 1996 um **7,1 %** von 1953 auf **2091** gestiegen. Diese Zahl hat sich im Jahre 1998 um weitere **3,2 %** auf **2157** erhöht. Davon wurden **624** im Jahre 1997 und **668** im Jahre 1998 aktenmäßig erfaßt.

Für diesen anhaltenden **Aufwärtstrend** der Zahl der Anlaßfälle sind folgende zwei Gründe ausschlaggebend:

1. Der **gestiegene Bekanntheitsgrad der Volksanwaltschaft**. Dazu trägt sicherlich auch meine Vortragstätigkeit bei.
2. Die **Ausdehnung des Interventionsbereiches** auf alle in Südtirol tätigen Stellen der öffentlichen Verwaltung (Art. 3, Abs. 5, LG 14/96); kraft des Gesetzes 127/97 (Bassanini 2) auch auf die Staatsstellen mit Ausnahme der Bereiche Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Justiz.

Bei den Sprechstunden in den Außenbezirken werde ich oftmals mit Anliegen befaßt, die in den Bereichen des Personen- und Familienrechtes, des Erbrechtes, des Sachenrechtes und des Schuldrechtes fallen. **Eine aktive Rolle des Volksanwaltes im Bereiche des Privatrechtes ist ausgeschlossen.** Die Bürger werden darüber in der Sprechstunde aufgeklärt, weshalb sich in solchen Fällen meine Arbeit auf das Erteilen von Auskünften und Ratschlägen beschränkt, sofern es gewünscht wird und ich dazu in der Lage bin.

Auch das **unerträgliche Verhalten von Versicherungsgesellschaften** ist oft Gegenstand von Beschwerden aufgebracht Bürger.

1 ALLGEMEINES

1.1 Aufgabenbereich

Strukturell, d.h. personell und in bezug auf die räumliche Unterbringung der Volksanwaltschaft, hat sich im Laufe der Berichtsjahre 1997 und 1998 allerhand getan. Näheres darüber kann aus den entsprechenden Abschnitten dieses Berichtes entnommen werden.

Auch die Arbeit als solche hat sich nach meiner Einschätzung seit Beginn meiner Tätigkeit als Volksanwalt im fernen Februar des Jahres 1992 - ich bin mittlerweile der

dienstälteste regionale Volksanwalt Italiens - wesentlich geändert. Während Teile der „Kundschaft“ fordernder als früher auftreten, im Sinne, daß immer öfter sogenannte Bagatellfälle vorgetragen werden, die „sofort“ zu behandeln wären, ist die Bereitschaft der Funktionäre der öffentlichen Verwaltung, mit dem Volksanwalt bei der Lösungssuche zusammenzuarbeiten, weiter gestiegen. Es sind nur mehr sehr wenige Behördenvertreter, die immer noch nicht verstanden haben, daß die Tätigkeit des Volksanwaltes auch für die öffentliche Verwaltung nützlich ist.

Es wären in 2-3 Fällen durchaus auch die Voraussetzungen gewesen, dieses Personal im Sinne des Art.3, Abs.4, LG Nr. 14/1996 beim zuständigen **Disziplinarorgan** zur Anzeige zu bringen. Ich habe mir aber vorgenommen, diese Bestimmung nie anzuwenden. Vor allem möchte ich nämlich den Beteiligten diese Peinlichkeit ersparen, denn um eine solche würde es sich wohl handeln, wenn das Disziplinarorgan kein Kollegium, sondern wie in der Landesverwaltung eine Einzelperson ist, die über eine andere Einzelperson, womöglich in fast derselben Funktionsebene, eine Disziplinarstrafe zu verhängen hat. Außerdem besteht noch ein anderer Grund, weshalb ich diese Bestimmung nie anzuwenden beabsichtige: die gesetzlich verankerte offensichtliche Ungleichbehandlung zwischen dem **Personal**, das die Arbeit des Volksanwaltes erschwert und dem **Politiker**, der dasselbe tut. Gegen letzteren kann nämlich disziplinarrechtlich nicht vorgegangen werden, also unterlasse ich es auch gegenüber dem Personal.

Zu massiver und **berechtigter Beschwerde** Anlaß gab und gibt noch immer das im sogenannten *Transparenzgesetz* (LG Nr. 17/1993) festgeschriebene Verfahren in bezug auf die **Aufsichtsbeschwerde**. Während lt. Art. 7 dieses Gesetzes „jede Verwaltungsmaßnahme begründet sein muß“, reicht für die Ablehnung der Aufsichtsbeschwerde, daß „das zuständige Organ innerhalb einer Frist von 90 Tagen keine Entscheidung mitteilt“ (Art. 9, Abs. 13). Einfacher an einem Beispiel ausgedrückt: der Amtsdirektor läßt die Beschwerde 90 Tage lang liegen (liest sie vielleicht gar nicht) und sie „gilt in jeglicher Hinsicht als abgewiesen“; das Schöne, er handelt dabei noch gesetzeskonform! Die einfache Frage, die sich der betroffene Bürger stellt, lautet: **ist es möglich, daß „jede“ Verwaltungsmaßnahme begründet sein muß, aber die Ablehnung einer Beschwerde nicht?**

Ein diesbezüglich beim Direktor des ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR MENSCHENRECHTE in Salzburg, Herrn Univ.-Prof. DDr. Franz Matscher, eingeholtes Gutachten enthält folgenden Kernsatz: *Die Regelung des Art. 9, Abs. 13, LG ist – bei allem Verständnis für eine Entlastung der Verwaltung – **rechtsstaatlich gesehen, sicherlich ein Unding**, weil sie das Recht auf Aufsichtsbeschwerde nach Art. 9, Abs. 1 und 2 weitgehend illusorisch macht.*

Meine diesbezüglichen Interventionen beim Landeshauptmann brachten folgenden Erfolg: Der Generaldirektor der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol ersuchte den Direktor eines Landesamtes, **in Zukunft für sämtliche Aufsichtsbeschwerden entsprechende Beschlüsse vorzubereiten, damit diese innerhalb der gesetzlichen Frist von der Landesregierung behandelt werden können.** Angesichts der Tatsache, daß es in der Landesverwaltung **176 Ämter** gibt, ein etwas bescheidener Erfolg, muß ich zugeben. Deshalb empfehle ich, obgenanntes „Ersuchen“ in Form einer **Anweisung an alle Organe, die zur Entgegennahme von Aufsichtsbeschwerden ermächtigt sind**, zu richten.

Auch habe ich, immer in bezug auf die Aufsichtsbeschwerde, den Vorschlag einer Beschwerdeführerin aufgegriffen und an den Landeshauptmann weitergeleitet. Der Vorschlag lief allgemein darauf hinaus, daß **in Befolgung des Unparteilichkeits- und Neutralitätsgrundsatzes (Art. 3 und 97 der Verfassung) nicht das Organ, das die angefochtene Maßnahme erlassen hat, befugt sei, der Landesregierung die Annahme oder Ablehnung der Beschwerde vorzuschlagen, sondern eine unabhängige Behörde**, wobei die Beschwerdeführerin auf die Abteilung Örtliche Körperschaften hinwies. Der Vorschlag wurde mit einer nicht völlig überzeugenden Begründung abgelehnt. Als Kompromiß schlage ich vor, daß man zwischen dem vorbereitenden bzw. ermittelnden Organ und der über die Beschwerde entscheidenden Landesregierung **die Landesprüfstelle als neutralitätssichernde Instanz** einsetzen möge.

Ein weiteres Phänomen gewann in den Berichtsjahren 1997/98 an Aktualität: **Immer mehr bei der Landesverwaltung beschäftigte Menschen haben psychologische Probleme, die sich am Arbeitsplatz in irgendeiner Weise negativ auswirken.** Daß es immer mehr werden, ist schon durch die große Zahl der Beschäftigten bedingt: rd. **19.000 Gehälter** werden monatlich von der Landesverwaltung ausbezahlt.

Die psychologischen Probleme haben die vielfältigsten Ursachen und äußern sich in ebenso vielfältigen Formen. Zu den Ursachen zählen u.a. Krankheit, Probleme im privaten Bereich (Familie, Partnerschaft, Krankheit und Tod von Angehörigen), Suchtkrankheit und vermehrt auch das sogenannte Mobbing (Schikane am Arbeitsplatz). Da ich immer öfters mit solchen Problemen befaßt wurde, deren Behandlung überdies sehr zeitaufwendig und selten – besonders die Mobbing-Fälle - erfolgreich war, sah ich mich veranlaßt, den Vorschlag zu machen, eine Art „**betriebspsychologischen Dienst**“ einzurichten. Jeder größere Privatbetrieb, der auf sich etwas hält, hat einen solchen, von kompetenten und mit größter Diskretion arbeitenden Experten geführten Dienst. Ansätze für die Umsetzung dieses Vorschlages sind vorhanden.

1.2 Ausstattung der Volksanwaltschaft

1.2.1 Personal

Das Jahr 1997 begann mit demselben Personalnotstand wie das Jahr 1996 endete. Der Volksanwalt und seine Mitarbeiterinnen, **Frau Annelies Geiser Mair als Sekretärin und Frau Dr. Verena Crazzolara als akademische Mitarbeiterin**, mußten Feuerwehr spielen. Das brachte mit sich, daß eine gründliche Beschwerdebehandlung nicht immer ausreichend garantiert werden konnte. Daß es überhaupt einigermaßen ging, ist den genannten Mitarbeiterinnen zu verdanken.

Im März 1997 wurde dann vom Landtag ein öffentlicher Wettbewerb für die Besetzung einer Akademikerstelle bei der Volksanwaltschaft ausgeschrieben. Die Juristin, **Frau Dr. Priska Garbin Touboul** gewann den Wettbewerb und ist **seit 1. Oktober 1997** meine zweite akademische Mitarbeiterin. Frau Dr. Garbin unterrichtete vorher einige Jahre an Südtirols Oberschulen Rechtskunde. Es stellte sich alsbald heraus, daß sie eine persönliche Eignung für volksanwaltschaftliches Arbeiten hat, sodaß sie den beruflichen Umstieg leicht bewältigte. Heute ist Frau Dr. Priska Garbin Touboul eine Mitarbeiterin mit großem Teamgeist, die ihr Wissen und ihr Einfühlungsvermögen ganz in den Dienst der Volksanwaltschaft stellt.

Am 5. Jänner 1998 hat im Sekretariat **Frl. Andrea Kuprian** anstelle der wegen Mutterschaft in den Wartestand getretenen Frau Annelies Geiser Mair den Dienst aufgenommen. Frl. Kuprian hatte im „Team“ schon bald ihre wertvolle Mitarbeit eingebracht.

Die vom Südtiroler Landtag bereits am **7. Mai und am 8. Oktober 1997** um 2 Stellen für Akademiker/innen **beschlossene Erweiterung des Stellenplanes** für die Volksanwaltschaft konnte bis weit in das Jahr 1999 nicht realisiert werden. Den Grund hierfür will ich den Lesern dieses Berichtes mit den nachstehenden Ausführungen zur Kenntnis bringen:

Nach Bekanntwerden der Stellenplanerweiterung haben 2 Personen ihr starkes Interesse an der Mitarbeit in der Volksanwaltschaft bekundet. Über deren persönliche Eignung hatte ich keine Zweifel, da sie eine reiche Berufs- und Lebenserfahrung nachweisen konnten und in Gesprächen ihr Interesse an volksanwaltschaftlicher Tätigkeit überzeugend darlegten. Beide Personen, seit Jahren Planstelleninhaber im öffentlichen Dienst, hatten aber einen akademischen Studientitel mit der „falschen“ Ausrichtung: sie paßten nicht in das vorgesehene Berufsbild eines Experten im Verwaltungssektor. Das und der Umstand, daß es europa- ja weltweit genügend Beispiele von hervorragenden Volksanwaltschaft-Mitarbeitern mit den verschiedensten Studienrichtungen gibt, bewog mich, laut über die Möglichkeit nachzudenken, ein eigenes Berufsbild für die Volksanwaltschaft zu schaffen. Mit Schreiben vom 16.5.1997 hat mich der Generalsekretär des Landtages aufgefordert, einen konkreten Vorschlag für das zu schaffende Berufsbild **Akademische/r MitarbeiterIn der Volksanwaltschaft** zu formulieren. Der Aufforderung kam ich folgendermaßen nach:

„Der/die akademische MitarbeiterIn erfüllt die Aufgaben, deren Wahrnehmung eine besondere analytische und gleichzeitig einfühlsame Denk- und Handlungsweise erfordert, hilft bei der Organisation der Anwaltschaft mit, koordiniert und bedient die Arbeit der ihm/ihr zugeteilten MitarbeiterInnen aufgrund von allgemeinen Vorgaben und/oder Hinweisen des Volksanwaltes/der Volksanwältin.

1. Aufgaben

Der/die MitarbeiterIn

- sorgt für die Anwendung der die Volksanwaltschaft betreffenden Rechtsvorschriften;
- verfaßt Beiträge, Stellungnahmen und Berichte;
- bearbeitet und überprüft Unterlagen, Schriftstücke und Akten;
- verfaßt mündlich und schriftlich vorgetragene Sachverhaltsdarstellungen und Beschwerdeinhalte und zieht daraus nach einer entsprechenden Analyse die erforderlichen Schlußfolgerungen;
- erarbeitet Vorschläge für die Lösung vorgetragener Fälle;
- führt Lokalaugenscheine und Kontrollen durch, arrangiert Ortstermine und Aussprachen und trifft die diesbezüglich erforderlichen Maßnahmen;
- sucht für die Problemlösungen die Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden Dienststellen der öffentlichen Verwaltung;
- bietet den vorsprechenden Bürgern Information und Beratung an;
- vermittelt im Rahmen volksanwaltschaftlicher Tätigkeit bei Konflikten;
- arbeitet bei Veranstaltungen mit und/oder organisiert sie;
- verfaßt und übersetzt Schriftstücke und Entscheidungsunterlagen;
- hält Sprechstunden in Vertretung des Volksanwaltes/der Volksanwältin, auch in den Außenbezirken;
- vertritt und/oder begleitet den Volksanwalt/die Volksanwältin bei Tagungen von Bürgerschutzeinrichtungen im In- und Ausland;
- arbeitet mit bei der Kontaktpflege zu den Medien.

2. Zugangsvoraussetzungen

- ein mit einem akademischen Titel abgeschlossenes und anerkanntes Hochschulstudium;
- Zweisprachigkeitsnachweis bezogen auf das Doktorat.“

Das Präsidium des Südtiroler Landtages hat sich mit diesem Vorschlag befaßt und im **Entwurf eines Abkommens zwischen den Gewerkschaftsvertretungen und dem Südtiroler Landtag bezüglich der Abänderung bzw. Ergänzung der Be-**

rufsbilder des Personals des Südtiroler Landtages sich dazu u.a. folgendermaßen geäußert:

*„in Anbetracht der Tatsache, daß der amtierende Volksanwalt die Schaffung eines eigenen der VIII Funktionsebene zuzuordnenden Berufsbildes mit der Bezeichnung ‚Akademischer Mitarbeiter/akademische Mitarbeiterin der Volksanwaltschaft‘, das **allen Bewerbern/Bewerberinnen im Besitze eines beliebigen Doktorates offen stehen sollte**, vorgeschlagen und diesen seinen Antrag mit dem Hinweis begründet hat, daß die der Volksanwaltschaft bereits zugeteilten Bediensteten mit Doktorat vorwiegend nicht Aufgaben verwaltungsmäßiger Natur verrichten und daß es deshalb für die Effizienz des Amtes nicht nur nicht zweckmäßig sondern sogar von Nachteil wäre, wenn der Zugang zu den entsprechenden Stellen auf Bewerber/innen beschränkt bliebe, die die Voraussetzungen für das Berufsbild eines Experten/einer Expertin im Verwaltungsbereich erfüllen;*

*auf die Erwägung hin, **daß diesem Vorschlag mit voller Überzeugung zugestimmt werden kann**, zumal er darauf abzielt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der Volksanwalt/die Volksanwältin mit seinen/ihren Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen seinen/ihren Aufgaben in den verschiedenen spezifischen Bereichen (Gesundheitswesen, Umwelt- und Naturschutz, Vertretung der Anliegen von Kindern und Jugendlichen u.a.) bestens nachkommen kann;“*

Um das Einverständnis der Gewerkschaften für dieses Abkommen zu gewinnen, habe ich mit diesen Einzelgespräche geführt. Schließlich hat noch eine gemeinsame Aussprache stattgefunden. Während der Vertreter der konföderierten Gewerkschaften AGB-SGB-SGK und die Vertreterin des Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbundes ASGB meinem Vorschlag zustimmten, lehnte ihn die Vorsitzende der Gewerkschaft der Landesbediensteten ab. Meine Vorstellung, daß **nicht nur die Studienrichtung, sondern besonders auch die persönliche Eignung und die Berufs- und Lebenserfahrung** die besten Garantien für eine wirkungsvolle Mitarbeit in der Volksanwaltschaft sein würden, fand bei ihr kein Gehör. Auch daß es sich um Personen handeln sollte, die nicht von außen ohne Wettbewerb berufen werden sollten, sondern die bereits im öffentlichen Dienst tätig sind und im Wege der horizontalen Mobilität in die Volksanwaltschaft wechseln würden, war für die Frau Vorsitzende kein Grund, meinen Vorschlag anzunehmen. Auch mein Antrag, meine Vorstellungen

dem Vorstand der Gewerkschaft der Landesbediensteten zu erläutern, wurde abgelehnt.

Meine Argumente wurden nicht widerlegt, dafür aber die Möglichkeit, ein neues Berufsbild zu schaffen, um in absehbarer Zeit neue Mitarbeiter aufnehmen zu können, erfolgreich blockiert!

Das alles war möglich, weil von den rund 55 Bediensteten des Südtiroler Landtages 15 gewerkschaftlich organisiert sind und davon 8(!), also die Mehrheit, bei der besagten Gewerkschaft der Landesbediensteten eingeschrieben sind.

Die weltweit geltende Auffassung, daß die Gewerkschaften zu den natürlichen Verbündeten der Volksanwaltschaften zählen, traf in diesem Falle nicht zu.

Das Landtagspräsidium hat angesichts der Tatsache, daß es nicht möglich war, meinen Vorschlag nach Schaffung des neuen Berufsbildes „Akademische/r MitarbeiterIn der Volksanwaltschaft“ zu konkretisieren, in der Sitzung vom 7. Oktober 1998 beschlossen, die zwei noch zu besetzenden Stellen dem Berufsbild eines/einer Experten/in im Verwaltungssektor zuzuordnen. Der Beschluß wurde laut Mitteilung des Landtagspräsidenten auch deshalb gefaßt, um weitere Verzögerungen bei der Besetzung der Stellen zu vermeiden. Gegen Ende des Jahres 1999 werden diese Stellen dann voraussichtlich besetzt werden.

1.2.2 Räumlichkeiten

Aufgrund eines Beschlusses des Landtagspräsidiums ist die Volksanwaltschaft am 7./8. November 1996 in das Laubenhaus Nr. 22 übersiedelt. Es handelt sich dabei um einen Standort, der allen Anforderungen einer Ombudsstelle gerecht wird: **neutral**, also abseits von Amtsgebäuden, **und zentral**, also für den Bürger leicht erreichbar, **gelegen**. Die Büros befinden sich im 3. Stock und ein behindertengerechter Aufzug steht zur Verfügung.

Die 1997 beschlossene Stellenplanerweiterung brachte es mit sich, daß der Amtssitz für die Unterbringung der künftigen MitarbeiterInnen über zu wenig Fläche verfügen würde. Meinem Ersuchen, die zwei angrenzenden Räume zugewiesen zu bekommen, wurde von den Zuständigen dankenswerterweise sofort entsprochen.

Im November 1997 gab ich dem Generalsekretär des Südtiroler Landtages den **Raumausstattungsbedarf für die Büros der Volksanwaltschaft** bekannt. Ich wurde bei der Erhebung desselben tatkräftig vom Direktor des Landesökonomates Rag. Roman Sandri unterstützt. Dieselbe Unterstützung wurde mir durch den Direktor des Landesamtes für Luft und Lärm Ing. Norbert Lantschner bei der Wahl von **umwelt- und gesundheitsschonenden Beleuchtungskörpern** für die Grundbeleuchtung und für die Arbeitsplatzleuchten zuteil.

Im Mai 1998 war es dann soweit: Mit Ausnahme des Büros des Volksanwaltes wurden alle Büros neu eingerichtet. Im Büro des Volksanwaltes verblieben die vorhandenen Möbel; nur ein kleiner Besprechungstisch und die Bestuhlung sind auch hier neu. Ich bin bei der Wahl der Möbel für die Annahme des kostengünstigsten Angebotes eingetreten, weil es den Vorstellungen einer ansprechenden und funktionellen Ausstattung durchaus entsprach.

Im März 1998 stellte ich den Antrag auf Ausstattung der Arbeitsplätze mit PCs. Im Oktober wurden sie geliefert. Im Januar 1999 besuchte „das Team“ einen Kurs für *Einführung in Windows 95 und in Word für Windows* und **im späten Frühjahr 1999 konnte mit dem neuen EDV-System, einschließlich Internet**, mit dem, seit Januar noch vorhandenen Wissen gearbeitet werden. Täglich werden die Fähigkeiten, dieses System zu bedienen, größer.

Das Amt des Volksanwaltes stellt sich raummäßig folgendermaßen dar: **Ein Wartezimmer, sieben unabhängige Büroplätze und ein Versammlungs- bzw. Vortragsraum für höchstens 18 Personen.**

Die Leser dieses Berichtes sind eingeladen, das Büro des Volksanwaltes zu besichtigen.

1.3 Informationstätigkeit

***Ein Recht, das nicht bekannt ist,
wird nicht beansprucht
und ein nicht beanspruchtes Recht
ist wie ein verlorenes Recht.***

In diesem Sinne habe ich auf Anfrage und initiativ jede Gelegenheit wahrgenommen, die Bevölkerung über das Recht, sich an den Volksanwalt zu wenden, zu informieren.

Dies geschah in mannigfacher Form durch:

1.3.1 Teilnahme an Veranstaltungen

Im Jahre 1997:

Am 11. Januar in Trient an der **Eröffnung des Gerichtsjahres**;

am 21. Februar in Cagliari an der **Versammlung der Volksanwälte der Autonomen Regionen und Provinzen Italiens**, vertreten durch die Mitarbeiterin Dr. Verena Crazzolara;

am 22. Februar in Vahrn an der **Vollversammlung des Südtiroler Sängerbundes**;

am 3./4. April am **Referententraining**, veranstaltet von der Europäischen Akademie Bozen;

am 16. April in Wien am „**25. Jour-Fixe**“ auf Einladung der Österreichischen Volksanwaltschaft. Zum Thema „Die Volksanwaltschaft im Rahmen des europäischen und internationalen Ombudsman-Institutes“ hatte ich die Gelegenheit, über die Lage in Italien zu referieren;

am 18. April in Bozen an der **Jubiläumsfeier „100 Jahre für die Zukunft“** auf Einladung der Raiffeisenkasse Bozen;

am 19. April in Bozen an der **Delegiertenversammlung** des *Landesverbandes der Handwerker*;

am 19. April in Vahrn an der **Jahresversammlung** des *Katholischen Familienverbandes Südtirols*;

am 29. April an der Aussprache mit „*Katholischen Familienverband Südtirols*“ und *Jugendring* über **Kinder- und Jugendanwalt** in Bozen;

am 7. Mai an der Eröffnung der Tagung/Ausstellung „**Grenzen überschreiten**“ in Sand in Taufers;

am 9. Mai an der **Jahresversammlung** des *Verbandes der Sportvereine Südtirols* in Bozen;

am 21. Mai in Bozen am **Stammtischgespräch „Kinder- und Jugendanwaltschaft in Südtirol“** organisiert vom Jugendring;

am 22. Mai an einer **internationalen Tagung von Volksanwälten** in Trient;

am 26. Mai an der **Vorstandssitzung des Europäischen Ombudsman Institutes** in Innsbruck;

am 29. Mai an der **Generalversammlung** des *Industriellenverbandes* in Bozen;

am 4. Juni an der **Festveranstaltung „20 Jahre Volksanwaltschaft“** in Wien auf Einladung der Österreichischen Volksanwälte;

am 5. Juni an der **Konferenz der Regionalen Volksanwälte Italiens** in Rom;

am 13. Juni an einer **Tagung über Themen der Volksanwaltschaft** in Venedig;

am 20. Juni an der **Einweihung der NISF-Agentur** in Bruneck;

am 2. Juli an der Festveranstaltung „**10 Jahre Österreichisches Institut für Menschenrechte**“ in Salzburg;

am 23. Juli anlässlich einer privaten Ferienreise hatte ich nach der Begrüßung durch den Landtagspräsidenten einen ausführlichen Erfahrungs- und Gedankenaustausch mit der Vorsitzenden und den Mitgliedern des **Petitionsausschusses von Mecklenburg-Vorpommern** in Schwerin, dem auch die Mitglieder der Reisegruppe interessiert beiwohnten;

am 16. September am **Tag des Handels** auf Schloß Maretsch in Bozen;

18./21. September an **Weiterbildungsseminar für Volksanwälte** auf Schloß Hofen in Lochau a. Bodensee, dem auch die Mitarbeiterin Dr. Verena Crazzolaro beiwohnte;

am 21. Oktober an der Sitzung des **Fachbeirates zur Caritas Hospizgemeinschaft** in Bozen;

am 29./30. Oktober an der Konferenz über die „**Zusammenarbeit der regionalen Ombudsmänner und Petitionsausschüsse der Europäischen Gemeinschaft mit dem Bürgerrechtsvertreter des Europäischen Volkes**“ in Barcellona;

am 12. November an der Sitzung des **Landeskomitees der Öffentlichen Verwaltung** am Sitz des Regierungskommissariates in Bozen;

am 13./15. November in Messina an der vom Europarat organisierten Tagung „**Ein Rechtsschutz, der dem Bürger näher ist: der Ombudsmann auf lokaler und regionaler Ebene.**“ Mein mündlich vorgetragener Tagungsbeitrag *Die rechtlichen und faktischen Grundlagen für das Verhältnis des Landesvolksanwaltes zu den Gemeinden Südtirols* wurde dann im Frühjahr 1998 als „*EOI-Varia*“ veröffentlicht und liegt als Anlage diesem Bericht bei;

am 20./21. November in Meran an der Tagung „**Das neue Gesundheitswesen in Südtirol**“. Beim dort stattgefundenen *Round-Table-Gespräch* nahm ich zum wiederholten Male die Gelegenheit wahr, auf die Notwendigkeit der Errichtung einer **Schiedsstelle in Arzthaftpflichtfragen** hinzuweisen;

am 18. Dezember in Trient an einer **Aussprache mit Fachleuten zum Transparenzgesetz.**

Im Jahre 1998:

Am 12. Januar in Trient an der **Eröffnung des Gerichtsjahres;**

am 6. März an der **Konferenz der Regionalen Volksanwälte Italiens** in Florenz;

am 7. März an der **Vollversammlung** des *Südtiroler Sängerbundes* in Nals;

am 21. März an der **Jahresversammlung** des *Katholischen Familienverbandes Südtirols* in Schlanders;

am 26. März an der **Konferenz der Regionalen Volksanwälte Italiens** in Mailand;

am 3. April an der **Hauptversammlung** der *Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung;*

am 18. April an der **Delegiertenversammlung** des *Landesverbandes für Handwerker;*

am 8. Mai Teilnahme der Mitarbeiterin Dr. Verena Crazzolara an einem **Seminar in Mailand** zum Thema „La disciplina europea dei diritti dell'uomo: la nuova Corte europea e l'art. F del Trattato di Amsterdam“;

am 10./11. Mai an der **Frühjahrstagung des Vorstandes des Europäischen Ombudsman Institutes** in Sarajevo;

am 21. Mai an der **Konferenz der Regionalen Volksanwälte Italiens** in Bologna;

am 19. Juni in Bozen am **224. Jahrestag der Gründung der Finanzwache;**

am 29./30. Juni an **Arbeitsgesprächen in der Österreichischen Volksanwaltschaft** in Wien;

26./27. und 28. August am **Grundkurs für Referenten** der Europäischen Akademie Bozen;

am 19. September an der Tagung „**Schützt Impfen?**“ in Meran;

am 19. September an der Jubiläumsfeier „**20 Jahre Comunanza Ladina a Balsan**“ auf Schloß Maretsch in Bozen;

am 25./26. September an der internationalen Tagung „**Der Volksanwalt in Europa und in Italien, Gegenüberstellungen**“ in Verona;

am 28. September in Venedig an der feierlichen Eröffnung des Studienjahres für den **Master für Menschenrechte**;

am 7./9. Oktober in Malta am **6. Round-Table-Gespräch mit dem Europäischen Ombudsman**;

am 8. Oktober in Malta an der **Vorstandssitzung des Europäischen Ombudsman Institutes**;

am 16. Oktober an der **Konferenz der Regionalen Volksanwälte Italiens** in Florenz;

am 12. November an der **Konferenz der Regionalen Volksanwälte Italiens** in Genua, vertreten durch die Mitarbeiterin Dr. Verena Crazzolara.

am 14. Dezember an der **Konferenz der Regionalen Volksanwälte Italiens** in Rom.

1.3.2 Vorträge

Im Jahre 1997:

Am 22. Januar Vortrag bei einem **Informationsabend in Schlanders** auf Einladung der Gemeindeverwaltung;

am 26. Februar **Vortrag in Meran/Gratsch** auf Einladung des Ausschusses des Vereinshauses Gratsch;

am 14. April Vortrag im Rahmen einer Weiterbildungsveranstaltung in der Abteilung **Italienische Berufsausbildung** in Bozen;

am 6. Mai Vortrag bei einem **Informationsabend in Tramin**;

am 5. Juni Vortrag vor Mitgliedern der **VHS Wuppertal** in Ridnaun;

am 5. Oktober Vortrag im Rahmen der Vollversammlung der **Zweigstelle Tiers des Katholischen Familienverbandes Südtirols**;

am 15. Oktober Vortrag vor Mitgliedern des Vereines „**Arbeit und Leben**“, **Wuppertal** in Ridnaun;

am 28. November Vortrag in der Cusanus Akademie Brixen bei einem **Seminar für Angestellte im Gastgewerbe**;

Im Jahre 1998:

Am 20. Januar Vortrag bei **Bürgerversammlung in Freienfeld/Mauls**;

am 4. Februar Vortrag bei **Bürgerversammlung in Prettau** auf Einladung der Gemeinde;

am 26. Februar Vortrag in **Bruneck** auf Einladung der *Brunecker Kulturrunde*;

am 13. März Vortrag in **Kaltern** auf Einladung der „*Associazione Paese*“;

am 3. April in Bozen Referat bei einem EU-Kurs für **Ausbildung zum Verbraucherberater**;

am 17. April Vortrag im **Altersheim Leifers** auf Einladung der dortigen Verwaltung;

am 3. Mai Vortrag bei **KVW-Jahresversammlung** in Ratschings/Jaufental;

am 20. Mai Vortrag bei **KVW-Jahresversammlung** in Innichen;

am 11. Juni Vortrag bei **Bürgerversammlung in Enneberg**, gehalten von der Mitarbeiterin Dr. Verena Crazzolara;

am 14. Oktober Vortrag vor Mitgliedern der **VHS Wuppertal** in Ridnaun;

am 20. Oktober Vortrag bei **Bürgerversammlung in Lengmoos**;

am 27. Oktober Vortrag beim **Seniorenverein in Meran**;

am 11. November Vortrag bei **Bürgerversammlung in Stilfs**;

am 10. Dezember Vortrag in **Schlanders** auf Einladung des dortigen SVP-Ortsfrauenausschusses.

1.3.3 Aussprachen über Gemeindevolksanwalt

Über die Rolle des Volksanwaltes in Gemeindeangelegenheiten zum Zwecke des Abschlusses einer **Konvention über den Gemeindevolksanwalt** hatte ich mit dem Gemeinderat bzw. –ausschuß folgender Gemeinden eine Aussprache:

Im Jahre 1997:

am 14. April in **Mölten**, am 28. April in **Ahrntal**, am 30. Juni in **Innichen**, am 10. Juli in **Welsberg**, am 31. Juli in **Feldthurns**, am 12. August in **Rasen-Antholz**, am 28. August in **Kiens**, am 9. September in **Percha**, am 17. September in **Kastelruth** und am 17. Dezember in **Neumarkt**.

Im Jahre 1998:

am 27. März in **Ulten**, am 28. April in **Meran** und am 13. Oktober in **Klausen**.

1.3.4 Referententätigkeit

Im Rahmen der **Mitarbeiterschulung des Katholischen Familienverbandes Südtirols** hielt ich **im Jahre 1997** folgende Vorträge:

am 5. Februar in St. Lorenzen für den Bezirk Pustertal,
am 19. Februar in Freienfeld/Trens für den Bezirk Wipptal,
am 21. Februar in Prad am Stilfserjoch für den Bezirk Vinschgau,
am 25. Februar in Klausen für den Bezirk Eisacktal,
am 5. März in Auer für den Bezirk Unterland,
am 11. März in Algund für den Bezirk Burggrafenamt,
am 26. März in Bozen für den Bezirk Bozen.

Die **Europäische Akademie Bozen** hat mich als Referenten angeheuert. Es ist dies eine Aufgabe, die ich mit freudigem Interesse wahrnehme. Mir bietet sich dabei eine hervorragende Möglichkeit, künftige oder bereits in der öffentlichen Verwaltung tätige Mitarbeiter, meistens junge Menschen, mit dem Begriff „**Bürgernähe**“ noch vertrauter zu machen. In der Regel gehen wir, die Kursteilnehmer und ich, nach dem Referat mit anschließender Diskussion als **Verbündete** auseinander, d.h. im Bewußtsein, daß man Bürgeranliegen am besten **gemeinsam lösen** kann: Der Volksanwalt als **Ombudsman/Fürsprecher** und der öffentliche Bedienstete als **Experte**.

Die Europäische Akademie Bozen organisierte in den Berichtsjahren Grundkurse für die Ausbildung von SekretariatsassistentenInnen und für VerwaltungsinspektorenInnen, Kurse für die Ausbildung von VerwaltungsexpertenInnen und einen Ausleselehrgang für VerwaltungsinspektorenInnen.

Dabei hielt ich beim **Seminar Bürgernähe 11 Referate**, u. zw. an folgenden Tagen: **Im Jahre 1997** am 27. Mai, am 16. Juni, am 14. Oktober, am 4. und 27. November und **im Jahre 1998** am 27. Januar, am 9., 13. und 17. März, am 22. Mai und am 27. November.

Dank der räumlichen Beschaffenheit konnte ich den Teilnehmern bzw. der veranstaltenden Europäischen Akademie den Vortrags-/Versammlungsraum in der Volksanwaltschaft anbieten, wovon auch Gebrauch gemacht wurde.

Am 4. November 1998 hielt ich an der **Universität Innsbruck** auf Einladung des Institutes für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft vor Studenten und Professoren einen Vortrag zum Thema: ***Der Volksanwalt und seine Einbindung in das italienische Verwaltungsverfahren.*** Der Text dieses Vortrages liegt diesem Bericht als Anlage bei.

1.3.5 Öffentlichkeitsarbeit

Im Laufe der Berichtsjahre 1997 und 1998 hatte ich immer wieder Gelegenheit, in den Medien (Presse, Rundfunk und Fernsehen) zu Themen Stellung zu nehmen, die in einem Bezug zur Volksanwaltschaft standen.

Am 13. Juli 1998 fand am Sitz der Volksanwaltschaft in Bozen ein Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit dem Kollegen der Autonomen Provinz Trient und aus Tirol mit dem Landesvolksanwalt, mit der Patientenanwältin, mit dem Kinder- und Jugendanwalt und mit dem Umweltschutzanwalt statt. Im Anschluß daran waren die Vertreter der Medien zu einem **Pressegespräch** geladen, worüber in den darauffolgenden Tagen auch berichtet wurde.

1.4 Sprechstunden

Die Sprechstunden in den Außenbezirken **an 12 und ab 20. August 1998 an 13 Halbtagen im Monat- Neumarkt kam hinzu** - fanden immer regen Zuspruch. Sie wurden in der Regel von mir selber abgehalten. Nur ausnahmsweise übernahmen Frau Dr. Crazzolara oder Frau Dr. Garbin diese Aufgabe, dann aber zur allgemeinen Zufriedenheit.

Wie jedes Jahr möchte ich an dieser Stelle auch heuer wieder den „**Hausherren**“ für die Zurverfügungstellung der ausgestatteten Räumlichkeiten danken, besonders auch dem Personal der angrenzenden Büros – in Schlanders sind dies die ASGB-Mitarbeiter - , das sich immer sehr zuvorkommend zeigt.

In Schlanders ermöglichte mir das Wohnbauinstitut im Februar 1999 den Umzug in Räumlichkeiten desselben Gebäudes, die großzügig und bürgerfreundlich sind. Der Frau Präsidentin des Wohnbauinstitutes möchte ich dafür auch besonders danken.

Im Tätigkeitsbericht 1996 hatte ich auf die besonders für die vorsprechenden Bürger ungünstige Unterbringung in Bruneck hingewiesen. Da sich im Michael- Pacher-Haus bis zum Auszug der Kindertagesstätte keine andere Raumlösung anbot, stellte mir der Präsident der Bezirksgemeinschaft Pustertal am Sitz derselben dankenswerterweise den Sitzungsraum des Bezirksausschusses zur Verfügung. Der Vorraum dient den Bürgern als Warteraum. Es wird eine Übergangslösung sein.

Als Anlage zu diesem Bericht liegt eine Aufstellung bei, woraus alle nützlichen Informationen über die Sprechtag in den Außenbezirken ersichtlich sind.

2 STATISTIK

2.1 Aufgliederung nach dem Ergebnis der Bearbeitung

2.1.1 Eingaben, die in den Berichtsjahren zur Bearbeitung vorlagen

	1997	1998
nicht abgeschlossene Eingaben aus früheren Jahren	244	106
Neueingänge	624	668
Insgesamt	868	774

Dies entspricht im Verhältnis zum Jahr 1996 einer Zunahme von 6,8% (1997). 1998 gingen die Fälle im Vergleich zum Vorjahr um 10,8% zurück. Die Rückstände sind um 56,5% zurückgegangen, die Zahl der Neueingänge stieg von 624 im Jahre 1997 auf 668 im Jahre 1998.

2.1.2 In den Berichtsjahren abgeschlossene Fälle

	1997	in %	1998	in %
positiv	401	71,9%	428	67,1%
negativ	99	17,7%	128	20,1%
zurückgezogen u.a.	58	10,4%	82	12,8%
Insgesamt	558	100,0%	638	100,0%

Ende 1997 waren 310 Fälle und Ende 1998 136 Fälle noch nicht abgeschlossen, d.h. 64,3% der im Berichtsjahr 1997 und 82,4% der im Berichtsjahr 1998 zur Bearbeitung anstehenden Fälle wurden erledigt.

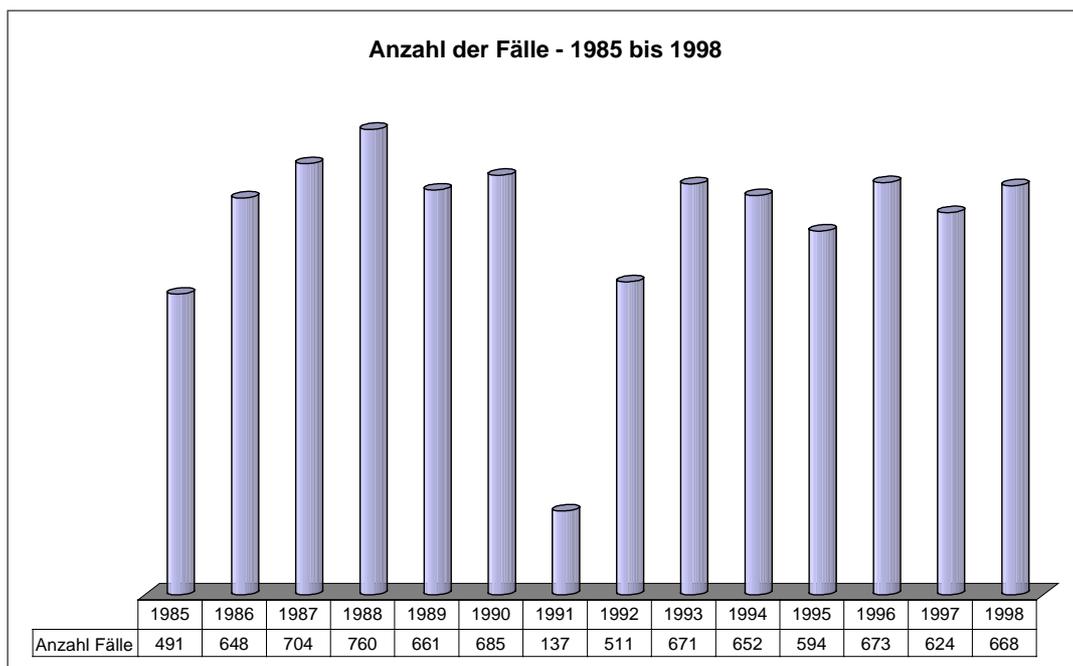
2.2 Aufgliederung nach Art der Vorlage

	1994		1995		1996		1997		1998	
Persönliche Vorsprachen	517	79,3%	466	78,4%	480	71,3%	412	66,0%	418	62,6%
Schriftliche Eingaben	92	14,1%	98	16,5%	139	20,7%	154	24,7%	218	32,6%
Telefonische Eingaben	34	5,2%	29	4,9%	35	5,2%	37	5,9%	27	4,0%
Eingaben mittels Telefax	9	1,4%	1	0,2%	19	2,8%	21	3,4%	4	0,6%
Eingaben mittels E-mail	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	1	0,2%
Insgesamt	652	100,0%	594	100,0%	673	100,0%	624	100,0%	668	100,0%

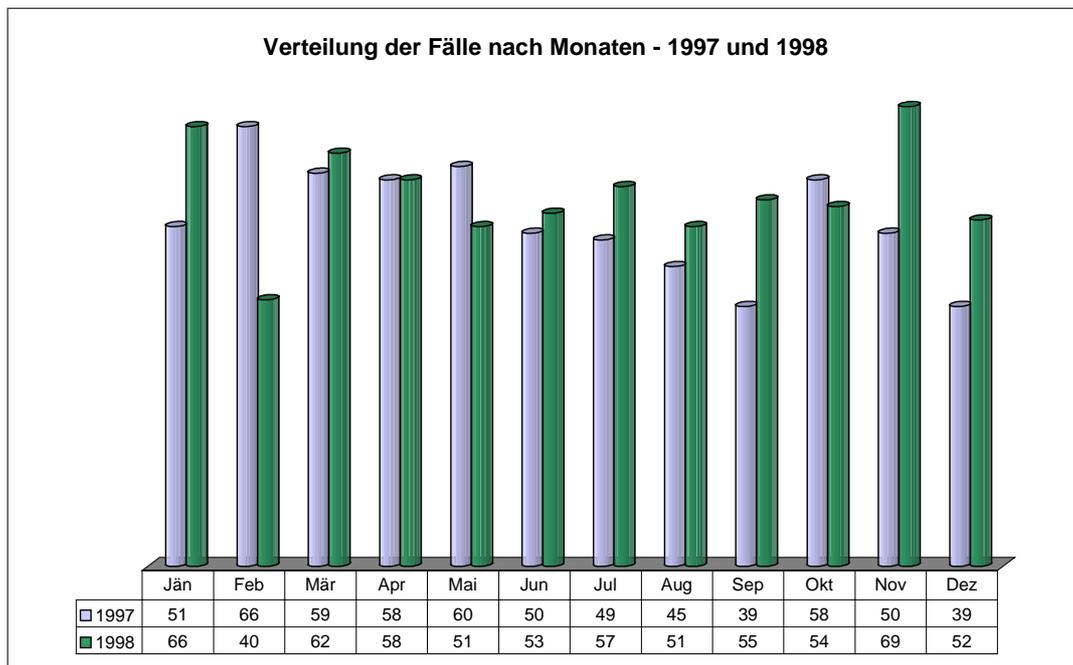
2.3 Aufgliederung nach Geschlecht der Beschwerdeführer

	1994		1995		1996		1997		1998	
Männer	345	52,9%	340	57,2%	395	58,7%	348	55,8%	354	53,0%
Frauen	307	47,1%	254	42,8%	278	41,3%	276	44,2%	314	47,0%
Insgesamt	652	100,0%	594	100,0%	673	100,0%	624	100,0%	668	100,0%

2.4 Jahresvergleich



2.5 Fälle geordnet nach Monaten



2.6 Fälle geordnet nach Talgemeinschaften im Verhältnis zur Wohnbevölkerung

Talgemeinschaft	Anzahl der Fälle				Wohnbevölkerung in %		Differenz +/- in %	
	Absolute Werte		in%		1997	1998	1997	1998
	1997	1998	1997	1998				
Bozen	160	193	25,6	28,9	21,2	21,1	+ 4,4	+ 7,8
Burggrafenamt	101	89	16,2	13,3	19,1	19,1	- 2,9	- 5,8
Eisacktal	61	57	9,8	8,5	9,6	9,6	+ 0,2	- 1,1
Pustertal	103	110	16,5	16,5	15,8	15,8	+ 0,7	+ 0,7
Salten-Schlern	56	75	9,0	11,2	9,5	9,6	- 0,5	+ 1,6
Überetsch-Unterland	75	76	12,0	11,4	13,5	13,6	- 1,5	- 2,2
Vinschgau	38	37	6,1	5,6	7,4	7,4	- 1,3	- 1,8
Wipptal	16	19	2,6	2,8	3,9	3,8	- 1,3	- 1,0
Auswärtige Ortschaften	14	12	2,2	1,8	–	–	–	–
Insgesamt	624	668	100,0	100,0	100,0	100,0		

3 KURZBESCHREIBUNG DER FÄLLE

3.1 Grundsätzliches

Im Gegensatz zu früheren Jahren werde ich in diesem Bericht keine Fälle ausführlich beschreiben und auch bezogen auf die einzelnen Abteilungen keine besonderen Bemerkungen machen.

Die **kleine Mitarbeiterzahl** und der **große Arbeitsaufwand** machen dies erforderlich. Zum einen ginge nämlich die dafür notwendige Zeit zu Lasten meiner ureigenen, gesetzlich vorgegebenen Aufgaben – **informieren, beraten, bei Konflikten vermitteln und Beschwerden prüfen** - und zum anderen hat der Landtagspräsident – völlig zu Recht – die Vorlage des Tätigkeitsberichtes schriftlich angemahnt.

So werde ich mich auf die Beschreibung der Fälle im Telegrammstil beschränken, obwohl über gewisse Situationen und Vorkommnisse **ausführlichere Sachverhaltsbeschreibungen und nähere Betrachtungen sicherlich angebracht und auch interessant wären**, wie:

- über **Mobbing** (folgeschwere Schikanen am Arbeitsplatz) in der öffentlichen Verwaltung und die erlebte Unfähigkeit der Verantwortlichen, diese zu beseitigen;
- über **meine Enttäuschung** in bezug auf die unverständlicherweise noch immer nicht errichtete **Schiedsstelle für Arzthaftpflichtfragen**, zumal bisher auch kein vernünftiger Grund gegen die Errichtung einer solchen Schiedsstelle vorgebracht wurde und die dort, wo sie besteht, in hohem Maße **prozeßvermeidend und somit auch reputations- und vertrauenserhaltend** wirkt;
- über die **internationalen Treffen in Sarajevo und Malta**, wo das Angebot an die Volksanwaltschaften der Föderation Bosnien-Herzegovina und von Rumänien gemacht wurde, auf Kosten des Landesvolksanwaltes von Südtirol einem Mitarbeiter genannter Volksanwaltschaften in Südtirol **ein 2 bis 3 Wochen dauerndes Praktikum zu ermöglichen**;

- über die trotz mehrmaliger Aufforderung **ausgebliebene Auskunftserteilung** seitens des Direktors der Landesagentur für Umwelt und Arbeitsschutz zu einem bestimmten, eine Familie schädigenden Sachverhalt;
- über dasselbe, **die Arbeit des Volksanwaltes behindernde** Verhalten seitens des Direktors des Amtes für Gesundheitssprengel in einer Angelegenheit, die im Interesse der Bürger löblicherweise von einem Krankenhausprimar betrieben wurde;
- über die erfreulicherweise **auffallende Abnahme** der die Abteilungen Wohnungsbau und Gesundheitswesen betreffenden Eingaben;
- über die Feststellung, daß in etwa 20 Gemeinden Südtirols das **demokratiepolitische Defizit** besteht, in ihrem Statut keinen Volksanwalt vorzusehen und über die „**Merkwürdigkeit**“, daß von den restlichen 96 Gemeinden etwa 50 ihren statutarischen Auftrag, einen Volksanwalt einzusetzen, noch immer nicht erfüllt haben;
- über Gemeinden, die **trotz fehlender Vereinbarung** mit dem Landesvolksanwalt bei der Lösungssuche sehr gut zusammenarbeiten, wie **Mühlbach** und in den letzten Jahren mit gewissen Einschränkungen auch **Bozen**;
- über Gemeinden, die trotz Vereinbarung mit dem Landesvolksanwalt sich noch schwer tun, Bürgeranliegen im Geiste einvernehmlicher Bemühungen zu behandeln, wie **Prettau** und **Welschnofen**;
- über die mehr oder weniger vorhandene Bereitschaft in den **Altenheimen, Beiräte** in den Satzungen vorzusehen und auch **zu ernennen**;
- über die Aussagen zum „**Krankenhaus der Zukunft**“, das den **Patienten als Kunden** erkennen und bedingungslos in den Mittelpunkt jeglichen Handelns stellen muß, wobei – ich zitiere den zuständigen Landesrat – „**die Zukunft schon begonnen hat**“;
- über die jährlich, u.zw. vermehrt wiederkehrenden Probleme bei der Vergabe der **Schülerbeförderungsdienste**;

- über die Pflicht, Abwassergebühren zu bezahlen, wo entsprechende **Abwasserleitungen gar nicht vorhanden** sind, geschweige denn überhaupt benutzt werden;
- über die oft **allzu starre Haltung** bzw. über das oft **fehlende Einfühlungsvermögen** im Wohnbauinstitut u.a. bei Wohnungstauschen, bei der Bewertung und Behandlung von Sozialfällen, wobei ein, zwischen den einzelnen Abteilungen **wirkungsvoll abgestimmter Informations- und Handlungsablauf** für den Bürger sehr hilfreich wäre und viele Problemfälle vermeiden würde;
- über eine Intervention mit einem **positiven Ergebnis, aber einem tragischen Ende**: Der Brief mit der erfreulichen Nachricht wurde von der Behörde an einem *Freitag* geschrieben, erreichte mich am darauffolgenden *Montag*, der Betroffene hatte sich aber bereits am *Samstag*, also vor jeder Möglichkeit, informiert zu werden, **das Leben genommen**;
- über den Umstand, daß in den **Weiterbildungsprogrammen für die Landesbediensteten** die Einrichtung *Volksanwaltschaft* bisher nie als Gegenstand eines Vortrages vorgesehen war;
- über den Umstand, daß die **Sanitätseinheiten** in ihrer „*Charta der Gesundheitsdienste*“, in den verschiedenen *Informationsschriften* und in den Krankenhäusern selbst den **Patienten/Kunden** keine Information liefern, daß sie sich auch an den Volksanwalt wenden können;
- über Fälle, wo sich Körperschaften, die in den Zuständigkeitsbereich des Volksanwaltes fallen, diesem das ihm **gesetzlich garantierte uneingeschränkte Auskunftsrecht** mit Berufung auf das sog. „*Privacy-Gesetz*“ **entscheidend, d.h. arbeitserschwerend beschneiden**;
- über immer wiederkehrende Beschwerden in bezug auf **wenig bürgernahes** und durchaus **nicht „kundenorientiertes“** Verhalten von **Mitgliedern der Ärztekommisionen** zur Feststellung der Zivilinvalidität und für die Feststellung der Fahrtauglichkeit den Betroffenen und fallweise auch den Begleitpersonen gegenüber;

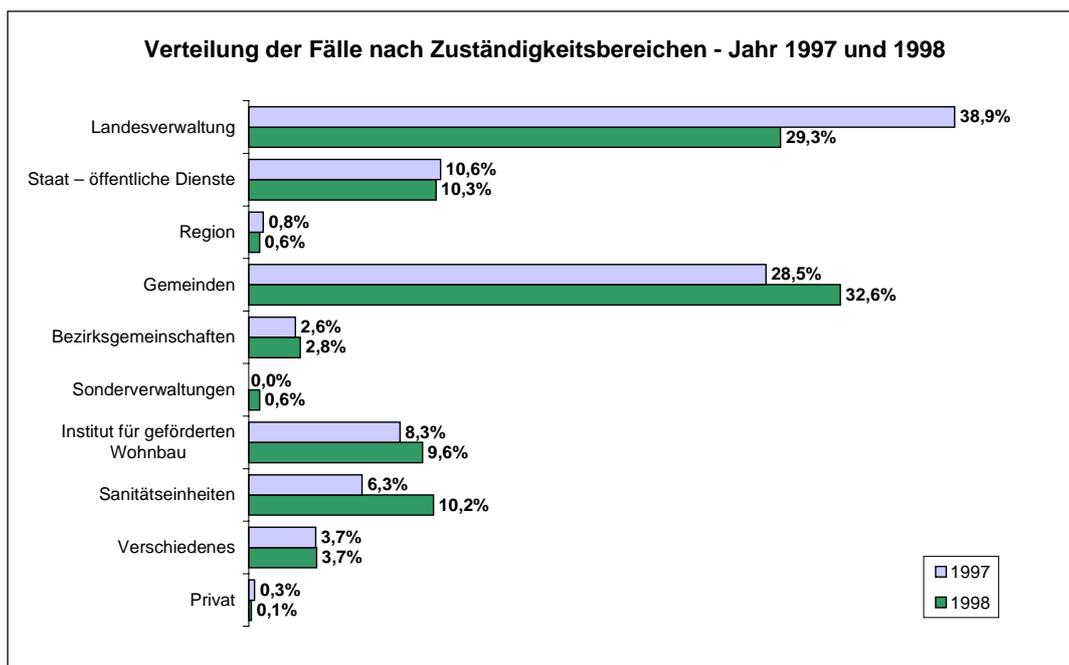
- über den Umstand, daß der Schadensverursacher (Landesverwaltung, Sanitätseinheit u.a.) den Geschädigten an die Versicherungsgesellschaft - **mit für den Bürger oft unüberwindlichen Schwierigkeiten und für den Volksanwalt fehlenden Interventionsmöglichkeiten** – verweist und
- über vieles andere mehr wäre es wert und interessant, näher darauf einzugehen.

3.2 Die einzelnen Abteilungen der Landesverwaltung und die anderen Tätigkeitsbereiche

3.2.1 Anzahl der Anfragen/Beschwerden insgesamt

Kodex	Zuständigkeit	1997		1998	
		Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
1000	Generaldirektion	0	0,0%	3	1,5%
1001	Abt. 1 – Präsidium	3	1,2%	4	2,0%
1002	Abt. 2 – Zentrale Dienste	0	0,0%	1	0,5%
1003	Abt. 3 – Anwaltschaft des Landes	12	4,9%	5	2,6%
1004	Abt. 4 – Personalverwaltung	43	17,7%	45	23,0%
1006	Abt. 6 – Bauten- und Vermögensverwaltung	7	2,9%	5	2,6%
1007	Abt. 7 – Örtliche Körperschaften	5	2,1%	2	1,0%
1011	Abt. 11 – Hochbau und technischer Dienst	3	1,2%	1	0,5%
1012	Abt. 12 – Strassenbau und Entsorgungsanlagen	5	2,1%	4	2,0%
1013	Abt. 13 – Denkmalpflege	3	1,2%	6	3,1%
1014	Abt. 14 – Deutsche und ladinische Schule und Kultur	4	1,6%	7	3,6%
1015	Abt. 15 – Italienische Schule und Kultur	1	0,4%	1	0,5%
1016	Abt. 16 – Deutsches Schulamt	15	6,2%	9	4,6%
1017	Abt. 17 – Italienisches Schulamt	4	1,6%	4	2,0%
1019	Abt. 19 – Arbeit	12	4,9%	6	3,1%
1020	Abt. 20 – Deutsche und ladinische Berufsbildung	3	1,2%	1	0,5%
1021	Abt. 21 – Italienische Berufsbildung	1	0,4%	7	3,6%
1023	Abt. 23 – Gesundheitswesen	22	9,1%	6	3,1%
1024	Abt. 24 – Sozialwesen	7	2,9%	11	5,6%
1025	Abt. 25 – Wohnungsbau	37	15,2%	22	11,2%
1026	Abt. 26 – Brand- und Zivilschutz	3	1,2%	2	1,0%
1027	Abt. 27 – Raumordnung	3	1,2%	1	0,5%

Kodex	Zuständigkeit	1997		1998	
		Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
1028	Abt. 28 – Landschafts- und Naturschutz	2	0,8%	0	0,0%
1029	Abt. 29 – Umwelt und Arbeitsschutz	8	3,3%	9	4,6%
1030	Abt. 30 – Wasserwirtschaft und Wasserschutzbauten	10	4,1%	6	3,1%
1031	Abt. 31 – Landwirtschaft	7	2,9%	3	1,5%
1032	Abt. 32 – Forstwirtschaft	9	3,7%	4	2,0%
1033	Abt. 33 – Land- und forstwirtschaftl. Versuchswesen	0	0,0%	1	0,5%
1035	Abt. 35 – Handwerk	4	1,6%	6	3,1%
1036	Abt. 36 – Tourismus, Handel und Dienstleistungen	2	0,8%	1	0,5%
1037	Abt. 37 – Wasser und Energie	1	0,4%	0	0,0%
1038	Abt. 38 – Verkehr und Transportwesen	7	2,9%	13	6,6%
	Landesverwaltung (gesamt)	243	100,0%	196	100,0%
2000	Staat – öffentliche Dienste	66		69	
3000	Region	5		4	
4000	Gemeinden	178		218	
4100	Bezirksgemeinschaften	16		19	
5000	Sonderverwaltungen	/		4	
6000	Institut für geförderten Wohnbau	52		64	
7000	Sanitätseinheiten	39		68	
8000	Verschiedenes	23		25	
9000	Privat	2		1	
	Gesamtanzahl	624		668	



3.2.2 ANFRAGEN - BESCHWERDEN 1997

Abteilung 1 - Präsidium

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
8	Fragen im Zusammenhang mit Terminen für die Zweisprachigkeitsprüfung	18	Das Gesuch um eine Maßnahme bleibt unbeantwortet
178	Der Endtermin für die Einreichung der Gesuche wird auf den letzten Arbeitstag vorverlegt und nicht mit dem ersten Werktag nach dem feiertäglichen Endtermin bestimmt		

Abteilung 3 - Anwaltschaft des Landes

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
26	Die Nichtbehandlung einer Eingabe wird beklagt	58	Beanstandet die Zahlungsaufforderung von Krankenhauskosten
193	Fragen im Zusammenhang mit der Bauführung des Nachbarn	205	Ablehnung des Ansuchens zum Bau eines landwirtschaftlichen Gebäudes
206	Fragen im Zusammenhang mit der Rechtmäßigkeit eines Baues	242	Fragen im Zusammenhang mit dem Rückgriffsrecht des Landes für Krankenhauskosten
272	Fragen im Zusammenhang mit der Reduzierung des Abstandes zur angrenzenden Zone für öffentliche Einrichtungen	320	Die Durchführung eines Beschlusses der Landesregierung bezüglich einer ungesetzlichen Bauführung wird gefordert
339	Die Art, wie das Verfahren um Erteilung der Baukonzession im Ersatzwege betrieben wird, wird beklagt	360	Probleme bei der Rückerstattung von Krankenhausaufenthaltskosten
463	Fragen im Zusammenhang mit einem Gutachten zu urbanistischen Fragen	537	Fragen im Zusammenhang mit der Zweckbindung als Gewerbegebiet

Abteilung 4 - Personalverwaltung

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
49	Fragen im Zusammenhang mit der Wahrnehmung des Rechts auf Zugang zu den Verwaltungsunterlagen	106	Wegen einer Neuinterpretation des Gesetzes wird ein Differenzbetrag einer Pension zurückverlangt
107	Wegen einer Neuinterpretation des Gesetzes wird ein Differenzbetrag einer Pension zurückverlangt	121	Die Dauer bis die Einstufung in die vorgesehene Funktionsebene erfolgt wird beklagt
129	Fragen im Zusammenhang mit der Rückerstattung von Verpflegungskosten	165	Fragen im Zusammenhang mit der Auszahlung der noch ausstehenden Abfertigung
168	Die unbegründete Nichternennung als Leiterin des Kindergartens durch die Kindergartenleitung wird beklagt	181	Die ständigen Auseinandersetzungen um die Bezahlung des Mittagessens demotiviert einen Großteil der Kindergärtnerinnen
182	Fragen im Zusammenhang mit den Verpflegungskosten des Kindergartenpersonals	184	Fragen im Zusammenhang mit einer Rangordnung für die Aufnahme von Zivilinvaliden
187	Kindergärtnerinnen fühlen sich in bezug auf die Anzahl der Dienststunden diskriminiert	210	Die Dekretsbestimmung, wonach die Landesverwaltung die Pensionsbeiträge zur Gänze übernimmt, wird nicht eingehalten
217	Fragen im Zusammenhang mit der Einschreibung in den Kindergarten	235	Die bisher unterbliebene Wettbewerbsausschreibung für Lehrer der Fachschulen für Landwirtschaft in der 6. Funktionsebene wird beklagt
263	Gegen den Ausschluß von einem Wettbewerb wird protestiert	265	Gegen den Ausschluß von einem Wettbewerb wird protestiert
269	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung des Mutterschaftsgeldes für Personal mit Auftrag auf unbestimmte Zeit	281	Die Neueinstufung wird als eine Rückstufung empfunden und somit beklagt
283	Fragen im Zusammenhang mit dem Ausschluß aus einer Rangordnung für Kindergartenlehrerinnen	284	Fragen im Zusammenhang mit dem Ausschluß aus einer Rangordnung für Kindergartenlehrerinnen
285	Fragen im Zusammenhang mit dem Ausschluß aus einer Rangordnung für Kindergartenlehrerinnen	295	Beklagt Verspätung der Auszahlung der noch zustehenden Abfertigung

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
310	Es wird befürchtet, daß die Aufsichtsbeschwerde von der Landesregierung nicht behandelt, sondern durch Terminablauf abgewiesen wird	315	Es wird befürchtet, daß die Aufsichtsbeschwerde von der Landesregierung nicht behandelt, sondern durch Terminablauf abgewiesen wird
317	Klärung von Fragen im Zusammenhang mit einem Gesuch um Anzahlung auf die Abfertigung	319	Es wird befürchtet, daß die Aufsichtsbeschwerde von der Landesregierung nicht behandelt, sondern durch Terminablauf abgewiesen wird
322	Das Gesuch um Einschreibung in den Kindergarten wird als nicht termingerecht angesehen	337	Das Dekret für die Ernennung auf Probe gibt zu allerhand Fragen Anlaß
397	Fragen im Zusammenhang mit zeitbegrenzter Aufnahme als Verwaltungssachbearbeiter/in	413	Ein Kriterium für die zeitbegrenzte Aufnahme von Kindergartenpersonal gibt zu Interpretationsschwierigkeiten Anlaß
423	Das Ansuchen für die Zulage für ein seit Geburt behindertes Kind wird nicht rückwirkend genehmigt	462	Fragen im Zusammenhang mit der Einstufung in eine Rangordnung für die Aufnahme von Lehrkräften
468	Der Ausschluß vom Auswahlverfahren für Sekretariatsassistenten wird beklagt	470	Fragen im Zusammenhang mit der Gewährung des Familiengeldes
472	Die Auszahlung der Freiberuflerzulage wird gefordert	480	Fragen im Zusammenhang mit der provisorischen Aufnahme von Reinigungspersonal
482	Das Versprechen, Unklarheiten bei der Aufnahme einer Raumpflegerin auf Vollzeit zu erläutern, wurde nicht eingehalten	486	Der Umstand, daß die endgültige Abrechnung der Abfertigung seit bald 2 Jahren ausständig ist, wird beklagt
539	Die lange Berechnungszeit für eine Pensionszulage wird beklagt	546	Beklagt sich, daß die Auszahlung der Familienzulagen eingestellt wurde
570	Fragen im Zusammenhang mit einem öffentlichen Wettbewerb	598	Ein Lehrer an einer Fachschule wird gegen seinen Willen als Heimerzieher eingestuft
613	Eine Lehrerin mit Hochschulabschluß beklagt die Einstufung in die VI Funktions-ebene		

Abteilung 6 - Bauten- und Vermögensverwaltung

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
159	Der enteignete Grund wird wegen Verstreichens der vorgeschriebenen Termine zurückverlangt	301	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung der Grundablöse
321	Fragen im Zusammenhang mit der „widerrechtlichen“ Besetzung von Parzellen einer Landesstraße	455	Der zugewiesene Baugrund ist nicht lastenfrei
469	Die Ablehnung des Antrages um die Erteilung eines Durchfahrtsrechtes wird beklagt	568	Beanstandet, daß der Antrag um Schadenersatz von der Versicherung abgelehnt wurde
624	Anfrage um Führung eines schulinternen Barbetriebes		

Abteilung 7 - Örtliche Körperschaften

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
445	Fragen im Zusammenhang mit einem Stellenwettbewerb für Werkerzieher	506	Rekurs gegen einen Wettbewerb zur Besetzung einer Stelle als spezialisierter Arbeiter
558	Beanstandet die Annullierung eines Beschlusses	582	Eine schriftliche Prüfung während des Kurses wird beanstandet, da sie nicht in den Wettbewerbsbestimmungen vorgesehen ist
584	Der Widerruf der Grundzuweisung in einer Gewerbezone wird angefochten		

Abteilung 11 - Hochbau und technischer Dienst

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
23	Fragen im Zusammenhang mit einem Erdbeben	411	Es wird beklagt, daß bei der Festsetzung der Enteignungsvergütung besondere Umstände nicht berücksichtigt wurden
542	Die negative Beurteilung der Probezeit wird als äußerst ungerecht empfunden		

Abteilung 12 - Strassenbau und Entsorgungsanlagen

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
11	Fragen im Zusammenhang mit der Ablöse eines Interessenschaftsweges	103	Fragen im Zusammenhang mit der außerordentlichen Instandhaltung einer Landesstraße
299	Beklagt Schwierigkeiten in der Ausführung einer landwirtschaftlichen Tätigkeit	351	Durch Asphaltierungsarbeiten gibt es Probleme bei der Ableitung von Regenwasser
561	Fragen im Zusammenhang mit der Begrünung einer Rampe längs einer Landesstraße		

Abteilung 13 - Denkmalpflege

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
134	Fragen im Zusammenhang mit der Gewährung eines Beitrages für die Neueindeckung eines Wirtschaftsgebäudes	139	Fragen im Zusammenhang mit der Dachterrasse
214	Fragen im Zusammenhang mit dem Ausbau des Dachgeschosses		

Abteilung 14 - Deutsche und ladinische Schule und Kultur

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
152	Fragen im Zusammenhang mit der Versendung von Einschreibebriefen mit Rückantwort	171	Die erhaltene Fehlinformation wird beklagt
267	Beanstandet die Ablehnung eines Studienstipendiums	346	Bei der Vergabe von Förderungsmitteln wird eine ungleiche Behandlung beklagt

Abteilung 15 - Italienische Schule und Kultur

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
488	Die Auflösung einer Grundschuldirektion wird beklagt		

Abteilung 16 - Deutsches Schulamt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
14	Die Beachtung des Transparenzgesetzes wird verlangt	17	Eine wegen Krankheit untauglich erklärte Lehrerin findet schwerlich eine geeignete Arbeit
212	Das Verhalten einer Lehrperson soll mittels Inspektion überprüft werden	268	Fragen im Zusammenhang mit der Einführung der Ganztagschule
273	Die Bewertung der Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer wird beanstandet	308	Seit mehr als 6 Monaten warten die Eltern auf den angekündigten Inspektionsbericht
313	Fragen im Zusammenhang mit einer rückwirkenden Bestimmung über die Anzahl der Dienstage pro Schuljahr	314	Fragen im Zusammenhang mit dem Sommergehalt für das Lehrpersonal mit befristetem Arbeitsvertrag
345	Das Bewertungsergebnis „nicht bestanden“ eines Schülers der 2. Klasse Mittelschule wird angefochten	350	Die Zahl der Körperverletzungen bei Turn- und Sportunfällen während des Schulbetriebes ist groß
375	Beanstandet, daß das Diplom nicht auf beide Vornamen ausgestellt wurde	410	Das Gutachten der Ärztekommision im Bereich für Rechtsmedizin wird als falsch bezeichnet
458	Fragen im Zusammenhang mit der Regelung der Stempelgebühren	505	Es wird beklagt, daß eine Rangordnung nicht eingehalten wird
535	Im Konflikt mit dem Vorgesetzten fühlt sie sich ungerecht behandelt		

Abteilung 17 - Italienisches Schulamt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
195	Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der Zulassung	418	Fragen im Zusammenhang mit der Zuweisung einer Mittel-

	zung zu einem Vorbereitungskurs für Stützlehrer werden beklagt		schuldirektion
452	Eine Eingabe bleibt unbeantwortet	512	Fragen im Zusammenhang mit der Pensionierung

Abteilung 19 - Arbeit

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
95	Beanstandet die Ablehnung eines Beitragsansuchens	99	Fragen im Zusammenhang mit der Arbeitsgenehmigung für eine Nicht-EU-Bürgerin
105	Fragen im Zusammenhang mit der Einstufung in die Rangordnung für die Aufnahme von Zivilinvaliden	113	Die Art, wie ein vom Europäischen Sozialfonds finanzierter Kurs durchgeführt wird, wird beklagt
166	Fragen im Zusammenhang mit einem zweijährigen Ausbildungs- und Arbeitsvertrag bei den Staatsbahnen	169	Fragen im Zusammenhang mit einer part-time Beschäftigung
186	Eine Eingabe bleibt unbeantwortet	250	Fragen im Zusammenhang mit der Mobilitätszulage
297	Rekurs gegen die Verweigerung der Beteiligung an Projekte des NISF, die sozial relevant sind	330	Informationen im Zusammenhang mit den Maßnahmen zugunsten der Südtirol-Heimatfernen
431	Bei der Behandlung seines Versetzungsgesuches trägt man seinen Rechtsansprüchen nicht Rechnung	566	Beanstandet die Ablehnung des Antrages um Gewährung des Arbeitslosengeldes

Abteilung 20 - Deutsche und ladinische Berufsbildung

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
123	Fragen im Zusammenhang mit der Befähigung, den Beruf als Optiker selbständig auszuüben	378	Beklagt den durch die Schüler einer Berufsschule verursachten Lärm
510	In einer Berufsschule wird die Ausgrenzung von Praxislehrern beklagt		

Abteilung 21 - Italienische Berufsbildung

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
446	Die unbegründete Versetzung einer Berufsschullehrerin wird beklagt		

Abteilung 23 - Gesundheitswesen

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
3	Die verspätete Auszahlung des Stipendiums für die Facharztausbildung schafft finanzielle Notstände	31	Einige Teilnehmer eines Vorbereitungskurses für einen öffentlichen Wettbewerb ersuchen um die Ausschreibung desselben
34	Fragen im Zusammenhang mit der Rückerstattung eines Beitrages für den Klinikaufenthalt	48	Die Aufforderung, im Zusammenhang mit der Hepatitis B-Impfung Blutbildbefunde zu schicken, wird als sinnlos betrachtet
64	Die Antwort auf eine Beschwerde ist so formuliert, daß sie vom Bürger nicht verstanden wird	101	Die Antwort auf einen Rekurs ist mißverständlich
109	Obwohl sie an schwerer Osteoporose leidet, bekommt sie kein Begleitgeld und wird von der Ärztekommision angeblich ungerecht behandelt	128	Der Beitrag für orthopädische Schuhe wird trotz einer Invalidität von 35% nicht gewährt
133	Die Antwort auf eine Beschwerde ist so formuliert, daß sie vom Bürger nicht verstanden wird	146	Sie haben Verwaltungsstrafe gezahlt und das Kind gegen Hepatitis impfen lassen
148	Das Weglassen des Prozentsatzes und die bloße Angabe „Invalide“ auf dem Befund für Zivilinvaliden gibt zu Mißverständnissen Anlaß	167	Fragen im Zusammenhang mit dem Begleitungsgeld für eine Minderjährige
190	Fragen im Zusammenhang mit dem Aufschub der Pflichtimpfung	243	Das ärztliche Zeugnis des Amtsarztes, womit von der Impfpflicht gegen Hepatitis B befreit wird, wird nicht anerkannt
377	Fragen im Zusammenhang mit der Verhängung einer Verwaltungsstrafe, weil der Sohn ei-	408	Der Inhalt des Schreibens als Antwort auf den Rekurs in einer Impfsache wird

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
	ner Pflichtimpfung nicht unterzogen wurde		nicht verstanden
422	Die Altersgrenze für die Teilnahme am Kurs für Pflegegehilfen wird beklagt	477	Fragen im Zusammenhang mit der Spesenrückvergütung für einen Klinikaufenthalt
592	Die Rehabilitationsdienste haben mit der derzeitigen Regelung der Prothesenversorgung Probleme	614	Der geringe Kostenbeitrag für ein Hörgerät wird beklagt
622	Der Primar einer Abteilung für Rehabilitation urgiert Auskünfte über eine bestimmte Prothesenverschreibung	623	Das „Rekursverfahren“ gegen die Verwaltungsstrafen (Impfpflicht) ist für die Betroffenen unverständlich

Abteilung 24 - Sozialwesen

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
141	Fragen im Zusammenhang mit der Auszahlung der Frontkämpferzulage	406	Fragen im Zusammenhang mit dem Termin für den Beitritt zur Beanspruchung des Geburtengeldes
447	Ein Behindertenbetreuer beklagt sich, daß er selbst die Kosten für das Ticket zur Erneuerung des Sanitätsausweises tragen muß	457	Fragen im Zusammenhang mit den Aufenthaltskosten in einem Pflegeheim
500	Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung der Regelung über die Stempelmarkengebühr	525	Fragen im Zusammenhang mit den Aufenthaltskosten in einem Pflegeheim
529	Fragen im Zusammenhang mit den Aufenthaltskosten in einem Pflegeheim		

Abteilung 25 - Wohnungsbau

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
9	Die Eröffnung eines Verwaltungsverfahrens wird beanstandet	19	Fragen im Zusammenhang mit der Ablehnung eines Antrages um Wohnbauförderung
28	Die Rechtmäßigkeit der Vorkhaltung einer Zuwiderhandlung wird beklagt	29	Die Eröffnung eines Verwaltungsverfahrens wird beklagt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
	lung wird bestritten		
75	Beanstandet den Widerruf eines Beitrages für den geförderten Wohnbau und behauptet unvollständig informiert worden zu sein	76	Fragen im Zusammenhang mit einem Ansuchen um Wohnbauförderung
79	Beanstandet die Ablehnung des Rekurses gegen den Ausschluß des Wohnbauhilfesuches	117	Das Land beansprucht trotz ausreichender hypothekarischer Sicherstellung die Versicherungssumme für den Bauschaden
122	Die Vorschrift über die Wahl des Bankinstitutes wird als diskriminierend empfunden	197	Probleme bei der Übermittlung von Unterlagen
201	Der aufgrund einer Fehlinformation erfolgte Widerruf des Beitrages wird beklagt	207	Es werden ungesetzliche Auflagen für die Zulassung zur Wohnbauförderung gestellt
209	Die Unvollständigkeit des Gesuches um Wohnbauhilfe hat eine Vertrauensperson verschuldet	227	Fragen im Zusammenhang mit einem Beitrag für die Wohnung, die mit einem nicht ausgeübten Wohnungsrecht grundbücherlich belastet ist
233	Fühlt sich als Familienvater mit mehreren Kindern in der Wohnbauförderung diskriminiert	252	Der Tariflohn einer Hausangestellten ist für die Genehmigung einer Wohnbauhilfe zu niedrig
260	Die Auflage für die Auszahlung eines Beitrages aus dem Fonds für soziale Härtefälle ist unerfüllbar	280	Die Ablehnung des Gesuches um Wohnungsabtretung an das Wohnbauinstitut wird beklagt
286	Fragen im Zusammenhang mit dem Widerruf einer Wohnbauförderung	291	Die Höhe des Wohnbaudarlehens reicht nicht aus
296	Fragen im Zusammenhang mit einem Antrag um Ausstellung einer Unbedenklichkeitserklärung	335	Das Beitragsgesuch wird mit einer falschen Behauptung abgelehnt
336	Beanstandet den Widerruf der Wohnbauförderung	338	Fragen im Zusammenhang mit der Besetzung einer konventionierten Wohnung
340	Die Berechnung des Vermögens der Eltern wird beanstandet	341	Der Ausschließungsgrund „das Vermögen der Eltern ist zu hoch“ wird angefochten
342	Das Vermögen der Eltern ist zu niedrig, um ein Ablehnungsgrund für das Beitragsgesuch zu sein	372	Fragen im Zusammenhang mit einem Ansuchen um Wohnbauhilfe

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
390	Klärung von Mißverständnissen bei der Einreichung eines Gesuches um Wohnbauförderung	412	Die Ablehnung des Gesuches um einen Beitrag für den Erwerb von Bauland wird beklagt
417	Fragen im Zusammenhang mit der Auszahlung der zweiten Rate des Kapitalbeitrages	448	Die Vorgehensweise bei der Behandlung zweier Sanierungsgesuche wird beklagt
450	Es ist nicht einsichtig, daß die Folgen einer falschen Entscheidung des Wohnbaukomitees der Bürger tragen muß	484	Fragen im Zusammenhang mit einem Beitrag aus dem Fonds für soziale Härtefälle
528	Die Verweigerung des Beitrages wegen des Vermögens der Eltern wird beklagt	560	Die Aufforderung, Zinsen zu zahlen, wird als nicht gerechtfertigt erachtet
583	Die Bestimmung über die Besetzung der geförderten Wohnung wird als unzumutbar streng ausgelegt		

Abteilung 26 - Brand- und Zivilschutz

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
192	Beschwerde über ein widerrechtliches Gasflaschendepot	236	Der Kaminkehrer wartet seit Wochen auf die Übermittlung von Unterlagen
258	Die vorenthaltene Auskunft über das Ergebnis eines Lokalaugenscheines wird beklagt		

Abteilung 27 - Raumordnung

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
5	Der Durchführungsplan für eine Wohnbauzone wird entgegen getroffener Absprachen gemacht	442	Ein Bauvorhaben wird wegen unterschiedlicher Auslegung urbanistischer Bestimmungen für Jahre verhindert
451	Beanstandet die Verweigerung der Ausstellung der Baukonzession		

Abteilung 28 - Landschafts- und Naturschutz

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
158	Einspruch gegen einen Beschluß der Landeskommission für Landschaftsschutz	453	Das Projekt für die Sanierung von geringfügigen Auffüllarbeiten wird abgelehnt

Abteilung 29 - Umwelt- und Arbeitsschutz

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
47	Beklagt den durch die Schneekanonen verursachten Lärm	65	Ein Beitragsgesuch bleibt unbeantwortet
225	Fragen im Zusammenhang mit der Abgasmessung durch den Kaminkehrer	348	Beanstandet, daß bei der Verrechnung der Abwassergebühr nicht zwischen Abwasser und Beregnungswasser unterschieden wird
404	Die Verhängung einer Verwaltungsstrafe wird als ungerecht empfunden	414	Fragen im Zusammenhang mit der periodischen Abgasprüfung an Heizanlagen
487	Die Lärm- und Staubentwicklung einer mobilen Schotteranlage wird beklagt	575	Die Lautstärke eines Eisstadions wird beklagt

Abteilung 30 - Wasserwirtschaft und Wasserschutzbauten

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
90	Die Vorgehensweise bei der Holzschlägerung entlang eines Baches wird beanstandet	194	Beklagt sich, daß sie nicht ausreichende Auskünfte erhalten hat
228	Die Bestimmung laut Art. 9 Absatz 13 des Transparenzgesetzes wird als bürgerfeindlich empfunden	344	Ohne Zustimmung und ohne eine einvernehmliche Entschädigung wurde Eigentum besetzt
355	Die Kontrollen über die Tätigkeit des möglichen Beitragsempfängers wird als Schikane und diskriminierend empfunden	373	Die Genehmigung einer Wasserableitung für Beregnungszwecke wird von Interessenten angefochten
444	Die illegale Ablagerung von Bauschutt wird geduldet	520	Die fehlende Begründung für die Reduzierung des bereits

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
			genehmigten Beitrages wird als grobe Zumutung empfunden
579	Die Ablehnung des Beitrages für die Errichtung des Wintergartens wird angefochten	600	Die Heilungsfrist für Vervollständigung des Beitragsgesuches wird nicht korrekt gehandhabt

Abteilung 31 - Landwirtschaft

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
110	Fragen im Zusammenhang mit dem Beitrag für den Bau eines Interessentschaftsweges	112	Die Richtlinien der Landesregierung bezüglich der Förderung zum Ankauf landwirtschaftlicher Liegenschaften werden beanstandet
191	Fragen im Zusammenhang mit einer Waldinteressentschaft	239	Fragen im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in einem Bodenverbesserungskonsortium
364	Die Arbeiten eines Bonifizierungskonsortiums fallen nicht zur Zufriedenheit eines Betroffenen aus	381	Aufsichtsbeschwerde gegen die Ablehnung eines Beitragsgesuches wird durch Terminablauf abgewiesen
409	Fragen im Zusammenhang mit einem Gesuch um Bewilligung zur Führung eines Gemüsebaubetriebes		

Abteilung 32 - Forstwirtschaft

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
42	Fragen im Zusammenhang mit einer Holzschlägerung	127	Fragen im Zusammenhang mit dem Recht des Holzabtransportes auf einem fremden Forstweg
204	Fragen im Zusammenhang mit einem Beitragsgesuch	241	Fragen im Zusammenhang mit der Aushändigung vom Schlüssel für Schranken auf Forstwegen
384	Fragen im Zusammenhang mit der Behandlung eines Gesuches um Ausstellung einer	395	Die „Forststation“ stellt eine umstrittene „Übertretungsverstärkung“ aus

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
	Jahresjagdkarte		tungsverständigung“ aus
407	Es wird beklagt, daß die Eltern für das Vergehen ihres 8-jährigen Kindes die Verwaltungsstrafe zahlen müssen	533	Das Verhalten der Forstbehörde im Zuge notwendiger Aufräumarbeiten nach einem Gewitter wird beklagt
608	Beanstandet die Ablehnung des Ansuchens um Gewährung eines Beitrages für die Bewirtschaftung einer Alm		

Abteilung 35 - Handwerk

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
40	Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung der Kehrtarife	156	Der Widerruf eines Beitrages zum Kauf eines Transportmittels wird beklagt
332	Beanstandet den Widerruf eines Beitrages	464	Die Nichtanerkennung der beruflichen Voraussetzungen als Schönheitspflegerin wird beklagt

Abteilung 36 – Tourismus, Handel und Dienstleistungen

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
294	Der deutsche Wortlaut eines Beschlusses der Landesregierung wird als unerhört empfunden	559	Die Ablehnung des Antrages um Bewilligung zur Führung der Skischule wird als ungerechtfertigt erachtet

Abteilung 37 - Wasser und Energie

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
545	Fragen im Zusammenhang mit dem Gesuch um einen Beitrag für Sanierungsarbeiten bei einem Gasthaus, das mit der		

Sanitätseinheit eine Konvention abgeschlossen hat

Abteilung 38 - Verkehr und Transportwesen

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
279	Fragen im Zusammenhang mit der Umschreibung eines Führerscheines	288	Die Art, wie ein Unternehmer den Schülertransport angeblich abwickelt, wird beklagt
359	Der unbegründete Ausschluß als Betreiber eines Schülerbeförderungsdienstes wird beklagt	429	Bei der Umschreibung des Führerscheines eines serbischen Ehepaares gibt es Schwierigkeiten
495	Es wird beklagt, daß beim Schülertransport eine Oberschülerin für den Rücktransport nicht berücksichtigt wird	586	Antrag um Verbesserung einer Buslinie
595	Es wird behauptet, daß der Schülertransport vertragswidrig abgewickelt wird		

Institut für den geförderten Wohnbau

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
13	Fragen im Zusammenhang mit der Anbringung einer Markise	30	Briefe werden an einen verstorbenen Mieter übermittelt, obwohl der Tod gemeldet wurde
36	Fragen im Zusammenhang mit der Zuweisung einer Institutswohnung	37	Probleme im Zusammenhang mit einem Gesuch um Wohnungstausch
39	Beklagt sich über die zu hohe Miete	54	Die Einkommensberechnung für die Festsetzung der Miete wird beklagt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
67	Wegen der hohen Miete aufgrund des früheren Widerrufs der Sozialwohnung kommt er jetzt als Rentner in wirtschaftliche Schwierigkeiten	81	Die Absicht des Wohnbauinstitutes, unterirdische Garagen zu errichten, wird von Mietern beanstandet

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
85	Fragen im Zusammenhang mit der Kündigung einer Dienstwohnung	89	Fragen im Zusammenhang mit einer Institutswohnung
94	Das Verhalten des Hausmeisters wird beanstandet	96	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung von Kondominiumsspesen
108	Fragen im Zusammenhang mit der Abtretung des Eigentums einer Sozialwohnung	111	Fragen im Zusammenhang mit einer Schadensforderung als Folge eines durch Haftpflichtversicherung abgedeckten Unfalles
114	Fragen im Zusammenhang mit der Vereinbarung eines Termines	116	Der Zustand der Wohnung wird beklagt
120	Der Widerruf der Wohnungszuweisung wird als ungesetzlich betrachtet	150	Die oberflächliche Art, wie ein Gesuch um Mietenbeitrag behandelt wird, wird heftig kritisiert
161	Der Umstand, daß bei der Einkommensberechnung für die Festsetzung der Miete auch die Unterhaltszahlungen des geschiedenen Ehemannes berücksichtigt werden, wird beklagt	179	Für die Notunterkunft beim Arbeitgeber gibt es keine Punkte für schlechte Wohnverhältnisse
215	Sie ist obdachlos und kann die Spesen für die Räumung der Wohnung nicht zahlen	218	Der Ausschluß von der Rangordnung für die Zuweisung einer Sozialwohnung wird beklagt
224	Die Mieter von Sozialwohnungen drängen auf Einhaltung der Mietenordnung	229	Beanstandet die Erhöhung des Mietzinses einer Institutswohnung
253	Beanstandet den Ausschluß von der Rangordnung für die Zuweisung einer Wohnung wegen Überschreitung der Einkommensgrenze	255	Beanstandet den Ausschluß von der Rangordnung für die Zuweisung einer Wohnung wegen Überschreitung der Einkommensgrenze
266	Der Ausschluß von der Rangordnung für die Zuweisung einer Sozialwohnung wird beklagt	275	Fragen im Zusammenhang mit einem Ansuchen um Gewährung eines Mietenbeitrages
Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
306	Die Höhe der Gasrechnung wird beanstandet	307	Fragen im Zusammenhang mit der Kautions für eine Sozialwohnung

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
318	Fragen im Zusammenhang mit dem Zwangstausch	323	Gegen die Entscheidung der Zuweisungskommission, eine Beziehung als eheähnlich zu bewerten, wird rekurriert
327	Der Zwangstausch wird als unmenschlich empfunden	371	Fragen im Zusammenhang mit einer berufsspezifischen Zulage
398	Fragen im Zusammenhang mit der gerichtlichen Kündigung einer Wohnung	401	Die Mieterin kommt als Pflegefall ins Altersheim und die Umschreibung der Wohnung auf die Tochter ist gesetzlich nicht möglich
434	Auf die Forderung, einen Kondominiumsspesenüberschuß zurückzuerstatten, wird angeblich 8 Monate lang nicht reagiert	439	Beklagt Wasserinfiltrationen in einem Institutsgebäude
460	Beanstandet, daß die durch den Bau eines Institutsgebäudes verursachten Schäden nicht behoben werden	461	Ablehnung des Antrages um Mietenzuschuß wegen Einkommensüberschreitung
489	Die Bestimmung, daß die Institutswohnung geräumt werden muß, wenn der Mieter ins Altersheim muß, schafft einen Notstand	491	Obwohl er nur ein Zimmer zur Verfügung hat, bekommt er für die Wohnverhältnisse keine Punkte, gleich wie jemand, der über eine normale Wohnung verfügt
493	Fragen im Zusammenhang mit der Zuweisung einer Volkswohnung	501	Eine Wohnbaugenossenschaft kann sich wegen Säumigkeit des Wohnbauinstitutes nicht auflösen
514	Seit Monaten wartet man auf die Zuweisung der freigewordenen Sozialwohnung	569	Fragen im Zusammenhang mit der Berechnung des Mietzinses
588	Die Bewohner eines Kondominiums beanstanden, daß der Zugang zum eigenen Haus durch die Anbringung einer Schranke verhindert wird	602	Seit 3 Jahren wartet sie auf den Abschluß des Kaufvertrages für die Institutswohnung
606	Käufer von Institutswohnungen sehen ihre Eigentumsrechte mißachtet	611	Die Zuweisung einer größeren Wohnung für eine pflegebedürftige Mieterin wird abgelehnt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
619	Mehr Klarheit bei der Abrech-	620	Probleme mit der Zahlung von

nung der Kondominiumsspesen wird gefordert

Mietenrückständen

Sanitätseinheiten

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
20	Die Ablehnung des Gesuches um Befreiung von der Kostenbeteiligung wird beklagt	25	Fragen im Zusammenhang mit der Zusammensetzung einer Ärztekommision
33	Beanstandet das negative Gutachten über die Ausstellung der Unbewohnbarkeitserklärung	35	Fragen im Zusammenhang mit der Verrechnung des Kilomertgeldes
38	Die Verweigerung des Begleitungsgeldes wird beklagt	52	Fragen im Zusammenhang mit den Aufgaben eines Tierpflegers
55	Fragen im Zusammenhang mit den Folgen verschiedener Bestrahlungen	60	Fragen im Zusammenhang mit dem Termin für die Führerscheinkontrolle
62	Der Beitrag für die Hauskrankenpflege wurde abgelehnt, weil der Pflegling vor der Hausvisite starb	68	Zwecks Erneuerung des Sanitätsausweises wird die Aufenthaltsgenehmigung verlangt
87	Fragen im Zusammenhang mit einer internen Versetzung, die er als diskriminierend empfindet	97	Der Arztfehler, der ihm viel Schmerzen verursacht und eine Operation erfordert, wird bagatellisiert
137	Die Ablehnung des Beitrages für zahnprothetische Leistungen wegen Überschreitung des Einreichetermines wird beklagt	144	Ein Behandlungsfehler wird behauptet
157	Die Eltern eines Kindes fühlen sich im Zusammenhang mit der Pflichtimpfung vom Hygienearzt schikaniert	163	Trotz daß Allergie gegen Hefe besteht und der Arzt dringend empfiehlt, die Hepatitis-B-Impfung nicht durchzuführen, verlangt die Ärztekommision weitere Tests
170	Für die Versetzungswilligen wird eine Rangordnung erstellt, die aber offensichtlich unbeachtet bleibt	198	Die Wahl eines Kindervertrauensarztes außerhalb des Sanitätssprengels wird abgelehnt, obwohl es im Sanitätssprengel selber keinen gibt
251	Der Amtsarzt stellt wegen Vorhandenseins medizinischer Gründe ein Impfbefreiungs-	262	Vorkommnisse bei der Vormerkung im Orthopädie-Ambulatorium werden beklagt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
	zeugnis aus, welches von der Landesärztekommision abgelehnt wird		
289	Die Arztrechnung versehen mit dem Bankstempel „Zahlung durchgeführt“ wird nicht als quitierte Rechnung anerkannt	353	Für gleiche Leistungen werden unterschiedliche Kosten berechnet
357	Während des fakultativen Mutterschaftsurlaubes werden nur 30 und nicht 100% der Familienzulagen bezahlt	358	Während des fakultativen Mutterschaftsurlaubes werden nur 30 und nicht 100% der Familienzulagen bezahlt
383	Ersucht um Bezahlung einer noch ausstehenden Forderung	415	Fragen im Zusammenhang mit der Analyse von Trinkwasser
436	Fragen im Zusammenhang mit der gesundheitsmedizinischen Betreuung	473	Ein Behandlungsfehler mit schwerwiegenden Folgen wird beklagt
499	Fragen im Zusammenhang mit der Ausschreibung einer Stelle als Raumpflegerin	504	Fragen im Zusammenhang mit Zahlungsaufforderungen des Tickets für Sanitätsleistungen
521	Die Art, wie das Gesuch um Gewährung der Anzahlung auf die Abfertigung behandelt wurde, wird als diskriminierend betrachtet	523	Probleme im Zusammenhang mit der terminlichen Festsetzung der Visite bei der Ärztekommision für die Feststellung der Fahrtauglichkeit
527	Das Verhalten einer Krankenschwester wird scharf verurteilt	544	Fragen im Zusammenhang mit der Erneuerung des Sanitätsausweises
547	Der Rekurs gegen die Ablehnung des Antrages um Gewährung des Beitrages für die Hauskrankenpflege wurde abgelehnt	557	Die Krankenkassa weigert sich, die Zeiten in denen er versichert war, anzugeben
565	Fragen im Zusammenhang mit einer ärztlichen Kontrollvisite	577	Die Krankenkassa weigert sich, die Versicherungszeiten zu bestätigen
591	Fragen im Zusammenhang mit einem Beitrag für eine Laseroperation ECIMERI		

Region

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
63	Die Rückverweisung von Anmeldungen im Gebäudekataster wird als schikanös empfunden	211	Fragen im Zusammenhang mit der Regelung der Friedensrichterämter
430	Seit 2 Monaten wartet er auf den Antritt des zugeteilten Arbeitsplatzes	479	Fragen im Zusammenhang mit der Eintragung des Eigentümerwechsels im Katasteramt
555	Fordert eine Richtigstellung der Mappenskizze durch das Katasteramt		

Gemeinden

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
1	Fragen im Zusammenhang mit einem Antrag um Strafnachlaß	2	Wegen Planungsfehler in einer Erweiterungszone warten die Eingewiesenen seit 15 Jahren auf die Möglichkeit des Baues ihrer Garagen
7	Die Verweigerung des Invalidenparkscheines wird beklagt	10	Der Bau einer Trink- und Löschwasserleitung wird urgiert
12	Eigentümerin eines Blumengeschäftes beklagt sich, daß ein Engrosgeschäft Detailhandel betreibt	15	Ein zu hoher Gehsteig erschwert den Zugang zur Hauseinfahrt
22	Die beabsichtigte Umwidmung in öffentliches Grün wird beklagt	24	Fragen im Zusammenhang mit der Zuweisung eines Baugrundes bzw. mit deren Widerruf
32	Es wird ein widerrechtlicher Bau angezeigt	41	Fragen im Zusammenhang mit der Rückerstattung einer Kaution
43	Fragen im Zusammenhang mit einer von der Gemeinde vermieteten Wohnung	44	Eine Eingabe bleibt unbeantwortet
46	Einem Antrag auf Vermessung der Abstände wird nicht stattgegeben	50	Beanstandet die Ablehnung der Anfrage um Verlegung des Standortes des Wohnhauses
51	Fragen im Zusammenhang mit einem Gutachten des Amtes für öffentliches Wassergut	53	Es werden Vermessungsarbeiten ohne Verständigung des Grundeigentümers durchgeführt
56	In der Folge eines Scheidungsurteiles entstehen Probleme	57	Bei der Schneeräumung werden ungleiche Maßstäbe an-

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
	bei der meldeamtlichen Eintragung des Nachnamens des Mannes		gelegt
59	In einem Reihenhaushaus wird die Garage als Tischlerwerkstatt zweckentfremdet	61	Fragen im Zusammenhang mit der Arbeitsfähigkeit einer an Allergien erkrankten Mitarbeiterin
69	Die Gemeindeverwaltung verweigert die Einsicht in Verwaltungsunterlagen	74	Die neuerliche Ablehnung eines Baugesuches wird als ungesetzlich betrachtet
77	Fragen im Zusammenhang mit der Exhumierung der Leiche des Vaters	78	Fragen im Zusammenhang mit einem Gemeinderatsbeschluss
86	Unklarheiten bei der Anwendung der Plakatierungssteuer durch die Gemeinden	91	Die Rechtmäßigkeit der Einforderung einer Baukostenabgabe wird bestritten
92	Fragen im Zusammenhang mit der Genehmigung eines Großprojektes	93	Der Nachbar verwehrt die Überquerung seines Grundes zwecks Anschluß an das öffentliche Kanalisierungsnetz
98	Fragen im Zusammenhang mit der ärztlichen Kollegialvisite	102	Die Abbruchverfügung wird als unbegründet erachtet
104	Fragen im Zusammenhang mit der Befreiung von der Pflichtimpfung gegen Hepatitis B	115	Fragen im Zusammenhang mit einem Halteverbot
126	Die Gemeinde beschließt angeblich ohne Einverständnis der Eigentümer das Verhältnis geförderter Wohnbau zu freiem Wohnbau mit 70:30	130	Fragen im Zusammenhang mit einer Wohnsitzbescheinigung
131	Die Anfragen bleiben unbeantwortet	132	Fragen im Zusammenhang mit der Berechnung einer Geldbuße für ein Bauwerk, das teilweise von der Konzession abweichend erstellt wurde
135	Die Baukonzession für ein Mehrfamilienhaus wird angefochten	138	Eine Mistlege wird trotz Verordnung des Bürgermeisters nicht saniert
140	Die Gemeinde genehmigt die Variante eines Projektes, wofür die Unterschrift des Nachbarn erforderlich wäre	143	Fragen im Zusammenhang mit der Baukonzession für den Abbruch und Wiederaufbau einer 1960 errichteten „Wohnhütte“

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
-----------------	--------------------------------	-----------------	--------------------------------

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
147	Die Gemeinde verlangt den Erschließungskostenbeitrag vor Einreichung eines Baugesuches	149	Fragen im Zusammenhang mit der Abrechnung und Bezahlung von Erschließungskosten für eine Erweiterungszone
151	Für die Installation eines Ölabscheiders wurden alle Gutachten eingeholt, trotzdem zeichnen sich jetzt Probleme ab	153	Die Ausweisung eines Fußweges zu einem Weg Typ C (3 m Fahrspur) wird beklagt
155	Es dauert Jahre bis der Baugrund zugewiesen wird	160	Fragen im Zusammenhang mit einer konventionierten Wohnung
162	Ein Bauvergehen wird angezeigt, aber die Gemeinde reagiert nur zögerlich	173	Vor 15 Jahren wurde der Grund enteignet; die Entschädigung wurde angeblich bis heute nicht bezahlt
174	Die Gemeinde soll endlich Ordnung bei der Abgrenzung der Gemeindestraßen machen	180	Fragen im Zusammenhang mit der Ablöse eines Interessenschaftsweges
183	Fragen im Zusammenhang mit der Regelung der Verkehrssituation in der Nähe einer Schule	189	Seit 7 Jahren wartet er auf die Grundablöse
196	Die Aufnahme in den Kindergarten wird entgegen anderslautender Vorschriften verweigert	199	Beklagt ein widerrechtliches Bauvorhaben seitens der Nachbarn
200	Fragen im Zusammenhang mit dem Bau einer bereits genehmigten Bushaltestelle	202	Fragen im Zusammenhang mit der Feststellung des Unterstützungswohnsitzes
203	Fragen im Zusammenhang mit der Zulässigkeit einer Volksbefragung	221	Wohnungssuche
226	Fragen im Zusammenhang mit der Aufforderung der Rückzahlung der Pflegekosten im Altersheim für die Schwester	230	Beanstandet die Verhängung einer Verwaltungsstrafe für die Entsorgung von Wertstoffen
231	Fragen im Zusammenhang mit einem Antrag auf Strafnachlaß in Anwendung des Bausündergesetzes	232	Als Bedingung für die Ausstellung einer Baukonzession verlangt die Gemeinde den statischen Nachweis einer Mauer, was aber reine Privatangelegenheit ist
234	Beanstandet, daß in Abweichung des Projektes gebaut wird	237	Die Kriterien für die Vergabe eines Dienstes werden erst nach Einsicht in die eingereichten Gesuche erstellt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
238	Ansuchen um Verlegung eines Grabes	240	Fragen im Zusammenhang mit dem Weideauftrieb von Schafen
244	Die Gemeinde verzögert die Bestätigung, daß die Kopie eines Teilungsplanes im Sinne des Gesetzes Nr. 47/85 hinterlegt wurde	245	Der Durchführungsplan für den freien Teil einer Erweiterungszone steht seit mehr als 20 Jahren nur auf dem Papier
246	Die Änderung des Durchführungsplanes einer Erweiterungszone wird angefochten	248	Seit 6 Jahren wird eine ungesetzliche Bauführung beklagt, ohne daß die zuständigen Stellen ernsthaft reagiert hätten
249	Fragen im Zusammenhang mit den Bewertungskriterien bei einem öffentlichen Wettbewerb	254	Nach Verzicht auf die Grundzuweisung verzögert die Gemeinde ungerechtfertigterweise die Rückerstattung der Grundkosten
256	Fragen im Zusammenhang mit der Marktordnung	259	Für den Grund, der ursprünglich als Lastenausgleich zur Benutzung überlassen wurde, wird jetzt ein Pachtzins verlangt
264	Die Verweigerung, den enteigneten aber nicht verbauten Grund zurückzuzahlen, wird beklagt	271	Fragen im Zusammenhang mit der Wiederherstellung eines Bachbettes und einer Gemeindestraße
274	Fragen im Zusammenhang mit der Umwidmung eines Grundstückes	276	Fragen im Zusammenhang mit der Ablehnung einer Baukonzession
277	Die Anlastung von Verzugszinsen bei Einforderung der Müllentsorgungsgebühr wird beklagt	292	Die Bestimmung im Gemeindestatut, wonach von den 6 Fraktionen 4 bestimmte im Ausschuß vertreten sein müssen, ist diskriminierend
293	Die Gemeinde kümmert sich nicht um die Zufahrt zu einem Weiler	298	Die Gemeinde will die vom Durchführungsplan vorgesehene Zufahrtsstraße nicht bauen
300	Fragen im Zusammenhang mit der Müllentsorgungsgebühr	304	Fragen im Zusammenhang mit der Wasserentsorgungsgebühr
309	Das Befahren einer Gemeindestraße wird durch hereinschneidende Hecken behindert	311	Fragen im Zusammenhang mit der Sicherheit von Gemeindestraßen
312	Fragen im Zusammenhang mit den Grenzen für die Friedhofsperrzone	316	Fragen im Zusammenhang mit der Streichung des Wohnsitzes

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
325	Das Lizenzansuchen wird abgelehnt, obwohl der Handelsplan außer Kraft ist	331	Die Abwassergebühr wird verlangt, obwohl das Weißwasser auf eigenem Grund versickert
343	Das Gesuch um Überlassung von Verwaltungsunterlagen wird mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, beim Verwaltungsgericht Rekurs einzulegen, abgetan	347	Die Untätigkeit gegenüber zu schnell und zu laut fahrenden Auto- und Motorradlenkern wird beklagt
349	Fragen im Zusammenhang mit dem Bau der Erschließungsanlagen und der Ausstellung der Benützungsgenehmigung	352	Ohne Benachrichtigung und ohne Einverständniserklärung wird im Privatgrund eine Abwasserleitung errichtet
354	Über die Gemeindestraße dringt Regenwasser in das Wohnhaus ein	356	Ein an einem Bach angrenzendes Haus wird vor Überschwemmung zu wenig geschützt
361	Fragen im Zusammenhang mit der Auflösung eines Pachtvertrages	365	Im Kellergeschoß wird ein Malerbetrieb geführt
366	Die Abweisung des Antrages auf Zuweisung eines Standplatzes für den Handel auf öffentlichen Flächen wird beklagt	367	Eine Verordnung zur Durchführung von Bauten zur Beseitigung von Gefahren wird nicht durchgeführt
369	Die Verkehrsbeschränkung für Anrainer wird beklagt	380	Fragen im Zusammenhang mit einer Ablöse für die Besetzung eines Grundes
385	Fragen im Zusammenhang mit der Friedhofsordnung von 1952	386	Fragen im Zusammenhang mit der Verrechnung der Erschließungskosten
392	Die Vereinbarung von 1980 über die Benützer einer Straße wurde bis heute nicht eingehalten	393	Fragen im Zusammenhang mit dem Bau der Erschließungsanlagen und der Ausstellung der Benützungsgenehmigung
399	Die Mitteilung über die Einleitung des Verfahrens laut Transparenzgesetz wurde von der Gemeinde unterlassen	400	Die Gemeinde besteht auf die Zustimmung des Nachbarn beim Bau einer Holzlege, obwohl ein schriftliches Einvernehmen von früher besteht
405	Fragen im Zusammenhang mit der Höhe der Erschließungskosten	419	Fragen im Zusammenhang mit dem Ausbau einer Gemeindestraße
427	Die Aufforderung, primäre Erschließungskosten innerhalb kürzester Zeit zu bezahlen, kam völlig überraschend	432	Die Zahlkarte für Trink- und Abwassergebühr ist mangelhaft begründet und ohne Rechtsmittelbelehrung

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
433	Welche Behörde hat 170 m ² Grund „entschädigungslos genommen“?	437	Probleme bei der Anwendung der Müllabfuhrgebühr nach dem „Verbraucherprinzip“
438	Eine Eingabe bleibt unbeantwortet	440	Die aus einem Vermessungsfehler erforderlich gewordene Richtigstellung einer Grundzuweisung wird von der Gemeinde verzögert bzw. verhindert
441	Fragen im Zusammenhang mit der Baukonzession für die Wiedererrichtung einer Almhütte auf Interessenschaftsgrund	443	Ein Bauvorhaben wird wegen unterschiedlicher Auslegung urbanistischer Bestimmungen für Jahre verhindert
449	Fragen im Zusammenhang mit der Ausstellung einer Benützungsgenehmigung	454	Fragen im Zusammenhang mit der meldeamtlichen Eintragung in einer Gemeinde
456	Der zugewiesene Baugrund ist nicht lastenfrei	465	Die Gemeinde verlangt als Sicherheit für die grundbücherliche Anmerkung der einseitigen Verpflichtungserklärung (Art. 7 L.G. 1/78) eine Bankgarantie
466	Fragen im Zusammenhang mit dem von der Gemeinde übernommenen Schülerbeförderungsdienst	467	Fragen im Zusammenhang mit den Prozeßkosten für freigesprochene Gemeindeverwalter
471	Fragen im Zusammenhang mit Infrastrukturkosten	475	Die Gemeinde besteht auf das Durchfahrtsrecht trotz eines kaum zumutbaren Erschwernisses für den Eigentümer
476	Notwendige und dringende Maßnahmen des Bürgermeisters werden nicht getroffen	481	Die Miete für ein Musikprobelokal wird als übertrieben betrachtet
483	Die Bedingung der Baukonzession, das alte Haus abzubauen, wird nicht eingehalten	490	Die Gemeinde zahlt die Zinsen für einen geschuldeten Betrag nicht im zustehenden Ausmaße aus
492	Die Aufforderung der Gemeinde, das Erdgeschoß umzubauen, wird als ungerechtfertigt betrachtet	496	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung der Müllentsorgungsgebühr
498	Zufahrtsproblem von der Gemeinestraße zum eigenen Betrieb	503	Ein Freiberufler ersucht um Intervention, damit seine Honorarforderung erfüllt wird
507	Die Gemeinde duldet, daß ein öffentlicher Weg von einem Privaten abgesperrt wird	508	Die Ablehnung des Baues einer Almhütte wird beklagt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
511	Fragen im Zusammenhang mit der Zahlung der Umweltabgabe	515	Die Gemeinde gibt keine Auskunft über Kriterien und Punktezuteilung an andere Bewerber für den Raumpflegedienst
516	Fragen im Zusammenhang mit einem Grundankauf	517	Die Zuweisung des Baugrundes an einem Mitbewerber wird als ungesetzlich bezeichnet
518	Bausündergesuch wird zu Unrecht abgelehnt	519	Die Bewohner eines Kondominiums beklagen den durch eine nahe Lautsprecheranlage verursachten Lärm
524	Es wird beklagt, daß der Gehsteig nicht auf der „Wohnseite“ der Straße ist	526	Das Recht die Aufenthaltssteuer einzufordern, wird bestritten
531	Die Schließung eines Teiles einer Straße verursacht den Anrainern Unannehmlichkeiten	534	Die Entscheidung der Friedhofskommission wird als gefühlskalt beklagt
536	Eine Privatstraße ist von Gemeindeinteresse	540	Die Ablehnung des Gesuches um Befreiung oder Ermäßigung des Kindergartenbeitrages wird beklagt
541	Fragen im Zusammenhang mit der Ausstellung einer Baukonzession	548	Die Durchführung einer 16 Jahre alten Vereinbarung wird eingefordert
549	Fragen im Zusammenhang mit dem Bau einer Kanalisierung	550	Die Zufahrt zum eigenen Parkplatz wird ihm versperrt
551	Fragen im Zusammenhang mit einer Gemeindestraße	553	Fragen im Zusammenhang mit einem Grundtausch
562	Fragen im Zusammenhang mit dem Anschluß an die Gemeindekanalisierung	563	Fragen im Zusammenhang mit der Aushändigung von Unterlagen
564	Fragen im Zusammenhang mit der Aushändigung von Unterlagen	571	Fragen im Zusammenhang mit der Zuweisung eines geförderten Wohnbaugrundes
574	Die Entscheidung der Gemeinde, den Grund dem Nachbarn zu verkaufen, wird beklagt	576	Fragen im Zusammenhang mit der Zufahrt zum eigenen Haus
578	Fragen im Zusammenhang mit einer Baukonzession	585	Die Besetzung von nicht bewohnbar erklärten Räumen wird aufgezeigt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
-----------------	--------------------------------	-----------------	--------------------------------

589	Die dem Bürger zur Unterschrift vorgelegte Einverständniserklärung ist verfahrensgemäß ein Unsinn und inhaltlich nichtssagend	594	Die Sanierung einer widerrechtlichen Bauführung stellt sich als schwierig dar
596	Ein vertragswidriger Transport von Kindergartenkindern wird behauptet	597	Ein Verkaufsstand auf dem von der Gemeinde bewilligten Standplatz verhindert eine Hauszufahrt
599	Fragen im Zusammenhang mit der Zuweisung eines geförderten Wohnbaugrundes	601	Die Art, wie die Gemeindestraße vom Schnee geräumt wird, wird beanstandet
603	Die Gemeinde weigert sich, Erklärungen über baurechtliche Bestimmungen auszustellen	604	Die Streitfrage ist, ob die Gemeinde oder die betroffenen Bürger den Kanalisierungsstrang zahlen müssen
605	Fragen im Zusammenhang mit dem Verkauf eines Gemeindegeweges	607	Die Aufforderung der Gemeinde, den Tarif für die Ableitung der Abwässer zu entrichten, wird angefochten
609	Fragen im Zusammenhang mit dem Bau einer Trinkwasserleitung	610	Die Ablehnung des Gemeindevorstandes, einen Konzessionsvertrag abzuändern, steht im offenen Widerspruch zu früheren Entscheidungen
612	Die Gemeinde ist bei der Übermittlung des Bauaktes an die Abteilung für Urbanistik säumig	615	Fragen im Zusammenhang mit der Beschränkung des direkten archäologischen Denkmalschutzes von gefördertem Bauland
616	Der Präsident einer Fraktionsverwaltung verweigert die Einsicht in die detaillierte Aufstellung der Bergrechnung	618	Fragen im Zusammenhang mit einem Kündigungsschreiben

Bezirksgemeinschaften

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
80	Die Dienstalterszulage wird einem Behindertenbetreuer nicht genehmigt	88	Eine Frau kritisiert massiv die Tätigkeit bzw. Untätigkeit des Sozialdienstes ihres Bezirkes
100	Die Sozialhilfe wurde gekürzt, obwohl er weder arbeitsscheu noch ein Säufer sei	125	Wenn er seinem Vorgesetzten in der Rehabilitation begegnet, beginnt er zu zittern und kann nicht mehr arbeiten

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
145	Sie wird gegen ihren Willen mit einer Aufgabe betraut, die nicht ihrer Stellenbeschreibung entspricht	216	Die Reduzierung des Unterstützungsbeitrages um 200.000 Lire wird als ungerechtfertigt empfunden
219	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung des Unterhaltsbeitrages im Altersheim	287	Fragen im Zusammenhang mit der Gewährung des Lebensminimums
370	Fragen im Zusammenhang mit einem Ansuchen um Aufnahme in ein Altersheim	402	Beanstandet die Kürzung des Unterstützungsbeitrages
416	Beklagt sich darüber, daß der Sonderurlaub nicht gewährt wird	478	Beschleunigung der Auszahlung eines Unterstützungsbeitrages wird gefordert
509	Fragen im Zusammenhang mit der Gewährung eines Sonderunterstützungsbeitrages	522	Fragen im Zusammenhang mit der Entrichtung des Pflegesatzes für die Unterbringung in einem Behindertenheim
543	Beanstandet, daß die Betreuungsstunden reduziert wurden	572	Fragen im Zusammenhang mit einer freiberuflichen Mitarbeit im Hauspflegedienst

Staat – öffentliche Dienste

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
4	Mittels Postanweisung ins Ausland (USA) transferiertes Geld kommt dort nie an	16	Unregelmäßigkeiten bei der Berechnung des Gehaltes werden aufgezeichnet
21	Ein Häftling möchte in eine nähere Anstalt verlegt werden und dort eine Arbeit verrichten können	27	Fragen im Zusammenhang mit der Rückerstattung von Beiträgen aus dem Rentenergänzungsfonds
45	Eine Eingabe betreffend den Zugang zu den Verwaltungsunterlagen bleibt unbeantwortet	66	Ein Ansuchen um Neufestsetzung des Rentenbeginnes bleibt unbeantwortet
70	Fragen im Zusammenhang mit der Auszahlung des Familiengeldes	71	Zwei Eingaben werden nicht behandelt
72	Eine Eingabe bleibt unbeantwortet	82	Eine Steuerfahndungsmethode wird scharf kritisiert
84	Seit 10 Jahren wartet der Bürger auf die Rückerstattung von zu viel bezahlter Erbschaftsteuer	118	Er ist besitzlos und kann die Steuerrückstände nicht bezahlen

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
124	Die Pension wird mit 3 ½ Jahren Verspätung ausbezahlt ohne Zinsen und Geldaufwertung	136	Das italienische Generalkonsulat von Innsbruck meldet ein in Italien zugelassenes Fahrzeug ab und trotzdem muß die Autosteuer bezahlt werden
142	Die Zeit, die er als vorgeladener Zeuge bei einem Strafprozeß aufwenden muß, rechnet die Postverwaltung zum ordentlichen Urlaub	154	Die Nichtdurchführung eines Urteiles wird beklagt
164	Ein Geldbetrag, der mittels Postanweisung nach England überwiesen wird, erreicht nicht das Ziel	177	Die nahe Hochspannungsleitung gibt zu Besorgnis Anlaß
185	Fragen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Verwendung eines staatlichen Symbols	188	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung einer Gebühr für die Besetzung eines Demanialgrundes
247	Ein Antrag um Sozialrente bleibt unbehandelt	257	Ein Antrag um Rückerstattung von nicht geschuldeten Beiträgen bleibt unbehandelt
278	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung von Telefonrechnungen	290	Beanstandung einer durch die Telecom verfügteten Kabelverlegung
302	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung der Kraftfahrzeugsteuer	303	Ein Rekurs gegen die Verweigerung der Hinterbliebenenrente bleibt unbehandelt
324	Die Auszahlung der Restabfertigung wird urgirt	328	Seit eine Telefonleitung verlegt wurde, dringt Wasser in das Wohnhaus
329	Fragen im Zusammenhang mit der Rückgabe von Erlösen aus Schatzscheinen	333	Fragen im Zusammenhang mit der Auszahlung einer Enteignungsentschädigung
334	Fragen im Zusammenhang mit der Auszahlung der Abfertigung	362	Vor 1 ½ Jahren wurde die Zweisprachigkeitszulage anerkannt aber bis heute nicht bezahlt
368	Verzögerung des Abschlusses eines Mietvertrages mit den Carabinieri	374	Die Aufforderung, rückständige Kfz-Steuer zu zahlen, wird angefochten
376	Fragen im Zusammenhang mit der Aufenthaltsgenehmigung	382	Die Namensänderung wird erst dann gewährt, wenn die Richtigkeit der kirchlichen Schreibweise bewiesen werden kann

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
387	Fragen im Zusammenhang mit Ausgleichszahlungen für die Reduzierung der Arbeitszeit aus Gesundheitsgründen	388	Der Anschluß für ein Handtelefon wird ungerechtfertigterweise stillgelegt
389	Seit mehr als 3 Jahren wartet er auf die abschließende Behandlung seines Pensionsgesuches	391	Beklagt, daß ihr Antrag um Rückerstattung eines nicht geschuldeten Betrages abgelehnt wurde
394	Fragen im Zusammenhang mit der Rückforderung von aus Verschulden des NISF zu viel gezahlten Familienzulagen	396	Mobbing, Ausgrenzungsmethoden am Arbeitsplatz, wird beklagt
420	Fragen im Zusammenhang mit einem Antrag auf Schadenersatz	421	Fragen im Zusammenhang mit der Ausstellung der Aufenthaltsgenehmigung
426	Fragen im Zusammenhang mit dem Recht auf den Gebrauch der eigenen Muttersprache	428	Die Ablehnung des Vorschusses auf die Abfertigung in einer besonderen Notsituation wird beklagt
435	Die Folgen eines Unfalles werden als allgemeine Krankheit eingestuft	459	Beanstandet, daß er aufgefordert wird, eine Steuerzahlkarte für einen Zeitraum zu zahlen, in dem er den Betrieb noch nicht aufgenommen hatte
474	Der Antrag um Gewährung der Hinterbliebenenrente für eine Arbeitsinvaliden ist zu beschleunigen	485	Seit fast 1 Jahr ist eine Antwort ausständig
494	Das Desinteresse eines italienischen Konsulates im Ausland wird beklagt	497	Fragen im Zusammenhang mit der Streichung von der häuslichen Gemeinschaft des selbständigen Bauern
502	Antrag auf Verbrauchssteuerreduzierung von Methangas für Klosterschule wird abgelehnt	513	Auf der Einzahlungsbestätigung der Kraftfahrzeugsteuer ist nicht die richtige Kfz-Nummer angegeben
530	Beanstandet, daß der Antrag auf Widerruf der Kündigung nicht angenommen wird	532	Einer vertikalen Part-time-Angestellten werden die Essensgutscheine nicht gewährt
552	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung von Beiträgen an das NISF	554	Fragen im Zusammenhang mit dem Datenschutzgesetz
556	Eine Mutter möchte den Sohn im Gefängnis besuchen	573	Dem Antrag um Tausch einer Dienstwohnung wird nicht stattgegeben

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
580	Fragen im Zusammenhang mit dem Datenschutzgesetz	581	Fragen im Zusammenhang mit der Auszahlung der Abfertigung
587	Fragen im Zusammenhang mit der Rente	593	Beanstandet, daß ein Teil der Abfertigung nicht zur Bildung eines Zusatzrentenfonds rückgestellt werden kann
617	Das Steueramt macht eine „Einkommensfeststellung“, die es nicht gibt	621	Die geplante Trasse für den Bau einer Elektroleitung wird abgelehnt, dafür aber eine Variante vorgeschlagen

Verschiedenes

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
6	Fragen im Zusammenhang mit der Anerkennung eines Krankenschwesterdiplomes im Ausland	73	Eine Eingabe bleibt unbeantwortet
83	Der Antrag um Geburtengeld und Betreuungszulage wird angeblich verschlampt	119	Ein Obdachloser möchte „Wohnkultur“ erleben
172	Fragen im Zusammenhang mit der Feststellung der Grenze einer Waldparzelle	175	Fragen im Zusammenhang mit einer Eingabe bei der „Europäischen Menschenrechtskommission“
176	Der berufliche Aufstieg und die neue Arbeit haben ihn depressiv gemacht	213	Die Ablöse einer Dienstbarkeit des Durchganges wird eingefordert
220	Um 7 Uhr früh tönt vom Kirchturm mittels Lautsprecher ein Morgengebet	222	Die Aufforderung, für den vor Jahren abgemeldeten Fernsehapparat Gebühren zu zahlen, wird abgelehnt
223	Fragen im Zusammenhang mit einem vor 20 Jahren im Ausland abgeschlossenen Bausparvertrag	261	Seine Anfragen an ein Rehabilitationszentrum in Rimini werden regelmäßig nicht behandelt
270	Die Zahlungsaufforderungen für Untersuchungen werden zurückgewiesen	282	Fragen im Zusammenhang mit dem Tierschutz
305	Die Autobahngesellschaft ändert geplante Vorhaben zum Schaden eines angrenzenden Gastbetriebes	326	Mit dem Sommerfahrplan der Buslinie Bozen-Meran ist man nicht einverstanden

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
363	Man verweigert die Aufnahme in ein Berufsverzeichnis	379	Beanstandet, daß der in einer Landesberufsschule geleistete Dienst bei einem staatlichen Wettbewerb nicht anerkannt wird
403	Fragen im Zusammenhang mit dem Gleichstellungsgesetz für Südtiroler Studenten an einer österreichischen Universität	424	Ein Pendler, der in der Schweiz arbeitet, muß sein Auto mit Schweizer Kennzeichen bei der Durchfahrt durch Österreich verzollen
425	Ein Pendler, der in der Schweiz arbeitet, muß sein Auto mit Schweizer Kennzeichen bei der Durchfahrt nach Österreich dort verzollen	538	Die Einhaltung des Transparenzgesetzes wird gefordert
590	Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin blockt die Rentenangelegenheit		

Privat

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
208	Fragen im Zusammenhang mit einer Zwangsäumung	567	Fragen im Zusammenhang mit dem Bau eines Elektro-Werkes

3.2.3 ANFRAGEN - BESCHWERDEN 1998

Generaldirektion

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
148	Die Entscheidung der Landesregierung soll den Betroffenen endlich mitgeteilt werden	272	Fragen im Zusammenhang mit der Anerkennung der gesetzlichen Zinsen und Geldaufwertung
427	Fragen im Zusammenhang mit den Durchführungsbestimmungen über den Gebrauch der deutschen und ladinischen Sprache		

Abteilung 1 - Präsidium

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
69	Fragen im Zusammenhang mit einer Zweisprachigkeitsprüfung	233	Der Landeshauptmann möge das lange Beschwerdeschreiben lesen und die Reduzierung des Lärmes in einer Nachbar anordnen
302	Die Halbherzigkeit bei der Behandlung einer Beschwerde über Lärmbelästigung wird beklagt	372	Ein Beschluß der Landesregierung betreffend das Institut für Musikerziehung wird als ungesetzlich bezeichnet

Abteilung 2 - Zentrale Dienste

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
522	Im Telefonverzeichnis der Landesverwaltung scheint die Privatnummer eines Bürgers auf, was als grob störend empfunden wird		

Abteilung 3 - Anwaltschaft des Landes

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
197	Fragen im Zusammenhang mit der Forderung auf Schadensersatz nach einem Unfall	254	Fragen im Zusammenhang mit dem Abstand einer Umfriedungsmauer
284	Die Errichtung bzw. Verlegung eines Denkmals ohne Durchführungsplan wird angezeigt	290	Mit dem Rückführungsdekret bekommt er den Grund aber keine Kubatur zurück
598	Fragen im Zusammenhang mit dem Anrecht auf Vergütung der Anwaltsspesen		

Abteilung 4 - Personalverwaltung

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
19	Die Regelung der Fahrtkostenvergütung benachteiligt die Lehrer	25	Fragen im Zusammenhang mit der Berechnung der Pension für eine Kindergärtnerin
26	Bei der Pensionsberechnung gibt es noch erklärungsbedürftige Fragen	29	Fragen im Zusammenhang mit der Ruhestandsbehandlung im Wartestand
58	Die Vorschrift der 5 Dienstjahre bei der Ausschreibung einer Eignungsprüfung für Berufsschullehrer wird beklagt	82	Fragen im Zusammenhang mit der Freiberuflerzulage für Landesbedienstete
139	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung der gesetzlichen Zinsen und die Geldaufwertung auf die Abfertigung	156	Ausgrenzungsmethoden am Arbeitsplatz werden beklagt
217	Fragen im Zusammenhang mit der Anstellung als Sekretariatsassistentin	225	Ein im Dienste erlittener akuter myokardischer Infarkt wird von der rechtsmedizinischen Kommission als geringfügige Herzstörung beurteilt
232	Als Voraussetzung für die Zulassung zu einem Wettbewerb wird u.a. das Doktorat in Archäologie verlangt, was es aber nicht gibt	275	Fragen im Zusammenhang mit Essensgutscheinen
277	Fragen im Zusammenhang mit der vertikalen Mobilität	304	Eine Konfliktsituation zwischen Verwaltungsassistentin, Verwaltungssekretär und Oberschuldirektor wird beklagt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
312	Sie wird ersucht, eine Ersatzstelle zu besetzen obwohl sie schon provisorisch aufgenommen wurde	314	Ein Antrag bleibt unbehandelt
331	Fragen im Zusammenhang mit Teilzeitarbeit	351	Obwohl er die Versetzung nach Bruneck beantragt hatte, wurde die Stelle an einem Dritten provisorisch vergeben
375	Fragen im Zusammenhang mit der Berechnung der Rente aufgrund der Zusammenlegung von Versicherungsjahren	384	Ein Bediensteter will außerhalb der Arbeitszeit künstlerisch/gewinnbringend tätig sein dürfen
395	Zwei ursprünglich vorgesehene Stellen für Werkerzieher in der italienischen Berufsschule werden gestrichen	404	Beschwerde bezüglich der Rangordnung für die zeitbegrenzte Aufnahme von Kindergartenpersonal
406	Landwirtschaftstechniker werden nicht wie ihre Technikerkollegen in die 7. Funktionsebene eingestuft obwohl sie dieselben Aufgaben verrichten	407	Landwirtschaftstechniker werden nicht wie ihre Technikerkollegen in die 7. Funktionsebene eingestuft obwohl sie dieselben Aufgaben verrichten
419	Für die Anerkennung des Kindergarten diploms einer Ausländerin wird die Zweisprachigkeitsprüfung verlangt	435	Ein Jahresauftrag von 13 Wochenstunden wird nachträglich auf 4 Wochenstunden reduziert
437	Rekurs gegen die Ablehnung eines Versetzungsgesuches	449	Fragen im Zusammenhang mit einer Versetzung
468	Bei der zeitbeschränkten Aufnahme als Schuldiener wird angeblich die Rangordnung nicht eingehalten	471	Die teilweise Ablehnung eines bezahlten Sonderurlaubes wegen Krankheit des Kindes wird angefochten
485	Bei Erstellung der Rangordnung wurde ein Unterrichtsjahr nicht berücksichtigt	506	Beklagt eine schikanöse Behandlung durch die Schuldirektorin
512	Für jene Lehrer, die nicht in der Stammrolle sind, wird es immer schwieriger, einen Lehrauftrag zu erhalten	526	Verweigerung der Anzahlung auf die Abfertigung
529	Beklagt eine schikanöse Behandlung durch die Schuldirektorin	531	Die Vorgangsweise bei einer Ernennung zum Inspektor auf Probe ist nicht transparent
564	Fragen im Zusammenhang mit der Auszahlung der Produktionszulagen für das Personal der Bezirksgemeinschaften	574	Die Antwort auf das Gesuch um Auszahlung des Mutterschaftsgeldes ist seit mehr als 2 Monaten ausständig

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
585	Die Zusatzrente ist seit 1990 gleich geblieben	590	Fragen im Zusammenhang mit dem Ausspeisungsdienst des Kindergartenpersonals
618	Das ohne Begleitschreiben verschickte Dekret des Abteilungsdirektors enthält keine Rechtsmittelbelehrung	643	Ersucht um Klärung der Rentenposition
651	Anstatt die bestehende Rangordnung auszuschöpfen wird innerhalb von 6 Monaten ein neuerlicher Wettbewerb für dasselbe Berufsbild ausgeschrieben	659	Die Ausschreibung eines Stellenwettbewerbes wird beanstandet, weil eine Rangordnung noch in Kraft ist
666	Das Verfahren bei der Aufnahme von Straßenarbeitern wird beanstandet		

Abteilung 6 - Bauten- und Vermögensverwaltung

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
54	Auf einem Grundstück, das dem Land gehört, hat ein Bub einen Fahrradunfall	70	Sie fühlen sich nicht ernstgenommen beim Verfahren für die Ablösung des Grundes beim Ausbau einer Landesstraße
362	Die neue Miete für Dienstwohnungen wird angeblich nicht wie besprochen verrechnet	458	Gegen die Art einer Ausschreibung werden schwere Vorwürfe erhoben
530	Ein Bürger ersucht vor der Willkür und Arroganz eines vom Land beauftragten Technikers geschützt zu werden		

Abteilung 7 - Örtliche Körperschaften

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
38	Fragen im Zusammenhang mit einem der aufsichtsbehördlichen Kontrolle unterworfenen Gemeindebeschuß	149	Die Baukonzession wird nur unter der Bedingung ausgestellt, daß eine öffentliche Zufahrt nicht benützt wird

Abteilung 11 - Hochbau und technischer Dienst

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
14	Fragen im Zusammenhang mit dem Schätzungsbericht für einen Fraktionsgrund		

Abteilung 12 - Strassenbau und Entsorgungsanlagen

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
59	Der mit dem Schneeräumungsdienst beauftragte Angestellte des Landesbauhofes versperrt ihm seit Jahren die Zufahrt	86	Fragen im Zusammenhang mit dem Ausbau einer Landesstraße
295	Beklagt, daß der Sohn einen Unfall infolge der mangelnden Instandhaltung einer Straße gehabt hat	297	Die Errichtung eines Holzzaunes oder einer Leitplanke an einer gefährlichen Stelle im Ortsbereich wird unverständlicherweise abgelehnt

Abteilung 13 - Denkmalpflege

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
5	Die Vorschriften des Denkmalamtes „zwingen“ den Bauer zur Aufgabe des Wohnhauses	57	Unterschiede zwischen denkmalpflegerischen Vorschriften und bauleitplanerischen Möglichkeiten
205	Das ärarialtechnische Amt erkennt eine Rechnung nicht an	520	Die Auflagen des Denkmalamtes sind finanziell nicht zu verkraften
634	Eine Eingabe bleibt unbeantwortet	636	Eine Eingabe bleibt unbeantwortet

Abteilung 14 - Deutsche und ladinische Schule und Kultur

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
32	3 Tage vor Ablauf des Gesuchstermines hatte sie einen schweren Autounfall und wird von der Studienbeihilfe ausgeschlossen	62	Fragen im Zusammenhang mit der Vergabe von Lieferaufträgen
98	Die Ablehnung des Gesuches um Studienbeihilfe wegen Nichtanerkennung des Datums des Poststempels als Einreichetermin wird beklagt	411	Fragen im Zusammenhang mit einem Wettbewerb
461	In einer behaupteten Mobbingssituation tut der Abteilungsleiter nichts für eine Konfliktlösung	581	Der Einreichetermin für Studienstipendium wird vorverlegt und prompt versäumt
604	Fragen im Zusammenhang mit der Gewährung eines Studienstipendiums		

Abteilung 15 - Italienische Schule und Kultur

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
415	Fragen im Zusammenhang mit der Akteneinsicht		

Abteilung 16 - Deutsches Schulamt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
12	Ein Oberschullehrer rekurriert gegen das Bewertungsurteil einer Prüfungskommission	140	Der Widerruf des Lehrauftrages wird angefochten
142	Fragen bezüglich der Bezahlung der Lehrer im Ausland	309	Der bestandene Berufsbildungslehrgang wird bei der Punktebewertung des Stammrollenwettbewerbs nicht berücksichtigt
328	Fragen im Zusammenhang mit dem Mutterschaftsurlaub	343	Trotz Endergebnis „in die dritte Klasse versetzt“ wird der Schüler wegen Überschreitung der Altersgrenze nicht in die 3. Klasse Mittelschule eingeschrieben

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
347	Fragen im Zusammenhang mit der Haftpflichtversicherung während der Unterrichtsstunden	383	Die Einhaltung des Transparenzgesetzes wird eingefordert
397	Durch eine angeblich falsche Information des Schulamtes wird ihr das Sommergehalt gestrichen		

Abteilung 17 - Italienisches Schulamt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
4	Widerruf der Ernennung zur Kindergartenleiterin wird beklagt	405	Fragen im Zusammenhang mit einer Versetzung
541	Beklagt lange Wartezeiten für die Auszahlung der ihr zustehenden Beträge für den geleisteten Dienst	607	Der Sekretär einer Grundschule ist mit Arbeit überhäuft und die Lehrer müssen monatelang auf die Auszahlung der Förderungszulage warten

Abteilung 19 - Arbeit

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
127	Fragen im Zusammenhang mit der Ausstellung von Bestätigungen über ein Arbeitsverhältnis	208	Ein Zivilinvalide mit 3 minderjährigen Kindern ist auf der Suche nach einer Arbeit und beklagt finanzielle Schwierigkeiten
265	Die Mitteilung, daß der Antrag um Arbeitslosenunterstützung angenommen wurde, ist unverständlich formuliert	630	Probleme für eine EU-Bürgerin wegen der Arbeitslosenunterstützung
632	Fragen im Zusammenhang mit der Aufnahme eines Zivilinvaliden	661	Der Landwirt fühlt sich im Zusammenhang mit ausländischen Erntehelfern von den Arbeitsinspektoren drangsaliert

Abteilung 20 - Deutsche und ladinische Berufsbildung

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
479	Der Direktor beauftragt den Lehrer zur Leistung von 16 Überstunden, will aber nur 11 bezahlen		

Abteilung 21 - Italienische Berufsbildung

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
39	Eine Lehrperson beklagt die ungerechte Behandlung und die dementsprechend negative Bewertung	341	Fragen im Zusammenhang mit einem Ausleselehrgang
385	Schülerin der Berufsschule beklagt mangelnde Information während des Schuljahres	386	Schülerin der Berufsschule beklagt mangelnde Information während des Schuljahres
481	Der Schuldirektor will die geleisteten Stunden für die praktische Ausbildung nicht ausreichend anerkennen	612	Fragen im Zusammenhang mit der Gewährung eines Studienstipendiums
625	Eltern von Schülern der Fachlehranstalt für soziale Dienste beklagen die mangelnde Anerkennung von seiten der Provinz des diesbezüglichen staatlichen Studientitels		

Abteilung 23 - Gesundheitswesen

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
36	Die Kriterien für die Rückerstattung von Zahnarztspesen werden kritisiert	37	Fragen im Zusammenhang mit der Gewährung der Begleitzulage
85	Probleme bei der Rückzahlung von Krankenhauskosten	124	In Bereichen der Fachhochschule für Gesundheitsberufe bestehen zwischen Studenten und Direktion Verständigungsschwierigkeiten
144	Die Hepatitis-B-Pflichtimpfung wird als ein Instrument gegen das Menschenrecht auf Bildung betrachtet	209	Beklagt, daß die Steuerzahlkarte an beide Eltern zugestellt wurde

Abteilung 24 - Sozialwesen

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
21	Die Ablehnung der Frontkämpferzulage wird angefochten	63	Fragen im Zusammenhang mit dem Anrecht auf Untersützung
92	Fragen im Zusammenhang mit dem Teilwiderruf der Betreuungszulage	104	Beklagt die Ablehnung der Beschwerde gegen den Widerruf des Zuschusses auf die Sozialbeiträge der Bauern
118	Fragen im Zusammenhang mit der Ablehnung eines Ansuchens	122	Das Familiengeld wird angeblich deshalb abgelehnt, weil von den 3 Kindern nicht das 1. sondern das 3. eine Totgeburt war
151	Die leibliche Mutter beklagt das Verhalten der Pflegeeltern und der Gerichtsorgane	245	Beanstandet die Ablehnung eines Rekurses für die Gewährung des Lebensminimums
256	Fragen im Zusammenhang mit der Begleitungszulage	600	Fragen im Zusammenhang mit der Ernennung und der Zusammensetzung des Heimbeirates in den Altersheimen
667	Fragen in Zusammenhang mit der geforderten Rückerstattung des Begleitungsgeldes		

Abteilung 25 - Wohnungsbau

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
28	Der dem Fruchtnießer gewährte Sanierungsbeitrag muß nach dessen vorzeitigen Tod zurückgegeben werden	44	Es fehlt die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung, weil sie bei der Volkszählung im Ausland war und wird deshalb von der Förderung ausgeschlossen
65	Fragen im Zusammenhang mit der vorzeitigen Tilgung eines geförderten Darlehens	83	Fragen im Zusammenhang mit der Übertragung eines Wohnbaudarlehens an die Erben
119	Fragen im Zusammenhang mit der Übertragung des Landesdarlehens auf eine andere Wohnung	261	Divergenzen bei der Ausmessung der Nettowohnfläche zwischen beauftragtem Geometer und technischem Amt für den geförderten Wohnbau

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
269	Beklagt, daß durch die Hofübernahme die Wohnbauförderung widerrufen wird	321	Ein offenes Dachgeschoß wird wie eine Wohnung berechnet und führt zur Ablehnung des Wohnbaugesuches
374	Beklagt finanziellen Schaden durch die verzögerte Auszahlung des bereits gewährten Wohnbaudarlebens	380	Beanstandet das Verhalten einer Mitarbeiterin des technischen Amtes für den geförderten Wohnbau
391	Fragen im Zusammenhang mit der Höhe des zehnjährigen gleichbleibenden Beitrages für den Kauf einer Wohnung	413	Die Bürokratie überfordert die einfachen Menschen; der Widerruf des Beitrages ist folglich unmenschlich
418	Aufgrund der offensichtlich falschen Auskünfte erhält sie nicht den Beitrag im vorgesehenen Ausmaß	420	Die Vorhaltung des Amtes, die geförderte Wohnung nicht als Erstwohnung zu besetzen, ist haltlos
430	Fragen im Zusammenhang mit dem Widerruf eines Wohnbaudarlebens	459	Die nachträgliche Reduzierung des Zinsbeitrages wird beklagt
474	Die nachträgliche Reduzierung des Zinsenbeitrages wird angefochten	509	Der Widerruf einer Wohnbauförderung wird beanstandet
543	Die nachträgliche Reduzierung des Zinsenbeitrages wird beklagt	587	Beklagt den Ausschluß aus einer Wohnbauförderung
609	Das Wohnbaukomitee verstößt mit seinem Beschluß gegen die Grundsätze der Rechtssicherheit	642	Obwohl das Beitragsgesuch mehrmals überprüft und als in Ordnung befunden wurde, wurde es abgelehnt

Abteilung 26 - Brand- und Zivilschutz

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
75	Fragen im Zusammenhang mit der Ausstellung einer Bestätigung	570	Ersucht um Rücknahme einer Zahlungsverordnung

Abteilung 27 - Raumordnung

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
155	Das Verhalten eines Landes-sachverständigen für Urbanistik und Landschaftsschutz wird als schikanös bezeichnet		

Abteilung 29 - Umwelt- und Arbeitsschutz

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
6	Die Verhängung von Verwaltungsstrafen wegen behaupteter Gesetzesverletzung auf dem Lebensmittelsektor wird angefochten	51	Es wird die durch eine Piano-bar verursachte Störung der Nachtruhe beklagt
71	Fragen im Zusammenhang mit der Abwassergebühr, wenn das Wasser 4 Monate lang wegen Gefriergefahr rinnen muß	91	Beklagt die durch die Unternehmen verursachte Luftverschmutzung
93	Fragen im Zusammenhang mit der Ausstellung eines Übertretungsprotokolles	126	Fragen im Zusammenhang mit Verkehrslärmmessungen
327	Ein im leerstehenden Stall angewandtes Desinfektionsmittel verursacht gesundheitliche Beschwerden	601	Erachtet nicht als gerechtfertigt, die Abwassergebühr auch für das für Bewässerungszwecke benutzte Wasser zu bezahlen
631	Fragen im Zusammenhang mit dem Zeitpunkt der Erstellung des Sicherheitsplanes		

Abteilung 30 - Wasserwirtschaft und Wasserschutzbauten

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
132	Fragen im Zusammenhang mit einer Konzession für Wasserableitung	307	Es wird beklagt, daß die Behörde nichts gegen die willkürliche Besetzung öffentlichen Grundes unternimmt
457	Fragen im Zusammenhang mit der Anwendbarkeit des Landesgesetzes für die Regelung von Stauanlagen	463	Rekurs gegen die Klassifizierung eines Bachbettes

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
473	Rekurs gegen die Klassifizierung eines Bachbettes	623	Durch die Verlegung des Bachbettes sind ihm angeblich viele Nachteile mit entsprechenden Kosten entstanden

Abteilung 31 - Landwirtschaft

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
31	Fragen im Zusammenhang mit der Gewährung eines Beitrages für die Sanierung eines Bauernhauses	162	Das verbotene Spritzmittel wurde angeblich nur irrtümlich im Register eingetragen, aber nicht gespritzt
323	Über den Antrag auf Nutzung eines nicht bewirtschafteten Grundstücks ist nach mehr als einem Jahr noch nicht entschieden worden		

Abteilung 32 - Forstwirtschaft

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
88	Fragen im Zusammenhang mit der Verletzung des Amtsgeheimnisses	141	Die Landesregierung weist eine Aufsichtsbeschwerde wegen Ablauf der Einspruchsfrist ab
175	Die Forstunteroffiziere und die Forstwachen warten seit 3 Jahren auf die endgültige Erfüllung des Arbeitsvertrages	514	Die Verlegung eines Kirchweges ist eine große Notwendigkeit

Abteilung 33 - Land- und forstwirtschaftliches Versuchswesen

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
81	Fragen im Zusammenhang mit einem Ansuchen um Pacht eines Hofes		

Abteilung 35 - Handwerk

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
8	Klage wegen des Kaminkehrerdienstes und Beanstandung der Kaminkehrerordnung	60	Empfindet die verhängte Verwaltungsstrafe als ungerechtfertigt
73	Die Zulassung zu einer Prüfung wird verwehrt	108	Fragen im Zusammenhang mit dem Widerruf eines Beitrages
110	Beklagt sich über das Verhalten einiger Beamten	357	Es werden Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit dem fachtheoretischen Teil der Meisterprüfung behauptet

Abteilung 36 - Tourismus, Handel und Dienstleistungen

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
117	Wegen angeblich falscher Angaben in der Preisliste wird Schadensersatz gefordert		

Abteilung 38 - Verkehr und Transportwesen

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
49	Fragen im Zusammenhang mit der Ausstellung einer provisorischen Fahrerlaubnis	219	Probleme im Zusammenhang mit der Erneuerung des Führerscheins
253	Fragen im Zusammenhang mit einer Revisionsprüfung des Führerscheines	329	Fragen im Zusammenhang mit der Übernahme der Verantwortung im Zusammenhang mit einer Schülerbeförderung
426	Eine Eingabe bleibt unbeantwortet	438	Fragen im Zusammenhang mit dem Recht des Zuganges zu den Verwaltungsunterlagen
477	Der Schülertransportdienst wird nicht dem einheimischen Unternehmer sondern angeblich um mehr Geld einem Auswärtigen anvertraut	488	Die Ablehnung des Fahrtkostenzuschusses wird beklagt
502	Es gibt Schwierigkeiten bei der Vergabe des Dienstes für den Schülertransport	538	Fragen im Zusammenhang mit der Einführung eines Schülerbeförderungsdienstes

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
558	Probleme im Zusammenhang mit dem Schülertransportdienst	615	Es wird behauptet, daß in einem Falle des Schülertransportes das zuständige Amt nicht effizient ist
648	Es gibt Schwierigkeiten beim Schülertransport in einer Fraktion in Jenesien		

Institut für den geförderten Wohnbau

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
9	Es wird beanstandet, daß eine Bestattungsanstalt in einem Kondominium des WBI untergebracht wurde	10	Es wird beanstandet, daß eine Bestattungsanstalt in einem Kondominium des WBI untergebracht wurde
13	Fragen im Zusammenhang mit der Berechnung einer Honorarnote	15	Der Witwe des Mieters ist der verlangte Wohnungstausch nicht zumutbar
30	Die im Tauschwege angebotene Wohnung ist für die 80-jährige Mieterin ungeeignet	35	Fragen im Zusammenhang mit der Abtretung ins Eigentum einer EX-INCIS-Wohnung
41	Seit 1993 sollte eine Nachbarschaftsfrage mit dem Wohnbauinstitut geregelt werden	48	Seit 14 Jahren hat keine Mieterversammlung stattgefunden und viel Unmut hat sich aufgestaut
113	Angeblich muß die „differenzierte“ Miete gezahlt werden, obwohl keine kleinere Wohnung angeboten wurde	130	Fragen im Zusammenhang mit dem Tausch einer Wohnung, die nicht behindertengerecht ist
138	Der Umstand, daß für die Berechnung der sozialen Miete auch die uneinbringlichen Alimente für die Kinder berechnet werden, wird beklagt	150	Fragen im Zusammenhang mit der Übergabe einer ungeeigneten Mietwohnung
157	Fragen im Zusammenhang mit der Berechnung des Einkommens für die Festsetzung der Sozialmiete	173	Die Entscheidung, ob seitens des WBI ein Interesse an einem freien Baulos besteht, sollte dringend getroffen werden
183	Gegen die Bewertung des Vermögens der Eltern wird Einspruch erhoben	187	Durch die Blumenkästen wird die Durchfahrt im Hof verhindert

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
222	Beanstandet den Ausschluß aus der Rangordnung für die Zuweisung einer Volkswohnung weil das erhöhte Einkommen zu niedrig betrachtet wird	236	Der Zugang zu Verwaltungsunterlagen wird dem Interessierten Mitbewohner eines WBI-Hauses verweigert
246	Fragen im Zusammenhang mit der Zuweisung einer Wohnung	255	Die Mieter beklagen das ablehnende Verhalten des Institutes bezüglich der Unterbringung von Brennholz
257	Die Mieter beklagen, daß der an sich schon kleine Garten durch Grundverkauf an den Nachbarn weiter reduziert wurde	259	Die Punkte für die Überfüllung und die Unbewohnbarkeit werden nicht zuerkannt, weil 2 Zimmer keine Wohnung sind
266	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung der Malerkosten bei Kündigung eines Mietvertrages	280	Sein Bankkonto wurde mit einem Beitrag zugunsten des Wohnbauinstitutes belastet, wofür er keine Erklärung erhalten hat
281	Die zwei Institutsmieter fühlen sich vom Wohnbauinstitut gegenüber den 4 Wohnungseigentümern kaum vertreten	291	Die Pflanzen wurden infolge eines Aushubes zerstört
300	Probleme im Zusammenhang mit der Gewährung eines Mietenzuschusses	316	Fragen im Zusammenhang mit dem Gesuch um eine Sozialwohnung für ein Ehepaar mit gerichtlicher Kündigung
326	Die zugewiesene Wohnung ist für 3 Personen ungeeignet	337	Es ist anachronistisch, daß Mieter von Institutswohnungen einen Mietenzuschuß bekommen und nicht die soziale Miete zahlen
348	Fragen im Zusammenhang mit der Berechnung des Mietzinses	354	Anfrage wegen Veräußerung einer Wohnung an das Institut für geförderten Wohnbau
355	Die Mietbewohner eines Institutsgebäudes liegen wegen Bagatellsachen in Streit	365	Fragen im Zusammenhang mit der Besetzung einer Volkswohnung
369	Fragen im Zusammenhang mit der Berechnung des Mietzinses	398	Obwohl ein Trennungsverfahren angestrengt werde und der Ehemann nicht mehr in der gleichen Wohnung lebt, muß sie den gleichen Mietzins bezahlen

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
409	Die Zuweisungskommission weist eine nicht angemessene Wohnung zu	410	Es werden Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit dem Bau von Institutswohnungen beklagt
439	Beklagt den Widerruf der Zuweisung einer Sozialwohnung	448	Fragen im Zusammenhang mit dem Recht auf Akteneinsicht
462	Fragen im Zusammenhang mit der Zuweisung einer Wohnung	489	Das Kriterium für die Punkte-zuteilung für die Invalidität schafft schwierige Grenzfälle
491	Das Gesuch um Wohnungstausch wird nicht mit der gebührenden Sorgfalt behandelt	500	Die ungleiche Behandlung beim Verkauf von Garagen wird beklagt
501	Fragen im Zusammenhang mit der Anerkennung von Punkten für die überfüllte Notwohnung	513	Das Verhalten des Mieterassistenten gegenüber eines hundehaltenden Mieters wird geklagt
516	Ein Behinderter beanstandet den Widerruf einer Institutswohnung	517	Verspätung bei der Überweisung einer Gutschrift
547	Fragen im Zusammenhang mit der Zuweisung einer Institutswohnung	554	Die Kosten für den Aufenthalt von Alleinerzieherinnen in einem Haus werden nicht mit Wohngeld bezuschußt
567	Beklagt zu hohe Heizkosten	568	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung von Spesen für die Abnutzung der Wohnung
583	Beklagt, daß sie aufgrund eines Fehlers des Wohnbauinstitutes von der Rangordnung gestrichen wird	588	Das Wohnbauinstitut geht gerichtlich gegen eine Mieterin vor ohne ihr das Recht, sich vorher zu verteidigen, einzuräumen
591	Fragen im Zusammenhang mit dem Kauf einer Wohnung des Wohnbauinstitutes	610	Das Wohnbauinstitut lehnt das Tauschgesuch ab, obwohl die Familie in dieser Umgebung verrückt wird
614	Bei der Abgabe der Unterlagen für die Berechnung der jährlichen Miete wird die nötige Transparenz vermißt	619	Fragen im Zusammenhang mit der Anlastung von Reparaturkosten für die verursachten Schäden
622	Verspätung in der Auszahlung des Mietenzuschusses	626	Der Hausmeister und Heizer will mehr Klarheit bei der Abrechnung der Kondominiumsspesen

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
635	Ist mit der Berechnung des Mietenbeitrages nicht einverstanden	656	Die bereits zugewiesene Wohnung wird widerrufen trotzdem der Fragebogen wahrheitsgetreu ausgefüllt wurde
660	Wohnbauinstitut schreibt nach der Scheidung Mietvertrag auf minderjährige Kinder um und nicht auf die Mutter, die das Sorgerecht hat	665	Beklagt den Ausschluß aus der Rangordnung für die Zuweisung einer Wohnung

Sanitätseinheiten

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
1	Trotz mehrfach augenärztlicher Bestätigung des Notfalls spricht die Sanitätseinheit von einer „gezielten“ Auslandsreise	16	Die Anlastung des vollen Betrages der Kosten für den medizinischen Befund wird beklagt
22	Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Vormerkung einer ärztlichen Visite bei der Abteilung Gefäßchirurgie	50	Fragen im Zusammenhang mit der Verwendung von „sensiblen“ Daten seitens des Amtsarztes
52	Fragen im Zusammenhang mit der Rückerstattung von zu viel ausbezahltem Hauspflegegeld	53	Eine angeblich falsche Krankheitsdiagnose wird beklagt
55	Die Art, wie beim Dienst für Zahnheilkunde des Sonderbetriebes S.E.M.S. Vormerkungen für Visiten behandelt werden, wird beklagt	61	Die Ablehnung des ärztlichen Zeugnisses für die Impfbefreiung durch die Ärztekommision wird als Nötigung empfunden
77	Weil sie als Studentin im Melderegister der im Ausland ansässigen Italiener eingetragen ist, ist sie nicht krankenversichert	79	Fragen im Zusammenhang mit einer Zahlungsaufforderung für nicht abgeholte Befunde von Untersuchungen
80	Fragen im Zusammenhang mit der Pflichtimpfung gegen Hepatitis B	103	Die Krankenkasse weigert sich, die Versicherungszeiten zu bestätigen
136	Fragen im Zusammenhang mit der Pflichtimpfung gegen Hepatitis B	170	Fragen im Zusammenhang mit den Folgen einer Verweigerung der Thorax-Aufnahme
176	Fragen im Zusammenhang mit einem Rekurs gegen ein Vorhaltungsprotokoll	180	Die wenig zuvorkommende Behandlung in der Erste-Hilfe-Abteilung wird beklagt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
181	Die einer Berufskrankenschwester zustehende Versetzung in den Sprengel wird vom Vorgesetzten in Frage gestellt	182	Die einer Berufskrankenschwester zustehende Versetzung in den Sprengel wird vom Vorgesetzten in Frage gestellt
188	Auf das ärztliche Zeugnis bezüglich der Empfehlung um Impfaufschub wurde nicht reagiert	191	Fragen im Zusammenhang mit der Pflichtimpfung
190	Fragen im Zusammenhang mit der Pflichtimpfung	191	Fragen im Zusammenhang mit der Pflichtimpfung
192	Die Aufforderung zur Pflichtimpfung wird als nicht gerechtfertigt empfunden	193	Die Aufforderung zur Pflichtimpfung wird als nicht gerechtfertigt empfunden
194	Die Ablehnung des zur Befreiung von den Pflichtimpfungen vorgelegten ärztlichen Zeugnisses wird beanstandet	195	Die Ablehnung des zur Befreiung von den Pflichtimpfungen vorgelegten ärztlichen Zeugnisses wird beanstandet
206	Beanstandet das Verhalten der Ämter hinsichtlich eines Ansuchens um Rückvergütung zahnärztlicher Spesen	210	Ein Zivilinvalide beklagt Schwierigkeiten in der Ausführung der eigenen Arbeit
212	Beanstandet die Entscheidung der ärztlichen Kommission hinsichtlich der Befreiung von den Pflichtimpfungen	223	Beklagt Ungleichbehandlung gegenüber seinen Kollegen
224	Beklagt zu lange Wartezeiten für Untersuchungen	235	Der Zugang zu einer Verwaltungsunterlage im Zusammenhang mit einem behaupteten Arztfehler wird verweigert
240	Fragen im Zusammenhang mit der Benützung von unterirdischen Landesgaragen für Dienstfahrzeuge der Sanitätseinheiten	242	Die Kostenübernahme verschiedener Untersuchungen an der Universitätsklinik Innsbruck wird verweigert
247	Fragen im Zusammenhang mit einer Zahlungsaufforderung für nicht abgeholte Befunde von Untersuchungen	249	Beklagt, daß das Pflegegeld nicht mehr gewährt wird obwohl sich seine körperliche Verfassung nicht verändert hat
251	Beklagt mangelnde Information im Krankenhaus	258	Beklagt zu lange Wartezeiten für eine Arztvisite
276	Beschwerde im Zusammenhang mit einer Operation	318	Ein Röntgentechniker stellt die Vorgangsweise bei der Erstellung einer Rangliste in Frage

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
344	Die Ermächtigung für Analy-	353	Fragen im Zusammenhang mit

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
	sen und jährlicher Visite an der Uni-Klinik von Innsbruck wird verweigert		der Ausstellung des Formblattes E-111
363	Anstatt der vorgesehenen 3 Monate Heilungsdauer ist er jetzt schon mehr als 15 Monate arbeitsunfähig	368	Beklagt, daß der Arzt die Ermächtigung zur Behandlung des Sohnes im Ausland nicht ausstellt
382	Lob für die gelungene Operation, Enttäuschung über fehlenden Arzt-Patienten-Kontakt	390	Rekurs gegen die Entscheidung zur Feststellung der Zivilinvalidität
394	Beanstandet den Befund einer Ärztekommision	396	Das neue Landestarifverzeichnis für fachärztliche und ambulatorische Leistungen diskriminiert Patient und Arzt
414	Eine Konfliktsituation zwischen dem Verwaltungsdirektor und dem Leiter einer Abteilung wird beklagt	423	Das ärztliche Zeugnis für die Erlangung des Führerscheines wird angefochten
429	Fragen im Zusammenhang mit den Essensgutscheinen	431	Trotz vorgemerakter Uhrzeit wird die Patientin erst nach 3 ½ Stunden zur 5 minütigen Untersuchung aufgerufen
432	7 Monate für eine Visite bei der Gefäßchirurgie kann er nicht abwarten	490	Fragen im Zusammenhang mit der Übernahme eines „Sanitätsbeitrages“ seitens der Sanitätseinheit
511	Der Fehler wird vom behandelnden Arzt nicht als solcher eingestanden	525	Fragen im Zusammenhang mit einem Sachverständigengutachten zu einem behaupteten Behandlungsfehler
555	Die Gewährung des Beitrages für einen unbedingt notwendigen Gehbehelf wird abgelehnt	571	Er wußte nichts vom Ableben eines seiner 11 Onkel (und Tanten) und soll jetzt als dessen „Erbe“ Krankenhauskosten zahlen
573	Fragen im Zusammenhang mit einer Sanitätsbescheinigung	579	Beklagt, daß die Kosten für eine Laseroperation an den Augen nicht rückerstattet werden
592	Beklagt unfreundliches und fahrlässiges Verhalten des diensthabenden Arztes	594	Sie will und kann die vom Krankenhaus geschickten Rechnungen nicht bezahlen
603	Die Ablehnung einer beantragten Psychotherapie wird beklagt	633	Obwohl sich sein Gesundheitszustand verschlechtert hat, wird ihm ein geringerer Prozentsatz an Zivilinvalidität anerkannt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
644	Ein Behandlungsfehler wird behauptet	645	Er kann an einem Ausleseverfahren der ärztlichen Leiter nicht teilnehmen weil die Stelle der deutschen Sprachgruppe vorbehalten ist
652	Der Familienarzt hat sich angeblich geweigert, eine Patientin zu untersuchen	654	Fragen im Zusammenhang mit der gleichzeitigen Funktion eines Vertrauensarztes und eines Fabriksarztes für Verwaltungsangestellte einer Fabrik

Sonderverwaltungen

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
56	Fragen im Zusammenhang mit einem Wettbewerb	67	Beklagt die fehlende Begründung bei der Ablehnung eines Ansuchens
203	Seine Anfragen an ein Rehabilitationszentrum werden nicht beantwortet	504	Das vom Kirchturm mittels Verstärker erklingende Ave Maria möge leiser gestellt werden

Region

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
72	Fragen im Zusammenhang mit der Katastereintragung eines landwirtschaftlichen Gebäudes	172	Obwohl er Direktor ist, steht ihm keine Direktionszulage zu
204	Beschwerde gegen die Ablehnung der Übersetzung eines Grundbuchdekretes	408	Wegen Aushändigung eines veralteten Katasterausuges sind Vermessungsspesen entstanden

Gemeinden

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
2	Eine Eingabe bleibt unbeantwortet	3	Fragen im Zusammenhang mit der Zahlung der Müllentsorgungsgebühr

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
11	Der Feststellungsbescheid über die Gebühr für die Wasserentsorgung wird beanstandet	18	Fragen im Zusammenhang mit dem Ansuchen um Bauholz
24	Fragen im Zusammenhang mit der Errichtung einer Hofstelle	27	Die Berechnung der Gebühr für die Besetzung öffentlichen Grundes wird als unkorrekt betrachtet
33	Beanstandet, die für die verspätete Erklärung des Wohnungswechsels, zwecks Bescheinigung der Müllentsorgungsgebühr, verhängte Geldstrafe	34	Fragen im Zusammenhang mit der Ausschreibung des Oberflächenrechtes von gemeindeeigenen Gründen für die Schaffung von Parkplätzen
40	Fragen im Zusammenhang mit einer Baukommission	43	Das Projekt für die Errichtung der vorgeschriebenen Mistlege wird schon zum drittenmal abgelehnt
45	Der Feststellungsbescheid für die Trink- und Abwassergebühr wird beanstandet	64	Aufforderung zur Vergütung der durch Überflutung der Garagen und Kellerräume entstandenen Schäden
66	Die Gemeindekommission für Angelegenheiten des fixen Handels lehnt den Antrag um Ausstellung einer Handelsermächtigung ab	68	Bei Grabungsarbeiten wird eine Privatleitung beschädigt
74	Beklagt den Zustand einer Zufahrtsstraße	76	Ungebührliche Verzögerung bei der Behandlung des Projektes für den Bau einer unterirdischen Garage
78	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung der Müllentsorgungsgebühr	87	Beklagt eine zu schmale Ein- und Ausfahrt zum Sägewerk infolge der Realisierung eines Spazierweges
89	Das hundefeindliche Verhalten der Umweltwächter wird beklagt	90	Der Vorname auf der Taufurkunde entspricht nicht dem Vornamen im Meldeamt
101	Ein Fahrradunfall hat sich auf der schadhafte Straße zuge tragen	102	Der von der Gemeinde benutzte Grund wird nicht im ursprünglichen Zustand zurückgelassen
105	Gegen die Teilannullierung einer Baukonzession wegen angeblicher Unterschreitung des Grenzabstandes wird rekuriert	106	Fragen im Zusammenhang mit der Entrichtung der Müllentsorgungsgebühr

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
107	Die Aufforderung, den Brennstofftank an die gesetzlichen Bestimmungen anzupassen, ist unverständlich formuliert	109	Die in das Bauland Eingewiesenen kommen wegen Untätigkeit der Gemeinde mit ihrem Bauvorhaben nicht weiter
111	Fragen bezüglich der Änderung eines Durchführungsplanes	112	Die Gemeinde teilt dem Amt für Personennahverkehr nicht die Sperrung von Teilstrecken für den öffentlichen Busverkehr mit
114	Er fühlt sich durch Entscheidungen im Zuge der Flurbereinigung betrogen	115	Der Nachbar versperrt die Überquerung seines Grundstückes zwecks Anschluß an das öffentliche Kanalisationsnetz
116	Die Berechnung des Abwassertariffes für das nicht in die öffentliche Kanalisierung eingeleitete Wasser wird beanstandet	120	Der verlangte Preis für den aus einer sanierten Deponie gewonnenen Kulturgrund wird beanstandet
121	Die Zuweisung eines Grundes in der Gewerbezone wird eingefordert	129	Beanstandet die Namensänderung beim Meldeamt
131	Der Bruder kann für die pflegebedürftige Schwester keinen Unterhaltsbeitrag zahlen	133	Der Nachbar verwehrt die Überquerung seines Grundstückes zwecks Anschluß an das öffentliche Kanalisationsnetz
134	Es wird gefordert, die besetzte Grundfläche endlich abzulösen	135	Fragen im Zusammenhang mit den Bestimmungen betreffend die Räumungs- und Ausverkäufe
143	Die Gemeinde macht die Übereignung des bezahlten Grundstückes von der Bezahlung einer anderen Geldforderung abhängig	146	Der Feststellungsbescheid betreffend die Gebühr für die Besetzung öffentlichen Grundstückes wird angefochten
152	Fragen im Zusammenhang mit der Angliederung einer Fraktion an eine andere Gemeinde	154	Beklagt, daß die Teilnahme am Bauernmarkt verweigert bzw. eingeschränkt wird
158	Fragen im Zusammenhang mit der Zuweisung eines Grundes in der Handwerkerzone	159	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung der Gebühren für die Besetzung öffentlichen Grundstückes
160	Die Gemeinde lehnt die Verantwortung für einen Fußgängerunfall auf vereister Straße ab	161	Es werden mehr Bushaltestellen gefordert

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
163	Fragen im Zusammenhang mit dem Widerruf einer Konzession wegen Besetzung öffentlichen Grundes	164	Die Gemeinde beschließt einen Durchführungsplan, wo Wohnqualität klein geschrieben wird
165	Die Gemeinde gewährt den Berechtigten für Baugrund kein Mitspracherecht bei der Projektierung	166	Beklagt die Beeinträchtigung der Lebensqualität durch die Eröffnung eines Restaurants
167	Die Bedingung, ein Durchgangsrecht zugunsten der Gemeinde zu bestellen, wird abgelehnt	168	Beklagt den Ausschluß von einem öffentlichen Wettbewerb wegen Überschreitens des Höchstalters
169	Ein geförderter Baugrund wird von der Gemeinde zugewiesen, aber nicht übereignet	174	Das fertige Reihenhaus kann nicht bezogen werden, weil im angrenzenden Baulos nur die Baugrube ausgehoben wurde
178	Die ungleiche Behandlung bei der Überprüfung eines Baugesuches wird beklagt und dabei auch eine Hinhaltenaktik festgestellt	179	Probleme mit dem Projekt für die Errichtung eines landwirtschaftlichen Lagerhauses
184	Beim Verlegen der Kanalisierungsrohre durch seinen Grund wird unkorrekt vorgegangen	185	Die Belastungsquote für die Wasserentsorgung 1997 wird beanstandet
186	Es wird die mangelnde Sicht bei der Ein- und Ausfahrt eines Zuganges beklagt	196	Befürchtet eine widerrechtliche Bauführung betreffend den gemeinsamen Zugang
198	Die Bestimmung über den Wegfall der Altersgrenze im öffentlichen Dienst wird mißachtet	199	Die Ausweisung einer Erweiterungszone in diesem Ortsgebiet wird als verfehlt bezeichnet
200	Fragen im Zusammenhang mit einer Verkehrsordnung und mit der Absperrung eines Kirchsteiges	201	Ein Plan wurde ohne das Einverständnis aller Miteigentümer genehmigt
207	Die nächtliche Ruhe wird gestört	214	Anrainer wehren sich gegen den Ausbau einer Metzgerei zu einem größeren Schlachtbetrieb in der Wohnbauzone A
215	Fragen im Zusammenhang mit der Umwidmung von Landwirtschaftsgebiet in Produktionszone	218	Beschwerde wegen Staubbelästigung durch Reinigung eines Fußballplatzes
220	Beklagt, daß der Zugang zum Hause zu eng ist und man das Auto nur schwierig in die Garage fahren kann	221	Fragen im Zusammenhang mit der Annullierung einer Verwaltungsstrafe

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
228	Er ist Nutznießer des Autos, das seinem Neffen gehört, und darf in der blauen Zone nicht parken	229	Ein in England ausgesprochenes Scheidungsurteil wird vom Meldeamt nicht anerkannt
230	Die Gemeinde lehnt einen Antrag um Wohnsitz ab	231	Der Erschließungsbeitrag mußte für eine Wohnkubatur bezahlt werden, die gar nicht verbaut wurde
234	Fragen im Zusammenhang mit der Parkplatz- und Einfahrtsregelung auf teils öffentlichem und teils privatem Grund	237	Einspruch gegen die Rangordnung für die Grundzuweisung
238	Die geplante Umfahrungsstraße verläuft mitten durch sein Grundstück	239	Fragen im Zusammenhang mit der Rangordnung für zeitbegrenztes Personal
241	Der geplante Fahrradweg verläuft direkt neben seinem Haus	244	Die Gemeinde stellt eine Baukonzession im Sanierungswege aus, ohne das Einverständnis der Miteigentümer einzuholen
248	Der Amtsarzt drängt unberechtigterweise auf die Beseitigung eines Abzugkanals	250	Der Standplatz auf dem Bauernmarkt wird aufgrund von Unterstellungen verweigert
260	Fragen im Zusammenhang mit dem Gesuch um Zuweisung einer Gemeindewohnung	263	Fragen mit dem Anschluß an die öffentliche Kanalisation
264	Beklagt, daß sie vom Wettbewerb aufgrund der Höchstaltersgrenze ausgeschlossen wurde	267	Beklagt, daß die Teilzeitarbeit nicht gewährt wird, obwohl dies von der Ärztekommision empfohlen wurde
268	Fragen im Zusammenhang mit der Ausstellung einer Benützungsgenehmigung	270	Fragen im Zusammenhang mit der Auflösung einer Wohnbaugenossenschaft
273	Das Recht auf Akteneinsicht wird erschwert	278	Fragen im Zusammenhang mit der Erneuerung der Identitätskarte
279	Der Beschlußantrag von 6 Gemeinderäten wird zum wiederholten Male nicht auf die Tagesordnung gesetzt	283	Der Hof hat seit Jahren keine Wasserzufuhr
288	Dem Beamten wird ein Stundenplan verweigert, der es ihm ermöglichen würde, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen	289	Beklagt als Mitglied einer Gemeindebaukommission zu gering entschädigt worden zu sein

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
292	Die Gemeinde schickt eine Rechnung für Wasserschlußarbeiten, die für den Bürger uninteressant sind	294	Es werden Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung einer Fraktion beklagt
296	Eine Garage wird ungesetzlich als Autowerkstatt benützt	298	Die Gemeinde ordnet ohne Wissen des Eigentümers Baggerarbeiten und Schlägerung von einigen Bäumen im Wald an
303	Die Anlastung einer Disziplinarstrafe wird beanstandet	305	Die unerträglich laute Musik auf einer mit einem Zelt überdachten Terrasse wird beklagt
308	Eine Verkehrssituation wird als skandalös bezeichnet und deren Beseitigung verlangt	311	Der von Barbesuchern verursachte Nachtlärm ist für die Anrainer unerträglich
315	Seit 20 Jahren bemüht sich eine Bergbäuerin um eine Zufahrt zu ihrem Hof	317	Fragen im Zusammenhang mit der Auslegung einiger Bestimmungen der Gemeindegemeinschaft
324	Durch die Überflutung eines Baches wurde einem Bürger Schaden angerichtet	330	Es wird als Schikane empfunden, wie das neu eingereichte Projekt für die Vergrößerung des privaten Parkplatzes behandelt wird
332	Ein Fahrradweg wird genehmigt, ohne die Eigentümer der betroffenen Grundstücke vorher zu informieren	333	Fragen im Zusammenhang mit der Errichtung eines Wirtschaftsgebäudes
334	Fragen im Zusammenhang mit der Errichtung von Parkplätzen	335	Beim Verfahren um eine Wasserabfuhrkonzession stellen die Behörden (Gemeinde und Land) sich widersprüchliche Forderungen auf
339	Zweifel über die Rechtmäßigkeit einer verhängten Verwaltungsstrafe	342	Fragen im Zusammenhang mit der Abwasserbeseitigung
349	Vermessungsarbeiten in der Folge des Baues einer Gemeindegemeinschaft sind überfällig	350	Eine Regelung von Eigentumsfragen mit der Gemeinde ist längst überfällig
356	Die Haltung der Gemeinde zu einem Bauvergehen ist widersprüchlich	358	Die Vorgehensweise der Gemeinde bei der Verwendung von Grundstücken wird beklagt
364	Für die Ausstellung von Dokumenten seitens des Meldesamtes wird die Ermächtigung des Vormundschaftsrichters verlangt	366	Ein Ansuchen um Gestaltung einer Umfriedungsmauer wird abgelehnt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
371	Die Schließung eines öffentlichen Weges wird beklagt	377	Fragen im Zusammenhang mit dem Anschluß an die öffentliche Kanalisierung
378	Fragen im Zusammenhang mit einem enteigneten Grund	379	Fragen im Zusammenhang mit der Ausstellung einer Baukonzession
388	Beklagt Lärmbelästigung infolge von Bauarbeiten	389	Geruchsbelästigung durch ständiges Umarbeiten eines Misthaufens
399	Fragen im Zusammenhang mit der Begründung einer Dienstbarkeit für eine Methangasleitung	400	Die Friedhofsordnung für den alten Teil des Friedhofes wird angefochten
402	Die Gemeinde soll gefälligst das Transparenzgesetz einhalten	403	Die Höhe der Prozeßnebenkosten, welche die Gemeinde zu zahlen bereit ist, ist nicht ausreichend
416	Die Verordnung des Direktors des Amtes für Gewässernutzung wird an der Gemeindetafel nicht angeschlagen	417	Fragen im Zusammenhang mit der Grundablöse, um die er sich seit ca. 10 Jahren bemüht
421	Fragen im Zusammenhang mit der Behandlung eines Antrages für Bausünder	422	Der Anschluß an die öffentliche Kanalisation ist mit unzumutbaren Kosten verbunden
425	Ein Verwaltungsmißstand bei der Stadtpolizei wird beklagt	428	Der Gemeindebedienstete weigert sich angeblich, für eine in bar bezahlten Betrag für Müllsäcke eine Quittung auszustellen
434	Der Bürgermeister stellt eine Baukonzession aus, obwohl er weiß, daß die „Katastergrundstücksgrenze“ nicht stimmt	436	Fordert Parkverbot für Schwerfahrzeuge im Ortsbereich
441	Eine seit Jahrzehnten bestehende Baracke soll abgerissen werden	442	Fragen im Zusammenhang mit der Berechnung der Erschließungsspesen
443	In einer Erweiterungszone wurde zu einem Haus angeblich keine Zufahrt errichtet	444	Fragen im Zusammenhang mit der Zuweisung eines geförderten Baugrundes
446	Ein Diplom für Energieberater wird nicht als gleichwertig anerkannt	447	Die Gemeinde verlangt die Bezahlung von Rückständen der Altersheimspesen, obwohl der Sohn angeblich keine finanziellen Möglichkeiten hat, sie zu übernehmen

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
454	Fragen im Zusammenhang mit der Zuweisung eines fixen Standplatzes für den Wanderhandel	464	Ein seit 20 Jahren benutzter Kirchsteig wird gesperrt
466	Die Gemeinde genehmigt ein Projekt in Widerspruch zum Bauleitplan	469	Fragen im Zusammenhang mit der Möglichkeit der Ausstellung einer Baukonzession für den Wiederaufbau eines Hauses
470	Fragen im Zusammenhang mit dem Bau und „Erwerb“ einer auf Demanialgut errichteten unterirdischen Garage	472	Die Gemeinde verlangt vom Wohnrechtsinhaber und nicht vom Hauseigentümer den Anschluß an die Kanalisation
475	Für die vorübergehend angestellten Arbeitslosen hat die Gemeinde NISF (INPS) und nicht NFAÖV (CPDEL) Beiträge überwiesen	476	Rekurs gegen eine Verwaltungsstrafe betreffend ein Fahrzeug, welches nicht ihm gehört
478	Die Höhe der verlangten Kosten für die primäre Erschließung wird angefochten	483	Fragen im Zusammenhang mit dem Verfall der Baukonzession und des Baurechtes
486	Fragen im Zusammenhang mit einer widerrechtlich errichteten Baracke	487	Der Bürgermeister nimmt angeblich seine Aufgaben im Umweltbereich nicht wahr
492	Die Gemeinde stellt eine Baukonzession aus, ohne die Rechte der Miteigentümer zu berücksichtigen	493	Für das Wasser das zu Bewässerung des Schrebergartens dient, verlangt die Gemeinde Gebühr für Wasserentsorgung
496	Die Einfahrt einer Gemeinde in eine Landesstraße wird projektwidrig und für die Straßenbenutzer gefährlicher gebaut	497	Dem Projektanten macht die Baukommission immer neue und zum Teil widersprüchliche Vorschriften
499	Das Verhalten der Gemeinde in einer Frage der Immobiliensteuer wird als skandalös bezeichnet	503	Systemisierungsarbeiten für eine Straße werden projektwidrig und zum Nachteil der Anrainer durchgeführt
505	Beanstandet die Abbruchsverfügung einer Holzbaracke	508	Der Befehl, ein Grundstück zu räumen wird von ausländischen Arbeitern beklagt
515	Bevor über neue Straßenbauvorhaben gesprochen wird, soll die alte Situation bereinigt werden	518	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung der Aufenthaltsabgabe

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
-----------------	--------------------------------	-----------------	--------------------------------

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
519	Die Abbruchsverfügung für ein Gartenhäuschen wird beklagt	521	Fragen im Zusammenhang mit der Ausstellung der Baukonzession an den Mehrheitseigner
523	Die Baueinstellung betrifft ein angeblich genehmigtes Flugdach	524	Fragen im Zusammenhang mit der Aufnahme in einem Altersheim
527	Die Rechtmäßigkeit der Bauführung des Nachbarn wird bezweifelt	532	Fragen im Zusammenhang mit der Schlußabrechnung der Erschließungskosten für eine Erweiterungszone
537	Bei einem Rohrbruch an der privaten Trinkwasserleitung wird der laut Wasseruhr festgestellte Trinkwasserverbrauch angelastet	539	Die Genehmigung eines Varianteprojektes wird angefochten
540	Fragen im Zusammenhang mit dem Vorkaufsrecht für eine von der Gemeinde gekauften Wohnung	542	Das Recht auf den Gebrauch der Muttersprache wird nicht berücksichtigt
544	Probleme im Zusammenhang mit der Ausstellung des Parkausweises für die farbigen Zonen	545	Fragen im Zusammenhang mit der Kanalisierung
546	Eine Bankgarantie wird nicht rückerstattet, obwohl die Auflagen vor 3 ½ Jahren erfüllt wurden	549	Beklagt, daß sie vom Wettbewerb aufgrund der Höchstaltersgrenze ausgeschlossen wird
550	Fragen betreffend die Zahlungsaufforderung von Erschließungsspesen seitens der Gemeinde	552	Der öffentliche Wettbewerb für die Vergabe eines Dienstes ist zeitlich so bemessen, daß nur ein Bewerber in Frage kommt
553	Der Müllabfuhrdienst wird nicht ordnungsgemäß durchgeführt	557	Die Antwort eines Schreibens ist noch ausständig
560	Die Gemeindebaukommission gibt negatives Gutachten für ein im Sinne der geltenden urbanistischen Bestimmungen eingereichtes Baugesuch	566	Der Bürgermeister mahnt die Einhaltung einer Dienstanweisung an und setzt den Volksanwalt darüber in Kenntnis
569	Die angebliche Sturheit der Gemeinde bei der Behandlung des Antrages um Ausstellung der Benützungsgenehmigung wird beklagt	572	Fragen im Zusammenhang mit einem Wohnsitzwechsel

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
576	Der Bürgermeister schreit nicht gegen die Lärmverursacher ein	577	Die Zufahrt zum Hof wird durch die Erweiterung der Handwerkerzone beeinträchtigt
578	Beanstandet die Festlegung des Ablösepreises eines Grundes für den Bau einer Straße	580	Das geförderte Haus steht seit vielen Jahren und der Grund wurde bis heute nicht übereignet
582	Den Nachbar im 2. Stock stört das Musizieren (Violine, Klavier und Flöte) der Musikschülerin im Parterre	586	Man verweigert ihr angeblich im Personalausweis die Eintragung „verwitwet“ und den Familiennamen ihres Mannes
589	Beklagt die Umwidmung von landwirtschaftlichen Grün in eine örtliche Straße, obwohl keine Notwendigkeit besteht	593	Der Bürgermeister behandelt ein Baugesuch und hält sich dabei nicht an die gesetzlichen Verfahrensvorschriften
595	Fragen betreffend den Sonderurlaub für die Pflege des behinderten Sohnes	596	Die Gemeinde verzögert willkürlich die Behandlung eines Baugesuches
597	Streitfrage ist der Zeitpunkt der Ausstellung einer Baukonzession	599	Es besteht ein Konflikt betreffend die Übernahme der Infrastrukturen einer Siedlung durch die Gemeinde
605	Fragen im Zusammenhang mit einem Zugang zum Wohnhaus	611	Beklagt, daß die ihr angebotene Versetzung aufgrund ihrer gesundheitlichen Probleme für sie nicht geeignet ist
613	Einwände gegen die Neustrukturierung bzw. Erweiterung eines Gebäudes	617	Die Gemeinde will 1984 im öffentlichen Interesse enteignete und bis heute nicht besetzte Grundstücke nicht zurückgeben
620	Der Spesenbeitrag für den Flug zwecks Ausübung des Wahlrechtes wird nicht gewährt, weil der Antrag zu spät eingereicht wurde	621	Die Gemeinde verkauft im öffentlichen Interesse enteigneten Grund an Dritte
624	Fragen im Zusammenhang mit der Veräußerung von enteignetem Grund	627	Beanstandet, daß eine Verwaltungsstrafe wegen Parkverbot verhängt wurde, obwohl das Auto auf Privatgrund geparkt war
637	Fragen im Zusammenhang mit der Müllabfuhrverordnung	640	Eine Eingabe bleibt unbeantwortet
641	Die Ein- und Ausfahrt aus einer Anliegerdurchfahrt wird durch die Marktstände erschwert	646	Eine Baukonzession zum Bau einer Garage wird viermal mit immer neuen Begründungen abgelehnt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
647	Die Besucher eines Pubs verursachen einen unerträglichen Lärm während der Nachtstunden	649	Ein Gesuch um die Zuweisung eines Familiengrabes ist nach 12 Jahren noch nicht behandelt
653	Ein Ansuchen um Intervention zur Beseitigung der vom Nachbarn widerrechtlich errichteten Satellitenantenne wird abgelehnt mit dem Hinweis es handle sich um Privatangelegenheiten	655	Fragen im Zusammenhang mit dem Gesuch um eine Gemeindewohnung
657	Die liegenden Polizisten bereiten einem Landwirt Schwierigkeiten in der Ausübung seiner Tätigkeit	662	Auf dem Invalidenparkschein ist der Invalide namentlich angeführt – Fragen des Datenschutzes

Gemeinden, die bis heute formell eine Zusammenarbeit mit dem Landesvolksanwalt beschlossen haben:

Gemeinde	Gemeinderatsbeschuß	Bevölkerungsstand am 31.12.1998
1. Margreid	Nr. 5 vom 27.02.95	1.141
2. Kurtinig	Nr. 19 vom 29.03.95	577
3. Sexten	Nr. 10 vom 03.04.95	1.904
4. Terenten	Nr. 14 vom 10.04.95	1.537
5. Villanders	Nr. 10 vom 11.04.95	1.797
6. Schlanders	Nr. 27 vom 29.08.95	5.745
7. Kaltern	Nr. 63 vom 18.09.95	6.687
8. Vahrn	Nr. 47 vom 11.10.95	3.482
9. Barbian	Nr. 43 vom 12.10.95	1.467
10. Truden	Nr. 55 vom 18.10.95	946
11. Natz-Schabs	Nr. 85 vom 25.10.95	2.324
12. Eppan	Nr. 99 vom 30.11.95	12.308
13. Ritten	Nr. 76 vom 19.12.95	6.848
14. Sarntal	Nr. 81 vom 20.12.95	6.548
15. Latsch	Nr. 4 vom 26.02.96	4.771

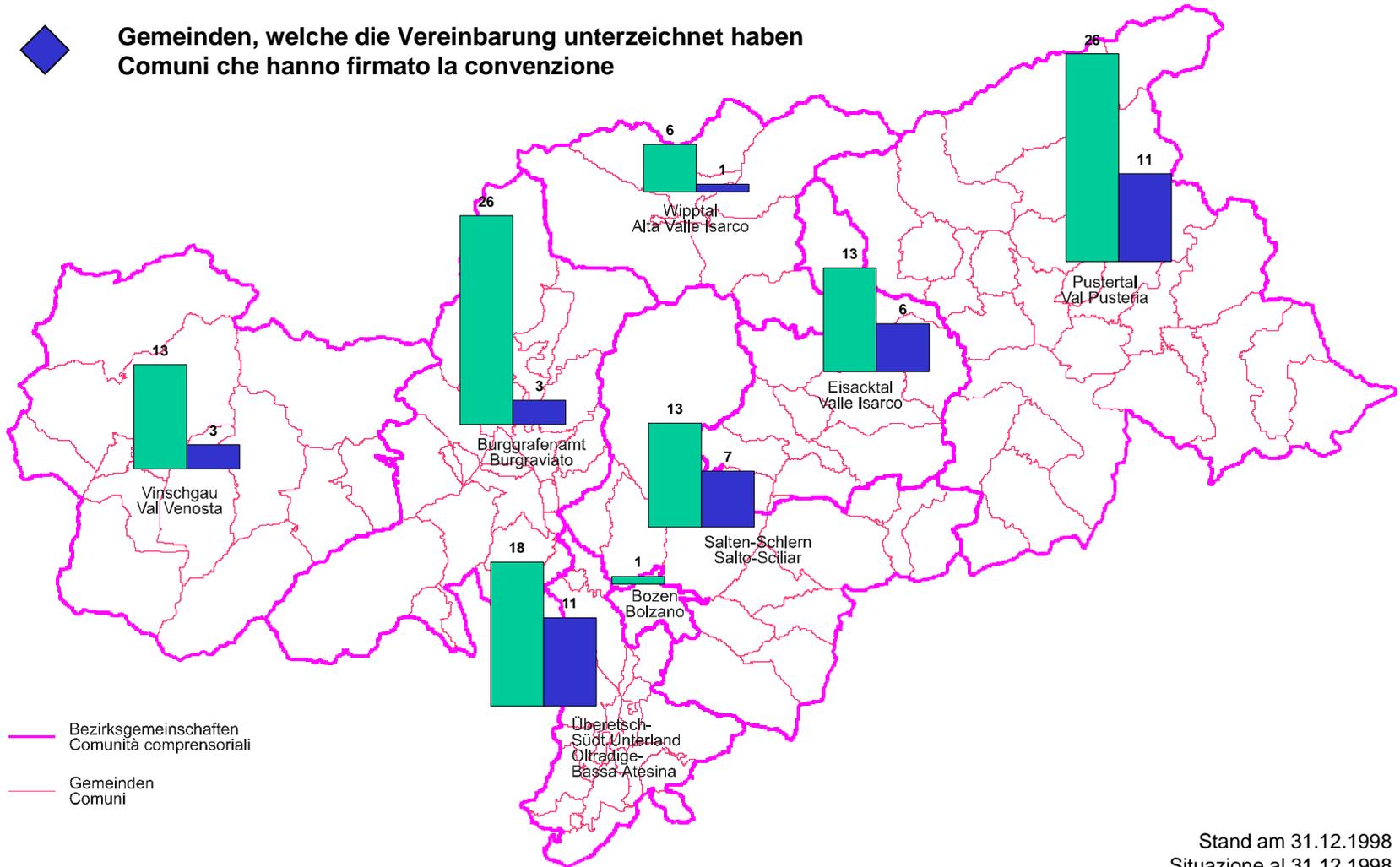
Gemeinde	Gemeinderatsbeschuß	Bevölkerungsstand am 31.12.1998
16. Villnöß	Nr. 12 vom 28.02.96	2.372
17. Wolkenstein	Nr. 17 vom 28.03.96	2.450
18. Branzoll	Nr. 41 vom 23.04.96	2.237
19. St. Ulrich	Nr. 36 vom 24.04.96	4.428
20. St. Christina	Nr. 13 vom 06.05.96	1.706
21. Laas	Nr. 62 vom 07.08.96	3.683
22. Tramin	Nr. 62 vom 04.09.96	3.148
23. Kurtatsch	Nr. 55 vom 26.09.96	1.985
24. Leifers	Nr. 81 vom 30.09.96	14.751
25. Welschnofen	Nr. 53 vom 10.10.96	1.813
26. Rasen-Antholz	Nr. 51 vom 28.11.96	2.690
27. Welsberg	Nr. 4 vom 30.01.97	2.497
28. Sand in Taufers	Nr. 12 vom 27.02.97	4.758
29. Neumarkt	Nr. 21 vom 26.03.97	4.256
30. Mölten	Nr. 13 vom 14.04.97	1.351
31. Percha	Nr. 20 vom 12.06.97	1.283
32. Ahrntal	Nr. 38 vom 24.06.97	5.483
33. Kastelruth	Nr. 49 vom 25.06.97	5.949
34. Innichen	Nr. 35 vom 30.06.97	3.119
35. Feldthurns	Nr. 32 vom 31.07.97	2.445
36. Kiens	Nr. 24 vom 28.08.97	2.593
37. Gais	Nr. 56 vom 28.11.97	2.757
38. Freienfeld	Nr. 8 vom 27.02.98	2.443
39. Prettau	Nr. 13 vom 18.03.98	651
40. Ulten	Nr. 19 vom 27.04.98	2.998
41. Dorf Tirol	Nr. 22 vom 27.07.98	2.385
42. Meran	Nr. 111 vom 15.09.98	33.807
		178.120



Angeschlossenene Gemeinden/Comuni aggregati



Gemeinden, welche die Vereinbarung unterzeichnet haben
Comuni che hanno firmato la convenzione



Stand am 31.12.1998
Situazione al 31.12.1998

Bezirksgemeinschaften

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
123	Beklagt die Ablehnung einer Stammrollenstelle in der öffentlichen Verwaltung wegen Überschreitung des Höchstalters	128	Sie beklagt, daß sie als Mittellose von der Sozialfürsorge nicht unterstützt wird
153	Fragen im Zusammenhang mit der gesundheitsmedizinischen Betreuung	213	Fragen im Zusammenhang mit der Anerkennung eines Studentitels
287	Antrag um Rückvergütung einer INADEL Abgabe in mehreren Raten	393	Fragen im Zusammenhang mit dem Anrecht auf das Lebensminimum
401	Fragen im Zusammenhang mit der Unterbringung des Kindes in einer Tagesstätte	424	Bei einem Wettbewerb für Werkerzieher werden nicht alle Studentitel berücksichtigt
455	Die Bezirksgemeinschaft weigert sich, das Lebensminimum auszuführen, obwohl der beim Landesbeirat für Sozialwesen eingereichte Rekurs angenommen wurde	465	Streßgeplagte Mitarbeiterin im offenen Pflegedienst muß Schaden am Auto nach Unfall selber zahlen
467	Beklagt, daß sie aufgrund einer fehlerhaften Information eines Bediensteten die Konsequenzen tragen muß	510	Die Ablehnung des Gesuches um einen außerordentlichen Beitrag wird beklagt
559	Es wird die mangelhafte Bekanntgabe der Abhaltung eines Kurses beklagt	563	Eine Bedienstete hat vom Personalamt falsche Auskünfte erhalten
584	Wegen der Einkommenslage der von ihr getrennt lebenden Eltern ist die Genehmigung des Lebensminimums fraglich	606	Schwierigkeiten bei der Rückzahlung von nicht gebührend erhaltenen Beiträgen
608	Die Berechnung des Beitrages für die Altenheimkosten wird beanstandet	628	Der Witwer beklagt die Ablehnung der Tagessätze für seine zwei minderjährigen Kinder
663	Altenhelfer empfinden ihre dienstrechtliche Einstufung als ungerecht		

Staat – öffentliche Dienste

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
7	Fragen im Zusammenhang mit einem Wettbewerb	23	Seit 1984 wird eine zustehende Rentennachzahlung nicht ausbezahlt
42	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung der Autosteuer infolge der unterlassenen Eintragung ins Kraftfahrzeugregister	47	Fragen im Zusammenhang mit der Beschleunigung eines Gerichtsverfahrens
84	Fragen im Zusammenhang mit der Rückforderung nicht zustehender Beträge	94	Fragen im Zusammenhang mit der Zahlung der Autosteuer
95	Beanstandet die Kriterien für die Einstufung von Staatsverwaltungspersonal in einem Pensionat	96	Beanstandet die Kriterien für die Einstufung von Staatsverwaltungspersonal in einem Pensionat
99	Fragen im Zusammenhang mit der Zahlung der Autosteuer	100	Die wegen Verlegung einer Leitung getätigten Bauarbeiten werden nicht zu Ende geführt
125	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung der Zinsen und der geldmäßigen Aufwertung der Pension	137	Die Behandlung eines Rekurses verzögert sich
145	Fragen im Zusammenhang mit der Verjährungsfrist der Autosteuer	147	Ein Eisenbahnchef in Pension wartet vergeblich auf die Vergütung von Überstundenrückständen
211	Fragen im Zusammenhang mit einem Rekurs beim Bezirksrichter gegen die Entscheidung des Regierungskommissariates	216	Klärung im Zusammenhang mit der Auszahlung der Frontkämpferzulage
226	Fragen im Zusammenhang mit einem Rekurs gegen ein Pensionsdekret	227	Fragen im Zusammenhang mit Einheitsbeiträgen in der Landwirtschaft
243	Klärung bezüglich der Rentenposition	252	Die Verzögerung bei der Auszahlung der Pension wird beklagt
271	Obwohl der in England geschiedene Mann mittellos ist, wurden die Familienzulagen für das mit der Mutter in Italien zusammenlebende Kind nicht gewährt	274	Die Rückforderung von zu viel erhaltenen Rentenbezügen ist nicht gerechtfertigt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
282	Trotz mehrmaliger Aufforderungen wartet er seit 10 Jahren vergeblich auf die Rückbezahlung der Kraftfahrzeugsteuer	285	Die ausstehende Antwort auf einen Rekurs wird beklagt
293	Die ihr zustehende Arbeitsunfähigkeitsrente wird nicht gewährt	299	Er wartet seit Jahren vergeblich darauf, daß das NISF seine Pension den Lebenshaltungskosten anpaßt
301	Fragen im Zusammenhang mit der Gewährung eines Darlehens für Zahnarztbehandlungen	306	Obwohl die Pflichtimpfung vorgenommen wurde wird sie zur Bezahlung der Verwaltungsstrafe aufgefordert
313	Post verlangt die Beglaubigung eines Ansuchens obwohl Bassanini-Gesetz ausdrücklich davon absieht	322	Das Gesuch, Zivildienst zu leisten, wird mit einer nicht zutreffenden Begründung zurückgewiesen
325	Probleme im Zusammenhang mit der Ausstellung der Aufenthaltsgenehmigung	336	Wartet seit 6 Jahren vergeblich auf Rückerstattung der Beiträge aus dem Rentenergänzungsfonds
338	Versicherungszeiten in verschiedenen EU-Staaten werden nicht anerkannt	340	Die sparsame Rentnerin bekommt keine Wohnbauhilfe weil die Rente zu gering ist
345	Fragen im Zusammenhang mit der Rentennachzahlung	346	Das Motorisierungsamt verlangt für die Behandlung eines Gesuches nicht erforderliche Unterlagen
352	Beklagt, daß sie durch ein angeblich unkorrektes Verhalten des Schatzamtes in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist	359	Wartet seit 6 Jahren vergeblich auf Rückerstattung der Beiträge aus dem Rentenergänzungsfonds
360	Wartet seit 6 Jahren vergeblich auf Rückerstattung der Beiträge aus dem Rentenergänzungsfonds	361	Wartet seit 6 Jahren vergeblich auf Rückerstattung der Beiträge aus dem Rentenergänzungsfonds
367	Ein während der Arbeit passierter Unfall wird nicht als Arbeitsunfall anerkannt	370	Fragen im Zusammenhang mit einer Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft
373	Antrag um Übermittlung der Krankengeschichten	376	Die Witwe eines 100%-Staublungeinvaliden beklagt die Ablehnung der entsprechenden Rente

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
381	Beklagt die verzögerte Zustellung eines Briefes	412	Obwohl er keinen Alkohol trinkt, aber sprachlich leicht behindert ist und hinkt, wurde ihm der Führerschein wegen Trunkenheit für 1 Monat entzogen
440	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung der Kraftfahrzeugsteuern	450	Die vom NISF veranlaßte Hausvisite des Kontrollarztes wird als oberflächlich und schlampig bezeichnet und beanstandet
452	Fragen im Zusammenhang mit einer Zahlungsaufforderung	456	Die Auszahlung der Abfertigung erfolgt mit Verspätung
460	Beklagt sich, daß eine Vormerkung für eine Zugfahrt wegen Mangel an Plätzen abgewiesen wurde, was aber nicht stimmt	482	Probleme bei der Beschaffung eines Dokumentes
484	Fragen im Zusammenhang mit einer Verwaltungsstrafe	494	Fragen im Zusammenhang mit dem Rückkauf von Versicherungszeiten
495	Fragen im Zusammenhang mit einem Strafprotokoll	498	Fragen im Zusammenhang mit einer Steuerkontrolle Kindern gegenüber
533	Beim Ansuchen um Stromanschluß gibt es Schwierigkeiten	534	Die Rückerstattung von zu viel bezahlten Steuerbeträgen soll beschleunigt erfolgen
536	Fragen im Zusammenhang mit der Frontkämpferzulage	551	Fragen im Zusammenhang mit der Regelung betreffend die Stempelgebühren
561	Fragen im Zusammenhang mit einem Parkplatz	565	Der Antrag um die Hinterbliebenenrente ist nach 2 Jahren noch nicht behandelt
575	Klärung hinsichtlich der Versicherungsposition für einen Selbstbebauer	629	Fragen im Zusammenhang mit der Auszahlung des Krankengeldes
638	Einer Bürgerin italienischer Muttersprache wird eine deutsche Mitteilung übermittelt	650	Fragen im Zusammenhang mit einem Pensionsdekret
658	Fragen im Zusammenhang mit der Einreichung eines Rekurses	664	Die gerichtliche Räumung der Wohnung wird auf Antrag des Eigentümers gegen den Willen der Mieterin verschoben
668	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung einer Verwaltungsstrafe		

Verschiedenes

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
17	Die Gemeinde beantragt die Durchführung des Tauschvertrages nur bezogen auf die sie allein interessierenden Grundparzellen	20	Die Hinterbliebenenrente aus Österreich von 18.000 Lire/Monat sollte in einmaliger Abfindung liquidiert werden
46	Weil er nicht Bürger von Asti ist, wird ihm der durch Überschwemmung entstandene Schaden nicht vergütet	97	Bürger machen Vorschläge für eine Verbesserung des Autobusdienstes
171	Die Geschwister haben Probleme, den an Alzheimer erkrankten Bruder aus einem Altersheim in der Schweiz herauszubekommen	177	Beklagt das Verhalten der Schulleiterin der Grundschule
202	Die Ablöse einer Dienstbarkeit des Durchganges wird eingefordert	262	3 Familien fordern 3 getrennte Trinkwasseranschlüsse
310	Die uneinheitliche Gewährung der Zweisprachigkeitszulage wird beklagt	319	Die Invalidenrente wird mit halbmonatlicher Verspätung ausbezahlt
320	Die Invalidenrente sei viel geringer als ihm mündlich zugesagt	433	Fragen im Zusammenhang mit der Anbringung eines getrennten Zählers
445	Es werden unmenschliche Zustände in einem Altersheim beklagt	451	Gruppe von Bauherren verlangt getrennte Trinkwasserzähler
453	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung der Universitätsgebühren	480	Mit dem Gesuch um Teilzeitarbeit gibt es Probleme, obwohl sie ein tumorkrankes Kind zu pflegen hat
507	Fragen im Zusammenhang mit einem Arbeitsverhältnis	528	Die Festsetzung des Honorares für die Ausarbeitung eines Projektes wird beanstandet
535	Eine Fraktionsverwaltung stellt Bedingungen, wozu sie kein Recht hat	548	Fragen im Zusammenhang mit der Verlegung einer Gasleitung
556	Fragen im Zusammenhang mit einem gerichtlichen Zahlungsbefehl	562	Das unzivilisierte Verhalten eines Kontrolleurs wird beklagt
602	Fragen im Zusammenhang mit der Anwendbarkeit des Gesetzes 127/97	616	Fragen im Zusammenhang mit der Ticketbefreiung für eine sehr seltene Krankheit

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
639	Infolge der Firmenänderung verlangten die Etschwerke den Abschluß eines neuen Lieferungsvertrages		

Privat

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
392	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung eines Mitgliedsbeitrages		

SCHLUSSWORT

Meine Absicht, bereits in diesem Bericht zum geltenden Landesgesetz über die Volksanwaltschaft allgemeine und besondere Bemerkungen zu machen, **stelle ich zurück**.

Die Zeit ist noch nicht reif dazu.

Eine Analyse läßt sich nämlich leichter machen, wenn man **ungefähr gleich lange Zeiträume für Vergleiche** zur Verfügung hat. So war für etwa für **4 ½ Jahre** das „alte“ Landesgesetz Nr. 15/83 Grundlage meiner Tätigkeit, wohingegen bis zum Ende des Zeitraumes dieses Berichtes (31.12.1998) nur für rd. **2 ½ Jahre** das „neue“ Landesgesetz Nr. 14/96 anzuwenden war.

Es geht darum, das Landesgesetz aus dem Jahre 1983 mit jenem aus dem Jahre 1996 zu vergleichen: Welche qualitätsbezogenen Neuerungen enthält das „neue“ Gesetz? Wie waren im Vergleich von heute zu damals, als die Volksanwaltschaft noch bei der Landesregierung angesiedelt war, die Arbeitsbedingungen?

Jedenfalls wird die **Kernaussage** des alten und des neuen Gesetzes

***„Der Volksanwalt/die Volksanwältin
arbeitet vollkommen frei und unabhängig“***

Gegenstand ausführlicher Erläuterungen sein, wobei Erfahrungswerte einfließen werden müssen.

Abschließend bleibt mir nur noch die angenehme Aufgabe, meinen Mitarbeiterinnen und allen, die Arbeit des Volksanwaltes unterstützenden öffentlichen Verwaltern und Bediensteten, deren Anzahl bezeichnenderweise stetig steigt, dem Direktor des Außenamtes in Rom, den Parlamentariern, soweit sie mir behilflich sein konnten und waren, im Namen der die Volksanwaltschaft aufsuchenden Bürger meinen großen Dank auszusprechen.

Keinesfalls unerwähnt bleiben dürfen in diesem Tätigkeitsbericht die guten bis ausgezeichneten Verbindungen zu verschiedenen Stellen der Gerichtsbarkeit, der Carabinieri-, Polizei- und Finanzpolizeiorgane, zum Verwaltungsgericht Bozen und zum Regierungskommissariat insgesamt, zu einzelnen Rechtsanwälten, Wirtschaftsberatern und zu Angehörigen anderer Freiberuflerorganisationen. Die vielen wohlwollenden Kontakte, wofür ich danke, tragen zu einem guten Teil am Gelingen volksanwalt-schaftlicher und somit „rechtsfriedensschaffender“ Tätigkeit bei.

Der Volksanwalt

Dr. Werner Palla

ANHANG

Tätigkeitsbericht 1997 für die Präsidenten von Kammer und Senat

Tätigkeitsbericht 1998 für die Präsidenten von Kammer und Senat

Veröffentlichung EOI-Varia 20: *„Die rechtlichen und faktischen Grundlagen für das Verhältnis des Landesvolksanwaltes zu den Gemeinden Südtirols“*

Vortrag an der Universität Innsbruck: *„Der Volksanwalt und seine Einbindung in das italienische Verwaltungsverfahren“*

Verzeichnis der **Regionalen Volksanwälte Italiens**

Der LANDESVOLKSANWALT im **Internet:** <http://www.landtag-bz.org/volksanwalt>

Der EURO-OMBUDSMAN im **Internet:** <http://www.euro-ombudsman.eu.int/>

TÄTIGKEITSBERICHT 1997 DES VOLKSANWALTES
DER AUTONOMEN PROVINZ BOZEN - ART. 16 DES GESETZES NR. 127/97

Sehr geehrter Herr Präsident des Senats der Republik!

Sehr geehrter Herr Präsident der Abgeordnetenkammer!

Zunächst möchte ich mich für die - auf logistische Gründe zurückzuführende - Verspätung entschuldigen, mit der ich den Tätigkeitsbericht 1997 vorlege.

Mit dem Inkrafttreten von Art. 16 des Gesetzes Nr. 127/97 wurde die Interventionsmöglichkeit der Volksanwälte der Regionen und autonomen Provinzen auch auf die peripheren Verwaltungen des Staates mit Ausnahme der Verteidigung, der öffentlichen Sicherheit und der Justiz ausgedehnt. Es sei hier bemerkt, daß der Volksanwalt der autonomen Provinz Bozen immer schon bei den staatlichen Körperschaften interveniert hat, wenn auch mit weniger Gewicht und Schlagkraft. Diese ausdrückliche Zuständigkeit ist in jenen Fällen von Bedeutung, in denen noch eine bestimmte Skepsis gegenüber der Institution Volksanwaltschaft besteht.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen, konnte ich bei den lokalen staatlichen Körperschaften eine erhebliche Aufgeschlossenheit zur Lösung von Konflikten feststellen. Ohne vielen anderen staatlichen Körperschaften etwas absprechen zu wollen, möchte ich auf die gute Zusammenarbeit mit dem NISF und dem INAIL hinweisen, die sich im Laufe der Jahre entwickelt hat.

Bei den meisten staatlichen Körperschaften liegen die Formulare zur Mitteilung von Mißständen auf, wie sie das Rundschreiben des Ministeriums für den öffentlichen Dienst vom 5. August 1989, Nr. 36970 vorsieht.

Was die Intervention bei den zentralen staatlichen Körperschaften betrifft, so nimmt der Volksanwalt die wertvolle Mitarbeit des Direktors des Landesamtes in Rom, Dr. Peter Gasser, in Anspruch.

Obwohl die behängenden Akten oder angeforderten Informationen regelmäßig urgirt werden, reagieren die zentralen Ämter sehr widerstrebend und langsam. In einigen Fällen haben sich die Wartezeiten so lange hinausgezögert, daß ältere Personen bereits verstorben waren, als ihnen die Zuwendungen zuerkannt wurden.

Bezeichnend ist der Fall einer 1918 geborenen Bürgerin, die sich am 19. Juli 1989 an meinen Vorgänger gewandt hatte, um die Behandlung eines Rentenrekurses vor dem Rechnungshof,

Rechtssprechungssektion für die Region Latium, voranzutreiben. Obwohl der Rekurs am 2. Dezember 1997 hätte behandelt werden sollen und trotz der wiederholten Interventionen des Direktors des Landesamtes in Rom war nichts mehr in Erfahrung zu bringen. In diesem Falle ist äußerst zweifelhaft, ob die betreffende Bürgerin den Ausgang ihres Rekurses noch erleben wird.

Die Einsetzung eines gesamtstaatlichen Volksanwaltes ist daher dringendst nötig.

Besonderes Augenmerk wird bei der Tätigkeit des Volksanwaltes auf die Sensibilisierung der Bediensteten der öffentlichen Verwaltung bei ihrem Kontakt mit dem Bürger gelegt, der von ihnen als "Kunde" angesehen und als solcher behandelt werden muß. Diese Sensibilisierungstätigkeit kann auch vor dem Eintritt in die Arbeitswelt erfolgen, also unmittelbar im Rahmen der Ausbildungskurse für Bedienstete der öffentlichen Verwaltung.

ANZAHL DER FÄLLE VON 1993 BIS 1997

JAHR	ANZAHL DER FÄLLE
1993	70
1994	89
1995	53
1996	56
1997	66

Ein Vergleich der Daten zeigt, daß die Anzahl der Fälle im Jahr 1997 leicht angestiegen ist. Dieses Ergebnis ist vermutlich teilweise auch darauf zurückzuführen, daß sich der Bürger stärker des Vorhandenseins der Volksanwaltschaft bewußt ist, an die er sich zwecks Wahrung seiner Rechte wenden kann.

Bozen, 27. Mai 1998

Dr. Werner Palla

ANFRAGEN – BESCHWERDEN 1997

Staat – öffentliche Dienste

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
4	Mittels Postanweisung ins Ausland (USA) transferiertes Geld kommt dort nie an	16	Unregelmäßigkeiten bei der Berechnung des Gehaltes werden aufgezeichnet
21	Ein Häftling möchte in eine nähere Anstalt verlegt werden und dort eine Arbeit verrichten können	27	Fragen im Zusammenhang mit der Rückerstattung von Beiträgen aus dem Rentenergänzungsfonds
45	Eine Eingabe betreffend den Zugang zu den Verwaltungsunterlagen bleibt unbeantwortet	66	Ein Ansuchen um Neufestsetzung des Rentenbeginnes bleibt unbeantwortet
70	Fragen im Zusammenhang mit der Auszahlung des Familiengeldes	71	Zwei Eingaben werden nicht behandelt
72	Eine Eingabe bleibt unbeantwortet	82	Eine Steuerfahndungsmethode wird scharf kritisiert
84	Seit 10 Jahren wartet der Bürger auf die Rückerstattung von zu viel bezahlter Erbschaftsteuer	118	Er ist besitzlos und kann die Steuerrückstände nicht bezahlen
124	Die Pension wird mit 3 ½ Jahren Verspätung ausbezahlt ohne Zinsen und Geldaufwertung	136	Das italienische Generalkonsulat von Innsbruck meldet ein in Italien zugelassenes Fahrzeug ab und trotzdem muß die Autosteuer bezahlt werden
142	Die Zeit, die er als vorgeladener Zeuge bei einem Strafprozeß aufwenden muß, rechnet die Postverwaltung zum ordentlichen Urlaub	154	Die Nichtdurchführung eines Urteiles wird beklagt
164	Ein Geldbetrag, der mittels Postanweisung nach England überwiesen wird, erreicht nicht das Ziel	177	Die nahe Hochspannungsleitung gibt zu Besorgnis Anlaß
185	Fragen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Verwendung eines staatlichen Symbols	188	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung einer Gebühr für die Besetzung eines Demanialgrundes
247	Ein Antrag um Sozialrente bleibt unbehandelt	257	Ein Antrag um Rückerstattung von nicht geschuldeten Beiträgen bleibt unbehandelt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
278	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung von Telefonrechnungen	290	Beanstandung einer durch die Telecom verfügbaren Kabelverlegung
302	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung der Kraftfahrzeugsteuer	303	Ein Rekurs gegen die Verweigerung der Hinterbliebenenrente bleibt unbehandelt
324	Die Auszahlung der Restabfertigung wird urgiert	328	Seit eine Telefonleitung verlegt wurde, dringt Wasser in das Wohnhaus
329	Fragen im Zusammenhang mit der Rückgabe von Erlösen aus Schatzscheinen	333	Fragen im Zusammenhang mit der Auszahlung einer Enteignungsentschädigung
334	Fragen im Zusammenhang mit der Auszahlung der Abfertigung	362	Vor 1 ½ Jahren wurde die Zweisprachigkeitszulage anerkannt aber bis heute nicht bezahlt
368	Verzögerung des Abschlusses eines Mietvertrages mit den Carabinieri	374	Die Aufforderung, rückständige Kfz-Steuer zu zahlen, wird angefochten
376	Fragen im Zusammenhang mit der Aufenthaltsgenehmigung	382	Die Namensänderung wird erst dann gewährt, wenn die Richtigkeit der kirchlichen Schreibweise bewiesen werden kann
387	Fragen im Zusammenhang mit Ausgleichszahlungen für die Reduzierung der Arbeitszeit aus Gesundheitsgründen	388	Der Anschluß für ein Handtelefon wird ungerechtfertigterweise stillgelegt
389	Seit mehr als 3 Jahren wartet er auf die abschließende Behandlung seines Pensionsgesuches	391	Beklagt, daß ihr Antrag um Rückerstattung eines nicht geschuldeten Betrages abgelehnt wurde
394	Fragen im Zusammenhang mit der Rückforderung von aus Verschulden des NISF zu viel gezahlten Familienzulagen	396	Mobbing, Ausgrenzungsmethoden am Arbeitsplatz, wird beklagt
420	Fragen im Zusammenhang mit einem Antrag auf Schadenersatz	421	Fragen im Zusammenhang mit der Ausstellung der Aufenthaltsgenehmigung
426	Fragen im Zusammenhang mit dem Recht auf den Gebrauch der eigenen Muttersprache	428	Die Ablehnung des Vorschusses auf die Abfertigung in einer besonderen Notsituation wird beklagt
435	Die Folgen eines Unfalles werden als allgemeine Krankheit eingestuft	459	Beanstandet, daß er aufgefordert wird, eine Steuerzahlkarte für einen Zeitraum zu zahlen, in dem er den Betrieb noch nicht aufgenommen hatte

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
474	Der Antrag um Gewährung der Hinterbliebenenrente für eine Arbeitsinvaliden ist zu beschleunigen	485	Seit fast 1 Jahr ist eine Antwort ausständig
494	Das Desinteresse eines italienischen Konsulates im Ausland wird beklagt	497	Fragen im Zusammenhang mit der Streichung von der häuslichen Gemeinschaft des selbständigen Bauern
502	Antrag auf Verbrauchssteuerreduzierung von Methangas für Klosterschule wird abgelehnt	513	Auf der Einzahlungsbestätigung der Kraftfahrzeugsteuer ist nicht die richtige Kfz-Nummer angegeben
530	Beanstandet, daß der Antrag auf Widerruf der Kündigung nicht angenommen wird	532	Einer vertikalen Part-time-Angestellten werden die Essensgutscheine nicht gewährt
552	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung von Beiträgen an das NISF	554	Fragen im Zusammenhang mit dem Datenschutzgesetz
556	Eine Mutter möchte den Sohn im Gefängnis besuchen	573	Dem Antrag um Tausch einer Dienstwohnung wird nicht stattgegeben
580	Fragen im Zusammenhang mit dem Datenschutzgesetz	581	Fragen im Zusammenhang mit der Auszahlung der Abfertigung
587	Fragen im Zusammenhang mit der Rente	593	Beanstandet, daß ein Teil der Abfertigung nicht zur Bildung eines Zusatzrentenfonds rückgestellt werden kann
617	Das Steueramt macht eine „Einkommensfeststellung“, die es nicht gibt	621	Die geplante Trasse für den Bau einer Elektroleitung wird abgelehnt, dafür aber eine Variante vorgeschlagen

TÄTIGKEITSBERICHT 1998 DES VOLKSANWALTES
DER AUTONOMEN PROVINZ BOZEN - ART. 16 DES GESETZES NR. 127/97

Sehr geehrter Herr Präsident des Senats der Republik!

Sehr geehrter Herr Präsident der Abgeordnetenkammer!

Artikel 16 des Gesetzes Nr. 127/97 besagt: *"A tutela dei cittadini residenti nei comuni delle rispettive regioni e province autonome e degli altri soggetti aventi titolo secondo quanto stabilito dagli ordinamenti di ciascuna regione e provincia autonoma, i difensori civici delle regioni e delle province autonome, su sollecitazione di cittadini singoli o associati, esercitano, sino all'istituzione del difensore civico nazionale, anche nei confronti delle amministrazioni periferiche dello Stato, limitatamente agli ambiti territoriali di rispettiva competenza, con esclusione di quelle che operano nei settori della difesa, della sicurezza pubblica e della giustizia, le medesime funzioni di richiesta, di proposta, di sollecitazione e di informazione che i rispettivi ordinamenti attribuiscono agli stessi nei confronti delle strutture regionali e provinciali."*

Im Sinne des oben genannten Gesetzes übermitteln die Volksanwälte der Regionen und der autonomen Provinzen auch den Präsidenten von Senat und Abgeordnetenkammer einen Bericht über ihre im Vorjahr ausgeübte Tätigkeit.

Was die autonome Provinz Bozen betrifft, so wird die Figur des Volksanwaltes mit Landesgesetz vom 10. Juli 1996, Nr. 14, das ich diesem Bericht beilege, geregelt.

Diese Gesetzesmaßnahme führte Neuerungen gegenüber dem vorhergehenden einschlägigen Landesgesetz Nr. 15/83 ein. Die wichtigsten bestehen in der Befugnis, Vereinbarungen mit den Gemeinden abzuschließen, damit die Aufgaben eines Volksanwaltes auch gegenüber der Gemeindeverwaltung wahrgenommen werden können, sowie die Ausdehnung der Zuständigkeiten auf Probleme des Gesundheitswesens, des Umweltschutzes, die Anliegen der Kinder und Jugendlichen. Der Volksanwalt ist zudem befugt, von Freiberuflern und Fachleuten Rechtsgutachten anzufordern.

Der letztgenannten Möglichkeit habe ich mich auch bezüglich einer Streitfrage mit der Gesamtstaatlichen Anstalt für Versicherungen gegen Arbeitsunfälle (INAIL) bedient, welche die Ansicht vertreten hatte, daß im Falle eines Arbeitsunfalls nicht die Voraussetzungen für die Erbringung der Leistungen zu Lasten besagter Körperschaft gegeben seien und die entsprechende Eingabe negativ beurteilt worden war.

Was die Tätigkeit im Jahr 1998 betrifft, so treffen für die Beziehungen mit den peripheren

staatlichen Verwaltungen, die auf lokaler Ebene tätig sind, mehr oder weniger die allgemeinen Überlegungen zu, die ich bereits im Tätigkeitsbericht für das Jahr 1997 dargelegt habe. Auch während des vergangenen Jahres war die Zusammenarbeit vorwiegend positiv. Vor allem sei auf die ausgezeichneten Beziehungen mit dem hiesigen Amt des Nationalen Instituts für soziale Fürsorge (NISF) hingewiesen. Auch die Kontakte mit dem Regierungskommissariat sind von bester Zusammenarbeit geprägt.

Nur in einigen Fällen bin ich auf unbegründeten Widerstand seitens öffentlicher Beamter und eine daraus sich ergebende mangelnde Bürgernähe gestoßen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Untätigkeit der Direktion für die Einnahmen in einem spezifischen Fall verweisen, in dem die Abteilung Einnahmen des Finanzministeriums den Rekurs eines Bürgers zwar für begründet angesehen, jedoch für unannehmbar erachtet hatte, da die Unterschrift fehlte, weshalb die Akte an das Amt, das dafür verantwortlich war, zurückging, damit dieses im Selbstschutzwege die nötigen Schritte unternehmen sollte, um die Rechtmäßigkeit seines administrativen Vorgehens zu wahren.

Symptomatisch ist auch der Fall eines Bürgers, der durch einen Fehler eines Bediensteten des ACI, der die Kenntafel des Fahrzeuges falsch auf das Verkehrssteuerformular übertragen hatte, zweimal den geschuldeten Betrag bezahlen mußte. Der Betreffende suchte bei der ehemaligen Finanzintendanz in Mailand - das Fahrzeug trug das Kennzeichen MI - umgehend um Rückerstattung des Betrags an; aber erst nach über zehn Jahren, nach wiederholten Mahnungen seitens meines Amtes - das im übrigen keinerlei Mitteilung erhielt - wurde besagtem Bürger die nicht geschuldete Summe rückerstattet.

Die Situation wird kritisch, wenn es die Ämter der zentralen Verwaltung sind, denen die Erlassung eines Aktes obliegt. Auch wenn es Ämter gibt, die binnen nicht allzu langer Zeit über einen Akt Auskunft erteilen, und dies vor allem dank des sofortigen Einschreitens des Direktors des Landesamtes in Rom, Dr. Peter Gasser, dem ich für seine wertvolle Zusammenarbeit danke, kommt es leider nicht selten vor, daß die kontaktierten Ämter - vor allem im Bereich Vorsorge - trotz wiederholter Aufforderungen auf keine Weise antworten. In diesem Zusammenhang wünsche ich mir, daß umgehend die Figur des gesamtstaatlichen Volksanwaltes geschaffen wird.

Obwohl das Gesetz Nr. 127/97 einige Sektoren wie Justiz, Verteidigung und öffentliche Sicherheit vom Zuständigkeitsbereich des Volksanwaltes ausklammert, sei hervorgehoben, daß ich bei mehreren Gelegenheiten trotzdem auf diesen Gebieten intervenieren konnte und nicht nur durch Vermittlung, Beratung und Information, Tätigkeiten, die den Bürgern Aufschluß über ihre Rechte gegenüber der öffentlichen Verwaltung geben.

So war es auch im folgenden Fall, den ich bereits in meinem vorhergehenden Bericht aufgezeigt

habe: Besagte Bürgerin hatte sich vor gut zehn Jahren an meinen Vorgänger gewandt, um die Behandlung eines Rentenrekurses vor dem Rechnungshof, Rechtsprechungssektion für die Region Latium voranzutreiben. Die Mahnungsschreiben seitens des Landesamtes in Rom an das zuständige Amt sind bis heute unbeantwortet geblieben. Eine Besserung könnte meines Erachtens durch die Einsetzung der Rechtsprechungssektion des Rechnungshofes in Bozen eintreten, wie dies das Gesetz vom 14. Jänner 1994, Nr. 19 vorsieht, was aber bis heute noch nicht geschehen ist.

Ein anderer bezeichnender Fall, in dem ich interveniert habe, betrifft einen beim Staatsrat seit 1983 behängenden Rekurs. Der Fall konnte - trotz ständigen Verschiebens der Verhandlungen - dadurch gelöst werden, indem das zuständige Landesamt überzeugt wurde, eine Maßnahme im Selbstschutzwege zu treffen, durch welche der Gegenstand des Streitfalles hinfällig wurde.

Schlußfolgerungen:

Im Jahr 1998 wurde in 69 Fällen betreffend die peripherischen Verwaltungen des Staates eine Akte angelegt; folglich ist eine leichte Erhöhung im Vergleich zum Jahr 1997 zu verzeichnen, in dem sich die Fälle auf 66 beschränkten. Dieses Phänomen ist meines Erachtens teilweise auch darauf zurückzuführen, daß sich der Bürger in stärkerem Ausmaß seiner Rechte bewußt ist und sich somit häufiger an die Institutionen wendet, die seine Rechte verteidigen und schützen, Institutionen, denen er immer größere Bedeutung und größeren Wert beimißt.

Bozen, 29. März 1999

Dr. Werner Palla

ANFRAGEN – BESCHWERDEN 1998

Staat – öffentliche Dienste

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
7	Fragen im Zusammenhang mit einem Wettbewerb	23	Seit 1984 wird eine zustehende Rentennachzahlung nicht ausbezahlt
42	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung der Autosteuer infolge der unterlassenen Eintragung ins Kraftfahrzeugregister	47	Fragen im Zusammenhang mit der Beschleunigung eines Gerichtsverfahrens
84	Fragen im Zusammenhang mit der Rückforderung nicht zustehender Beträge	94	Fragen im Zusammenhang mit der Zahlung der Autosteuer
95	Beanstandet die Kriterien für die Einstufung von Staatsverwaltungspersonal in einem Pensionat	96	Beanstandet die Kriterien für die Einstufung von Staatsverwaltungspersonal in einem Pensionat
99	Fragen im Zusammenhang mit der Zahlung der Autosteuer	100	Die wegen Verlegung einer Leitung getätigten Bauarbeiten werden nicht zu Ende geführt
125	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung der Zinsen und der geldmäßigen Aufwertung der Pension	137	Die Behandlung eines Rekurses verzögert sich
145	Fragen im Zusammenhang mit der Verjährungsfrist der Autosteuer	147	Ein Eisenbahnchef in Pension wartet vergeblich auf die Vergütung von Überstundenrückständen
211	Fragen im Zusammenhang mit einem Rekurs beim Bezirksrichter gegen die Entscheidung des Regierungskommissariates	216	Klärung im Zusammenhang mit der Auszahlung der Frontkämpferzulage
226	Fragen im Zusammenhang mit einem Rekurs gegen ein Pensionsdekret	227	Fragen im Zusammenhang mit Einheitsbeiträgen in der Landwirtschaft
243	Klärung bezüglich der Rentenposition	252	Die Verzögerung bei der Auszahlung der Pension wird beklagt
271	Obwohl der in England geschiedene Mann mittellos ist, wurden die Familienzulagen für das mit der Mutter in Italien zusammenlebende Kind nicht gewährt	274	Die Rückforderung von zu viel erhaltenen Rentenbezügen ist nicht gerechtfertigt

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
282	Trotz mehrmaliger Aufforderungen wartet er seit 10 Jahren vergeblich auf die Rückzahlung der Kraftfahrzeugsteuer	285	Die ausstehende Antwort auf einen Rekurs wird beklagt
293	Die ihr zustehende Arbeitsunfähigkeitsrente wird nicht gewährt	299	Er wartet seit Jahren vergeblich darauf, daß das NISF seine Pension den Lebenshaltungskosten anpaßt
301	Fragen im Zusammenhang mit der Gewährung eines Darlehens für Zahnarztbehandlungen	306	Obwohl die Pflichtimpfung vorgenommen wurde wird sie zur Bezahlung der Verwaltungsstrafe aufgefordert
313	Post verlangt die Beglaubigung eines Ansuchens obwohl Bassanini-Gesetz ausdrücklich davon absieht	322	Das Gesuch, Zivildienst zu leisten, wird mit einer nicht zutreffenden Begründung zurückgewiesen
325	Probleme im Zusammenhang mit der Ausstellung der Aufenthaltsgenehmigung	336	Wartet seit 6 Jahren vergeblich auf Rückerstattung der Beiträge aus dem Rentenergänzungsfonds
338	Versicherungszeiten in verschiedenen EU-Staaten werden nicht anerkannt	340	Die sparsame Rentnerin bekommt keine Wohnbauhilfe weil die Rente zu gering ist
345	Fragen im Zusammenhang mit der Rentennachzahlung	346	Das Motorisierungsamt verlangt für die Behandlung eines Gesuches nicht erforderliche Unterlagen
352	Beklagt, daß sie durch ein angeblich unkorrektes Verhalten des Schatzamtes in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist	359	Wartet seit 6 Jahren vergeblich auf Rückerstattung der Beiträge aus dem Rentenergänzungsfonds
360	Wartet seit 6 Jahren vergeblich auf Rückerstattung der Beiträge aus dem Rentenergänzungsfonds	361	Wartet seit 6 Jahren vergeblich auf Rückerstattung der Beiträge aus dem Rentenergänzungsfonds
367	Ein während der Arbeit passierter Unfall wird nicht als Arbeitsunfall anerkannt	370	Fragen im Zusammenhang mit einer Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft
373	Antrag um Übermittlung der Krankengeschichten	376	Die Witwe eines 100%-Staublungeinvaliden beklagt die Ablehnung der entsprechenden Rente
381	Beklagt die verzögerte Zustellung eines Briefes	412	Obwohl er keinen Alkohol trinkt, aber sprachlich leicht behindert ist und hinkt, wurde ihm der Führerschein wegen Trunkenheit für 1 Monat entzogen

Akte Nr.	Beschreibung des Falles	Akte Nr.	Beschreibung des Falles
440	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung der Kraftfahrzeugsteuern	450	Die vom NISF veranlaßte Hausvisite des Kontrollarztes wird als oberflächlich und schlampig bezeichnet und beanstandet
452	Fragen im Zusammenhang mit einer Zahlungsaufforderung	456	Die Auszahlung der Abfertigung erfolgt mit Verspätung
460	Beklagt sich, daß eine Vormerkung für eine Zugfahrt wegen Mangel an Plätzen abgewiesen wurde, was aber nicht stimmt	482	Probleme bei der Beschaffung eines Dokumentes
484	Fragen im Zusammenhang mit einer Verwaltungsstrafe	494	Fragen im Zusammenhang mit dem Rückkauf von Versicherungszeiten
495	Fragen im Zusammenhang mit einem Strafprotokoll	498	Fragen im Zusammenhang mit einer Steuerkontrolle Kindern gegenüber
533	Beim Ansuchen um Stromanschluß gibt es Schwierigkeiten	534	Die Rückerstattung von zu viel bezahlten Steuerbeträgen soll beschleunigt erfolgen
536	Fragen im Zusammenhang mit der Frontkämpferzulage	551	Fragen im Zusammenhang mit der Regelung betreffend die Stempelgebühren
561	Fragen im Zusammenhang mit einem Parkplatz	565	Der Antrag um die Hinterbliebenenrente ist nach 2 Jahren noch nicht behandelt
575	Klärung hinsichtlich der Versicherungsposition für einen Selbstbebauer	629	Fragen im Zusammenhang mit der Auszahlung des Krankengeldes
638	Einer Bürgerin italienischer Muttersprache wird eine deutsche Mitteilung übermittelt	650	Fragen im Zusammenhang mit einem Pensionsdekret
658	Fragen im Zusammenhang mit der Einreichung eines Rekurses	664	Die gerichtliche Räumung der Wohnung wird auf Antrag des Eigentümers gegen den Willen der Mieterin verschoben
668	Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung einer Verwaltungsstrafe		

Europäisches Ombudsmann Institut

VARIA 20 (D)

Dr. Werner PALLA

DIE RECHTLICHEN UND FAKTISCHEN
GRUNDLAGEN FÜR DAS VERHÄLTNIS
DES LANDESVOLKSANWALTES ZU DEN
GEMEINDEN SÜDTIROLS

EOI

Vorwort

Auf der vom Europarat im November 1997 in Messina abgehaltenen Tagung zum Thema "Der regionale und kommunale Ombudsmann - näher dem Bürger" informierten die beiden regionalen Volksanwälte Dr. Olivo von Trient und Dr. Palla von Südtirol über ihre Erfahrungen mit der Möglichkeit, als regionaler Ombudsmann auf der Basis von Verträgen mit den Gemeinden als Volksanwalt auch für diese tätig zu sein. Diese in Italien entwickelte Option für den regionalen Ombudsmann könnte für zahlreiche andere Länder von großem Interesse sein, weshalb die beiden italienischen Kollegen darum gebeten wurden, für das EOI je einen Erfahrungsbericht zu erarbeiten, der sodann weiteren an diesem Modell Interessierten als Diskussionsgrundlage zu dienen vermag. Der hiemit vorliegende Bericht des Landesvolksanwaltes von Südtirol, Dr. Werner Palla, ist hiezu wohl bestens geeignet.

Nikolaus Schwärzler
Präsident des EOI

Dr. Werner Palla, Landesvolksanwalt von Südtirol

Bozen, 24. März 1998

Rechtliche und faktische Grundlagen für das Verhältnis des Landesvolksanwaltes zu den Gemeinden Südtirols.

Mit dem Landesgesetz vom 9. Juni 1983, Nr. 15 wurde in der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol das Amt des Volksanwaltes eingerichtet.

Im Art. 2 dieses Gesetzes wurden die Aufgaben des Volksanwaltes folgendermaßen festgeschrieben: „Aufgabe des Volksanwaltes ist es, auf Antrag der Betroffenen dafür zu sorgen, daß Angelegenheiten oder Verfahren, die vom Land oder von den vom Land beauftragten Körperschaften - mit Ausnahme der Gemeinden und der Verbandskörperschaften, denen die Gemeinden angehören - in die Wege geleitet worden sind, ordnungsgemäß und pünktlich erledigt bzw. abgewickelt werden; ...“

Trotz dieser inhalts- und verfahrensrechtlich eindeutigen gesetzlichen Bestimmung hat sich der Landesvolksanwalt bei seiner täglichen Arbeit auch mit Bürgeranliegen, die Gemeindeangelegenheiten betrafen, befaßt. Anfänglich geschah dies nur zögernd. So kann aus den Jahresberichten meines Vorgängers entnommen werden, daß in den Tätigkeitsjahren 1985 bis 1990 die Anlaßfälle in Gemeindeangelegenheiten 10,2 % (1985), 6,3 % (1986), 6 % (1987), 3,8 % (1988), 3,2 % (1989) und 5,6 % (1990) in Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschwerden ausmachten.

Ich hingegen sah in diesem "gesetzlichen Verbot", schon vom Anbeginn meiner Tätigkeit im Februar 1992 kein allzugroßes Hindernis, bei Gemeindeangelegenheit zu intervenieren. Dementsprechend stieg in den folgenden Jahren auch das Verhältnis dieser Beschwerden zu der Gesamtzahl der Anlaßfälle und zwar: 12,5 % (1992), 18,6 % (1993), 16,9 % (1994) und 19,0 % (im Jahre 1995). Bis auf ganz wenige Ausnahmen war seitens der zuständigen Gemeindebehörden größte Bereitschaft zur Konfliktlösung vorhanden, obwohl ich, wie erwähnt, ohne gesetzliche Grundlage intervenierte.

Im Laufe des Jahres 1994 hatten die 116 Gemeinden Südtirols im Sinne des Gesetzes der Region Trentino-Südtirol vom 4. Januar 1993, Nr. 1 ihre Satzungen genehmigt. 96 Gemeinden sehen in ihrer Satzung die Möglichkeit vor, als Beistand für den Bürger in Konflikten mit der Gemeindeverwaltung das Amt des Volksanwaltes zu errichten, u. a. auch mittels Abschluß einer diesbezüglichen Vereinbarung mit dem Landesvolksanwalt. Bereits im selben Jahr hatten 2 Gemeinden ihren Willen bekundet, mit dem Landesvolksanwalt eine solche Vereinbarung abzuschließen. Nachdem das damals geltende Landesgesetz den Volksanwalt zum Abschluß einer solchen Konvention nicht legitimierte, mußte zwischenzeitlich ein tauglicher Weg gefunden werden, wie das Problem auch formell zufriedenstellend für die Bürger, die Gemeindeverwaltung und den Landesvolksanwalt gelöst werden konnte. Ich fand am Beispiel von der Stadt Bologna eine praktikable Lösung insoferne, als der Gemeinderat einseitig beschließen sollte, daß sich mit den zwischen den Bürgern und der Gemeindeverwaltung umstrittenen Angelegenheiten der Landesvolksanwalt zu befassen habe. Es wäre dies formell eine einseitige Willenserklärung der Gemeinde, durch die der Volksanwalt ermächtigt würde, bei der Behandlung von Bürgerbeschwerden gegenüber der Gemeindeverwaltung im gleichen Maße wie gegenüber der Landesverwaltung tätig zu werden. Mein diesbezüglicher Vorschlag wurde von den interessierten Gemeinden angenommen und bis Mitte des Jahres 1996 hatten bereits 20 Ge-

meinden entsprechende Beschlüsse gefaßt. Ich kann mit Zufriedenheit feststellen, daß die so geregelte Zusammenarbeit mit den Gemeinden bis zur Verabschiedung des neuen Volksanwaltschaftsgesetzes im allseitigen Interesse gut funktionierte.

Mit Inkrafttreten des Landesgesetzes vom 10. Juli 1996, Nr. 14 wurde das eingangs erwähnte Landesgesetz vom 9. Juni 1983, Nr. 15 aufgehoben und für die Volksanwaltschaft in Südtirol eine grundlegend neue gesetzliche Regelung eingeführt. Eine solche Neuerung betraf erwartungsgemäß auch das künftige Verhältnis des Landesvolksanwaltes zu den Südtiroler Gemeinden. Im Art. 2, Absatz 2 des Landesgesetzes 14/96 wird nämlich folgendes bestimmt: „Der Volksanwalt kann mit ... Gemeinden ... Vereinbarungen abschließen, um dieses Amt zu übernehmen ...“. In der Folge haben die vorher erwähnten 20 Gemeinden und bis heute noch weitere 18 Gemeinden eine solche Vereinbarung mit dem Landesvolksanwalt abgeschlossen bzw. die dafür notwendigen formellen Beschlüsse gefaßt. Somit ist der Südtiroler Landesvolksanwalt heute formell auch für 38 Gemeinden, deren Anzahl sich laufend vermehrt, der zuständige „Gemeindevolksanwalt“. Dies wirkt sich auch auf die Anzahl der Anlaßfälle aus dem Gemeindebereich aus: 26,2 % aller Fälle im Jahre 1996 und 28,5 % aller Fälle im Jahre 1997.

Die Tätigkeit als Gemeindevolksanwalt ist insgesamt sehr befriedigend, weil die Ergebnisse meiner Interventionen zu einem Großteil erfolgreich für den Bürger und, weil dadurch Konflikte bereinigt werden, auch für die Gemeindeverwaltung sind. Warum diese Tätigkeit normalerweise erfolgreich ist, dürfte in den Umständen liegen, wie es in der Regel zum Abschluß einer solchen Vereinbarung kommt. Diese Umstände möchte ich in der Folge kurz beschreiben.

Normalerweise meldet sich der Bürgermeister einer Gemeinde schriftlich oder mündlich beim Landesvolksanwalt mit der Frage, ob dieser bereit wäre, in seiner Gemeinde auch als Gemeindevolksanwalt tätig zu werden. Daraufhin erkläre ich mich grundsätzlich dazu bereit, aber unter der Bedingung, daß noch vor einer diesbezüglichen Beschlußfassung durch den Gemeinderat eine Aussprache zwischen letzterem und dem Landesvolksanwalt stattzufinden habe. Gleichzeitig schicke ich dem Bürgermeister den Entwurf der Vereinbarung, die nur wenige grundsätzliche Aussagen beinhaltet und frei von überflüssigen Einzelbestimmungen ist. Dieses Vorstellungs- bzw. Informationsgespräch, bei dem auch die jeweiligen Auffassungen über die Aufgaben und Vorgangsweisen bei der Beschwerdeprüfung ausführlich diskutiert werden, findet fast immer in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung, seltener in einer Gemeindeausschußsitzung, statt. Ich nehme dabei bewußt die Aufgabe des Volksanwaltes, auch konfliktvorbeugend tätig zu sein, wahr. Mit anderen Worten, ich versuche bei dieser Aussprache anhand von Erfahrungen aus meiner bisherigen Tätigkeit die Verwalter darauf hinzuweisen, was getan werden kann, daß es den Volksanwalt gar nicht oder nur höchst selten braucht. Dazu gehört einmal, daß die Mitarbeiter in der Gemeindeverwaltung sich ihrer Servicerolle bewußt sein und danach handeln müssen, d. h. daß das Recht des Bürgers, wie ein Kunde höflich behandelt und ausführlich informiert zu werden, voll zur Geltung kommt. Dazu gehört aber auch, daß die Gemeindeverwalter selbst sich in ihrer Tätigkeit und im Umgang mit dem Bürger nicht von einem arroganten Machtverhalten leiten lassen, sondern den Menschen mit seinen wie immer gearteten Anliegen stets ernst nehmen. Sollten nach kritischen und ehrlichen Überlegungen diesbezüglich, sowohl bei den Mitarbeitern als auch bei den Verwaltern selbst, Defizite festgestellt werden, müßten die Verantwortlichen in der Gemeindeverwaltung die Kraft aufbringen, Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, eine sicht- und spürbare Besserung der Verhältnisse zu erreichen, wie zum Beispiel zielorientierte Aus- und Weiterbildungskurse.

Nach einer solchen 1 bis 1½ Stunden dauernden Aussprache im Gemeinderat geht man mit dem öffentlich bekundeten Versprechen auseinander, bei der Suche nach Problemlösungen eng zusammen-

zuarbeiten und damit wirkungsvoll beizutragen, daß die Tätigkeit des Volksanwaltes in Angelegenheiten der interessierten Gemeinde möglichst erfolgreich im Sinne der Wiederherstellung des Rechtsfriedens abgewickelt werden kann. Damit ist auch schon der Grundstein für eine nützliche Arbeit als Gemeindevolksanwalt gelegt und ich kann mit Genugtuung feststellen, daß - abgesehen von wenigen Ausnahmen - es nicht nur bei den Versprechungen bleibt, sondern daß im konkreten Falle auch die Mitarbeit angeboten wird. Schwierig ist die Arbeit des Volksanwaltes in Gemeinden, wo interne Zwietracht und persönliche Fehden den Verwaltungsalltag mitbestimmen. Dort wird zuweilen auch bei offenkundig einfach lösbaren Angelegenheiten eine starre und unverrückbare, oft bis zum Amtsmißbrauch reichende Position eingenommen.

Einige Bemerkungen noch zur Frage der Kosten.

In den bisher zwischen dem Landesvolksanwalt und den Gemeinden abgeschlossenen Vereinbarungen ist keine Kostenbeteiligung durch die Gemeinden vorgesehen. Der Südtiroler Landtag hat jedoch mit Landesgesetz vom 30. Jänner 1997, Nr. 1 eine Bestimmung in das Volksanwaltgesetz 14/96 eingefügt, die folgendes besagt: „Das Präsidium des Südtiroler Landtages kann einen Pauschalbeitrag festlegen, den die Körperschaften, mit denen eine Vereinbarung laut Absatz 2 abgeschlossen wurde, dem Südtiroler Landtag entrichten müssen, um die Mehrausgaben abzudecken, welche aus der Tätigkeit der Volksanwaltschaft für besagte Körperschaften entstehen.“ Ich meine, daß dieser, wenn auch nur als Kann-Bestimmung formulierte ergänzende Gesetzesartikel für die Einrichtung "Gemeindevolksanwalt" nicht vorteilhaft ist, und zwar in mehrerlei Hinsicht:

- Zunächst muß ernsthaft befürchtet werden, daß die Gemeinden den Abschluß einer Konvention mit dem Landesvolksanwalt nicht mehr anstreben. Die Aufgeschlossenheit gegenüber der Bürgerschutzeinrichtung "Gemeindevolksanwalt" würde geringer und somit deren wünschenswerte Verbreitung gebremst.
- Nach welchen Kriterien sollte dieser Pauschalbeitrag berechnet werden? Sollte es ein symbolischer Kostenbeitrag sein? Dann wäre der bürokratische Aufwand nicht gerechtfertigt oder sollte ein pauschaler Kostenbeitrag pro Einwohner festgesetzt werden? Dann ist die gutfunktionierende Großgemeinde gegenüber der kleineren Gemeinde mit vielen Anlaßfällen benachteiligt.

Eine letzte Frage steht im Raum: Welches sind die Folgen, wenn das Präsidium des Südtiroler Landtages den vom Gesetz möglichen Pauschalbeitrag festlegt und die Gemeinden daraufhin die Vereinbarung mit dem Landesvolksanwalt kündigen? Man müßte meinen, daß dann der Landesvolksanwalt in Gemeindeangelegenheiten nicht mehr intervenieren könnte. Dem ist aber nicht so. Der Landesvolksanwalt hat vielmehr den gesetzlichen Auftrag (Art. 3, Absatz 5 L.G. 14/96), mit jenen Stellen, wogegen Beschwerden eingereicht wurden, selbst aber keinen Volksanwalt haben, die Zusammenarbeit zu suchen, und zwar im Sinne der Zielsetzung des Art. 97 der italienischen Verfassung, wonach die gute Führung und die Unparteilichkeit der Verwaltung gewährleistet werden muß. Dieser Umstand läßt mich berechtigterweise hoffen, daß diese gesetzliche Möglichkeit, von den Gemeinden einen Kostenbeitrag für den vom Landesvolksanwalt wahrgenommenen Dienst "Gemeindevolksanwalt" zu verlangen, toter Buchstabe bleibt.

Abschließend sei festgehalten, daß ich dem erwähnten gesetzlichen Auftrage nachkommend, bei allen Südtiroler Gemeinden, nicht nur bei den konventionierten, interveniere; bei letzteren mit mehr Gewicht. Zwei der 116 Gemeinden lehnen noch, direkt oder indirekt, eine Zusammenarbeit mit dem Landesvolksanwalt ab. Ich bin zuversichtlich, daß sich auch diesbezüglich angesichts des unbestreitbaren Nutzens für alle Beteiligten in nächster Zukunft etwas ändern wird.

VORTRAG AM MITTWOCH, 4. NOVEMBER 1998

DR. WERNER PALLA, VOLKSANWALT DES LANDES SÜDTIROL

Der Volksanwalt und seine Einbindung in das italienische Verwaltungsverfahren

Ich danke dem Vorstand des Institutes für öffentliches Recht und Politikwissenschaft und meinem Lehrer, Herrn **o.Univ.-Prof. Dr. Norbert Wimmer**, ganz herzlich für die Einladung und es ehrt mich sehr, hier mit Ihnen, verehrte Damen und Herren, zum Thema Volksanwalt ins Gespräch kommen zu dürfen. Aber mehr noch, als es mich ehrt, freue ich mich darüber. Und diese Freude wird auch Ihnen verständlich, wenn ich Ihnen berichte, daß ich zu jener ersten Gruppe Südtiroler gehöre, die als Werkstudenten im Wintersemester 1972/73 ihr Studium der Rechtswissenschaften hier begonnen haben und 1977 mit der Promotion abschließen konnten. Heute bin ich unserer Landesuniversität noch sehr verbunden u. a. auch als Mitglied des Südtiroler Freundeskreises der Universität Innsbruck.

Kurz zu meinem beruflichen Werdegang:

Nach dem Abschluß der Handelsoberschule in Bozen bin ich 1963 in den Landesdienst getreten, wo ich 18 Jahre lang in der Abteilung für geförderten Wohnbau tätig war. Dann bin ich aus dem Dienst in der öffentlichen Verwaltung ausgeschieden und bin 1981 als Funktionär in die Darlehensabteilung einer Bank, der Hypothekenbank Trentino-Südtirol, Trient eingetreten, wo ich über 10 Jahre tätig war. Seit Februar 1992 nehme ich die Funktion des Südtiroler Landesvolksanwaltes wahr.

Frau Magistra Esther Happacher und ich einigten uns, dieses Gespräch unter das Thema „Der Volksanwalt und seine Einbindung in das italienische Verwaltungsverfahren“ zu stellen, weil wir – sicherlich mit Recht - davon ausgegangen sind, daß die an diesem Vortrag Interessierten über das Ombudsmanwesen **allgemein** schon Kenntnis haben. Ich meine dabei über dessen Geschichte, dessen Verbreitung in der Welt, dessen Besonderheiten in den einzelnen Staaten und dessen rechtlicher und gesellschaftlicher Stellung innerhalb seines Wirkungsgebietes.

Ein kurzer Hinweis zu je diesen 4 Aspekten sei mir aber trotzdem erlaubt.

1. Zur Geschichte und zur weltweiten Verbreitung:

In Schweden wurde 1809 der erste parlamentarische Ombudsman geschaffen. Im 19. Jh. gab es den Ombudsman ausschließlich in Schweden. 1920 wurde er in Finnland eingeführt. Nachdem 1955 auch Dänemark das Konzept übernommen hatte, erfolgte ab 1960 eine rasche Ausbreitung in der ganzen Welt. Heute gibt es in etwa 100 Ländern nationale, regionale, lokale und für Spezialbereiche (z. B. für nationale und sprachliche Minderheiten in Ungarn) zuständige Ombudsleute. In den Ländern Mittel- und Südamerikas, wo früher Diktaturen waren, und in den Ländern des früheren Ostblocks sind in den letzten Jahren, ja Monaten (Georgien, Rumänien, Mazedonien u. a.) Ombudsmaneinrichtungen wie Pilze aus dem Boden gewachsen.

2. Zu Besonderheiten in den einzelnen Staaten:

In **Deutschland** gibt es aus Landtags- bzw. Bundestagsabgeordneten zusammengesetzte Petitionsausschüsse bei den Landtagen und beim Bundestag; vereinzelt gibt es daneben auch Bürgerbeauftragte. In **Frankreich** kann der Mediateur nicht direkt mit einer Beschwerde befaßt werden, sondern nur über einen politischen Mandatar, etwa über einen Abgeordneten des Departementes. Der Defensor del Pueblo der argentinischen Provinz **Rio Negro** schließt mit den Friedensrichtern

der Gemeinden Kooperationsabkommen, um den Bürgern dieses weiten Gebietes mit den entlegenen Städten und Dörfern den Zugang zum Volksanwalt zu erleichtern.

3. Zur rechtlichen Stellung:

Fast auf der ganzen Welt haben Ombudsleute eines gemeinsam: Sie haben **keine** Entscheidungs- und Befehlsgewalt. Sie haben angesichts von Bürgerbeschwerden eine umfassende Befugnis bei der Überprüfung von Verfahrensvorgängen in der mitunter schlecht funktionierenden öffentlichen Verwaltung. Sie können empfehlen, tadeln, vermitteln, sie sind „magistrati della persuasione“, wo die „auctoritas“ und nicht die „potestas“ ausschlaggebend für eine erfolgreiche Tätigkeit ist.

4. Zur gesellschaftlichen Stellung:

In **Guatemala** muß sich der Defensor del Pueblo und spätere Staatspräsident mit seiner Familie durch Flucht über die Hausdächer vor Feinden der Demokratie bzw. nicht näher definierten bewaffneten Verfolgern in Sicherheit bringen. In **Slowenien** wird der Ombudsman bei der Aufzählung der Staats- und Regierungsorgane im Range der Minister angeführt. Die Ombudsleute der **Föderation Bosnien-Herzegowina** sahen sich nach Veröffentlichung ihres ersten Tätigkeitsberichtes dem Vorwurf des Hochverrates ausgesetzt und können sich aus Gründen der persönlichen Sicherheit nur mit OSZE-Autos fortbewegen. In **Südtirol** wird der Volksanwalt bei Feierlichkeiten, die staatliche Institutionen begehen, durchwegs eingeladen.

Nun werde ich mich dem eigentlichen Thema unserer heutigen Zusammenkunft widmen, wenn auch nach meinem Geschmack das vorher über den Ombudsman schwerpunktmäßig Gesagte viel interessanter ist. Aber darauf können wir, wenn es gewünscht wird, noch im Laufe der Diskussion zurückkommen.

In der Gesetzgebung Italiens findet man den Ausdruck „Difensore civico“ das erstmal im **Staatsgesetz vom 22. Mai 1971, Nr. 341**, beinhaltend die Genehmigung des Statutes der Region Ligurien im Sinne des Art. 123, Abs. 2 der Verfassung. Im Art. 14 dieses Statutes wird unter „Difensore civico“ folgendes bestimmt: **„Bei der Region wird das Amt des Volksanwaltes errichtet“**. Weiters wird im selben Artikel festgehalten: **„Das Verfahren für die Bestellung des Volksanwaltes, seine Aufgaben und wie er diese wahrzunehmen hat, wird mit Regionalgesetz geregelt“**.

In der Folge wurden im Sinne der erwähnten Verfassungsnorm mit Staatsgesetzen die Satzungen der meisten restlichen Regionen mit Normalstatut genehmigt. Bis auf die Region **Molise** haben alle Regionen mit Normalstatut auch ein Volksanwaltschaftsgesetz verabschiedet. Die Regionen **Kampanien** und **Umbrien** hatten Volksanwälte, sind aber mit den Neubestellungen seit Jahren in Verzug, während **Apulien** und **Kalabrien** trotz der Verabschiedung der Volksanwaltschaftsgesetze in den Jahren 1981 bzw. 1985 seit jeher keinen bestellt haben. Von den Regionen mit Sonderstatut hat immerhin **Sizilien** auch noch kein Volksanwaltschaftsgesetz verabschiedet, was immer wieder zu mehr oder weniger zutreffenden Kommentaren Anlaß gibt.

Ein für das Volksanwaltschaftswesen in Italien einschneidendes Datum sollte der **8. Juni 1990** darstellen. Dieses Datum trägt das **Gesetz Nr. 142** über die Ordnung der Lokalautonomien.

Der Art. 8 dieses Gesetzes lautet:

1. Das Provinzialstatut und jenes der Gemeinde können das Amt des Volksanwaltes vorsehen, der die Rolle eines Garanten für die Unparteilichkeit und die gute öffentliche Verwaltung der Gemeinde und der Provinz erfüllen muß, indem er, auch aus eigenem Antrieb, auf Mißbräuche, schlechtes Funktionieren, Mängel und Verzögerungen in der Verwaltung zulasten der Bürger hinweist.
2. Das Statut regelt die Wahl, die Rechte und die Mittel des Volksanwaltes sowie dessen Beziehungen zum Gemeinde- oder Provinzialrat.

So hat Italien, das abweichend von allen anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union noch kein Gesetz über einen nationalen Volksanwalt hat, immerhin ein Staatsgesetz, eben das Gesetz 142/90, welches den **8.102 Gemeinden** und den **103 Provinzen** erlaubt, wenn sie es wollen, das Amt des Volksanwaltes einzurichten. Obwohl also ein staatliches Gesetz über das Wesen des Volksanwaltes und dessen Aufgaben fehlt, könnte Italien potentiell über mehr als 8.000 lokale und über 20 regionale Volksanwälte verfügen. In Wirklichkeit haben 8 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes 142/90 nur rund 200 Gemeinden und 10 Provinzen einen eigenen Volksanwalt bestellt, was den Schluß zuläßt, daß die besagte Gesetzesbestimmung ihr Ziel wohl nicht erreicht hat.

In der Region Trentino-Südtirol wurden die Grundsätze des staatlichen Rahmengesetzes 142/90 mit Regionalgesetz vom 4. Januar 1993, Nr. 1 übernommen. Als Folge davon haben alle Gemeinden der Region (223 im Trentino und 116 in Südtirol) ihre Satzungen genehmigt. Die meisten haben dabei auch die Errichtung des Volksanwaltes vorgesehen. Einen eigenen Volksanwalt hat bis jetzt aber keine der 339 Gemeinden bestellt. Vielmehr wurden und werden laufend Kooperationsabkommen zwischen diesen Gemeinden und den im Trentino und in Südtirol jeweils amtierenden Landesvolksanwälten abgeschlossen. So gibt es in Südtirol bis heute 45 solcher Vereinbarungen und im Trentino 119.

Vollständigkeitshalber möchte ich auch das Gesetz vom 5. Februar 1992, Nr. 104 - Rahmengesetz für den Beistand, die soziale Integration und die Rechte der Menschen mit Behinderung - erwähnen. Im 2. Absatz des Art. 36 dieses Gesetzes wird dem Volksanwalt das Recht eingeräumt, im Strafverfahren wegen bestimmter Verbrechen sich als Zivilpartei einzulassen. Diese Bestimmung ist toter Buchstabe geblieben, auch weil die Nennung des Volksanwaltes in diesem Zusammenhang keinen Sinn bringt, wo es doch noch keinen staatlichen gibt, die regionalen noch lange nicht alle bestellt waren und die lokalen sowieso noch im embryonalen Zustand sich befanden.

Eine inhaltlich bedeutungsvolle Neuerung für das Ombudsmanwesen in Italien brachte das sog. **Bassanini-II-Gesetz vom 15. Mai 1997, Nr. 127**, beinhaltend “Dringende Maßnahmen für die Beschleunigung der Verwaltungstätigkeit und für die Entscheidungs- und Kontrollverfahren“. Dieses Gesetz wurde im ordentlichen Beiblatt des Gesetzesanzeigers der Republik Nr. 113 vom 17. Mai 1997 kundgemacht und ist am darauffolgenden 18. Mai 1997 in Kraft getreten.

Die Bestimmung gemäß **Art. 16** betrifft eine Neuerung, die deshalb bedeutungsvoll ist, weil sie erstmals mit aller Deutlichkeit **volksanwaltschaftliche Funktionen gegenüber staatlichen Verwaltungsorganen** vorsieht. Es können nämlich die regionalen Volksanwälte und die Volksanwälte der autonomen Provinzen Trient und Bozen gegenüber den peripheren, d.h. in der jeweiligen Region oder Provinz tätigen Staatsorgane, die Funktionen eines Volksanwaltes ausüben. Diese Befugnis ist **zeitlich begrenzt**, und zwar bis zur Einsetzung des nationalen Volksanwaltes. Andere Bestimmungen dieses Gesetzes (Art. 17, Abs. 39 und 45) bezogen auf **Kontrollfunktionen des Volksanwaltes in Bereichen der örtlichen Körperschaften** sind in Südtirol und im Trentino nicht anwendbar, weil sie mit den Grundsätzen unseres Autonomiestatutes und der dazugehörigen Durchführungsbestimmungen unvereinbar sind. Sie sind auch sonst Gegenstand von Diskussionen, Bewertungen, Auslegungen und Begutachtungen seitens unzähliger Rechtsgelehrter bei unzähligen Anlässen, wie Tagungen, Seminaren, Gutachtertreffen und a.m. Was ich bisher als Ergebnis dieser Gelehrtentätigkeit gelesen und gehört habe (als Beispiel u.a. das 20 Seiten starke Gutachten vom 18.11.1997 des aus 7 Professoren bestehenden „Comitato di Consulenza tecnico-giuridica del Consiglio Regionale della Toscana“) ist für die praktische Arbeit eines tätigen Volksanwaltes wenig hilfreich und wahrscheinlich auch nur für Gedankenakrobaten reizvoll, wobei nicht letztere die Schuld an diesen m.E. sterilen Erscheinungen haben, sondern einzig und allein der Gesetzgeber, der eine unbrauchbare, weil rundum rechtsunsichere und mit unzähligen Fragen behaftete Norm genehmigt hat.

In der Folge möchte ich, nach Rücksprache mit dem mit der Materie befaßten Juristen C. Lutteri, auf die im Gesetz vom 15. Mai 1997, Nr. 127 vorgesehenen und die Volksanwaltschaft betreffenden Bestimmungen näher eingehen, wobei ich versuchen werde, unnütze gedankliche Interpretationsspiele zu vermeiden.

Vorab sei festgehalten, daß **im Art. 17, Abs. 137 eine Schutzklausel für die Sonderautonomien** enthalten ist, die folgendermaßen lautet: „Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden für die Regionen mit Sonderstatut und für die autonomen Provinzen Trient und Bozen im Rahmen und unter Berücksichtigung der Statuten und deren Durchführungsbestimmungen Anwendung.“ Diese Klausel sowie die im Art. 2 des Legislativdekretes Nr. 266/92 enthaltenen allgemeinen Bestimmungen über die Anpassung von Regional- und Landesgesetzen an die staatlichen Rahmengesetze lassen darauf schließen, ob in Südtirol das Gesetz 127/97 beschränkt auf die Volksanwalt-Bestimmungen anzuwenden ist oder nicht.

Die im **Artikel 16** eingeführte Regelung weist folgende Eigenheiten und grundsätzliche Inhalte auf:

1. Die Funktionen und Aufgabenbereiche, die der Landesvolksanwalt zum Schutze der im Gebiet seiner Zuständigkeit ansässigen Bevölkerung ausübt, werden auch auf die von den peripheren Staatsverwaltungen ausgeübten Tätigkeiten ausgedehnt. Praktisch wird der im Art. 2 des Landesgesetzes vom 10. Juli 1996, Nr. 14 festgelegte Aufgabenbereich des Volksanwaltes erweitert.
2. Die Funktionen, die der Volksanwalt laut Art. 16 gegenüber den peripheren Staatsorganen ausüben kann, sind einzeln angeführt und entsprechen den allgemeinen und typischen Aufgabenstellungen wie Anfragen, Auskunfts- und Vorschlagsrecht und Anmahnungen. Hier herrscht Deckungsgleichheit im Handeln, d.h. **die Aufgabenstellung des Landesvolksanwaltes gegenüber den peripheren Staatsorganen ist dieselbe wie gegenüber der Landesverwaltung**. Im Landesgesetz sind aber für den Volksanwalt weiterreichende als die oben angeführten Interventionsformen vorgesehen. So kann er z. B. das Personal, das seine Arbeit erschwert, beim zuständigen Disziplinarorgan zur Anzeige bringen. Dadurch ergibt sich eine gewisse Zweideutigkeit bzw. es könnte der Art. 16 so ausgelegt werden, daß bestimmte Befugnisse, wie das eben erwähnte Anzeigerecht beim zuständigen Disziplinarorgan, gegenüber der Staatsverwaltung nicht ausgeübt werden können, weil sie einschneidender sind als die im Art. 16 angeführten Interventionsformen. Somit würden dem Volksanwalt bei seiner Tätigkeit gegenüber den Staatsorganen jene Befugnisse nicht zustehen, die nicht ausdrücklich unter den Aufgabenbereich Anfragen, Auskunfts- und Vorschlagsrecht und Anmahnungen fallen. Deshalb wäre, unabhängig von der Schwierigkeit einer genauen Abgrenzung dieser Funktionen und unter Berücksichtigung der allgemeinen Zielsetzung des Bassanini-Gesetzes sowie angesichts der sich bei den jeweiligen regionalen Volksanwälten eingebürgerten Praxis, eine pragmatische Auslegung und Anwendung dieser Bestimmung wünschenswert. Damit hätte der Volksanwalt eine effektive Interventionsbefugnis auch gegenüber den örtlichen Staatsverwaltungen, was seiner normalen Aufgabentätigkeit auch entsprechen würde.
3. **Die Ausdehnung auf die peripheren Staatsorgane tritt sofort in Kraft**, da eine Übernahme der Bestimmung mit Landesgesetz oder Verwaltungsakt des Landes nicht erforderlich erscheint. Die Ausdehnung ist **zeitlich begrenzt**, nämlich bis zur Einsetzung des nationalen Volksanwaltes und schließt kompetenzmäßig Bereiche wie die Verteidigung, die öffentliche Sicherheit und die Justiz aus.
4. Der Volksanwalt hat alljährlich dem Parlament einen **Tätigkeitsbericht** vorzulegen, in dem die Interventionen hinsichtlich der peripheren Staatsverwaltungen aufgezeigt werden müssen. Es handelt sich auf jeden Fall um eine von jedem Volksanwalt selbst abzugrenzende Verpflichtung, deren Nichteinhaltung keine Sanktion mit sich bringt und folglich auch nicht zwingend ist.

Eine abschließende Bemerkung zum Art. 16 des Gesetzes vom 15. Mai 1997, Nr. 127, abgeändert mit Art. 2, Abs. 27 des Gesetzes vom 16. Juni 1998, Nr. 191:

Die Ausdehnung der Aufgaben des Landesvolksanwaltes auf die Organe der peripheren Staatsverwaltung kann mangels Zuständigkeit nicht mit Landesgesetz geregelt werden. Mit der im Bassanini-Gesetz vorgesehenen Lösung wird genau das erreicht, was die regionalen bzw. was wir Landesvolksanwälte seit langer Zeit anstreben, nämlich daß wir unsere Tätigkeit nicht nur informell und vom Wohlwollen der jeweiligen Verwaltungen abhängig ausüben können, sondern wir wollen auch formell bei allen im Lande tätigen öffentlichen Verwaltungen intervenieren können.

Durch dieses Staatsgesetz wird auch unser Autonomiestatut nicht verletzt. Weder in inhaltlicher noch in formeller Hinsicht scheint eine staatliche Einmischung in die Landesgesetzgebung vorzuliegen, zumal die Zuständigkeiten des Landesvolksanwaltes erweitert und nicht geschmälert werden.

Der italienische Text lautet:

“Art. 16 (Difensori civici delle regioni e delle provincie autonome):

1. A tutela dei cittadini residenti nei comuni delle rispettive regioni e provincie autonome e degli altri soggetti aventi titolo secondo quanto stabilito dagli ordinamenti di ciascuna regione e provincia autonoma, i difensori civici delle regioni e delle provincie autonome su sollecitazione di cittadini singoli o associati, esercitano, sino all'istituzione del difensore civico nazionale, anche nei confronti delle amministrazioni periferiche dello Stato, limitatamente agli ambiti territoriali di rispettiva competenza, con esclusione di quelle che operano nei settori della difesa, della sicurezza pubblica e della giustizia, le medesime funzioni di richiesta, di proposta, di sollecitazione e di informazione che i rispettivi ordinamenti attribuiscono agli stessi nei confronti delle strutture regionali e provinciali.
2. I difensori civici inviano ai Presidenti del Senato della Repubblica e della Camera dei Deputati entro il 31 marzo una relazione sull'attività svolta nell'anno precedente ai sensi del comma 1.”

Vollständigkeitshalber möchte ich Sie auch über den Inhalt des **Artikels 17** in Kenntnis setzen. Dieser enthält im Rahmen der Neuregelung betreffend die **Gesetzmäßigkeitskontrolle über die von Lokalkörperschaften** gefaßten Beschlüsse zwei einschlägige Bestimmungen, die unabhängig voneinander die Tätigkeit des Volksanwaltes betreffen:

1. Absatz 39 (unter Berücksichtigung des Abs. 38) überträgt unter ganz bestimmten Voraussetzungen und in ganz bestimmten Fällen dem Gemeinde- bzw. Landesvolksanwalt die Gesetzmäßigkeitskontrolle über die Beschlüsse des Gemeinde- bzw. des Landesausschusses und des Gemeinderates bzw. des Landtages. Wenn der Volksanwalt der Ansicht ist, daß der Beschluß gesetzeswidrig ist, so teilt er dies der Körperschaft mit und fordert sie auf, die entsprechenden Mängel zu beheben. Wenn die Körperschaft nicht gewillt ist, die entsprechende Maßnahme abzuändern, so tritt sie trotzdem in Kraft, wenn sie mit absoluter Mehrheit der Ratsmitglieder bzw. der Landtagsabgeordneten bestätigt wird.

Nachfolgend der italienische Wortlaut des Abs. 39:

“Nei casi previsti dal comma 38, il controllo è esercitato, dalla data di rispettiva istituzione, dai difensori civici comunali e provinciali; il difensore civico, se ritiene che la deliberazione sia illegittima, ne dà comunicazione all'ente, entro quindici giorni dalla richiesta, e lo invita ad eliminare i vizi riscontrati. In tal caso, se l'ente non ritiene di modificare la delibera, essa acquista efficacia se viene confermata con il voto favorevole della maggioranza assoluta dei componenti il consiglio. Fino all'istituzione del difensore civico, il controllo è esercitato, con gli effetti predetti, dal comitato regionale di controllo.”

2. Absatz 45 erklärt den regionalen Volksanwalt für zuständig, einen **eigenen Kommissar zu ernennen**, der jene Pflichtmaßnahmen ergreift, welche die Gemeinden oder Provinzen zu spät oder nicht durchgeführt haben.

Nachfolgend der italienische Wortlaut dieses Absatzes:

“Qualora i comuni e le province, sebbene invitati a provvedere entro congruo termine, ritardino o omettano di compiere atti obbligatori per legge, si provvede a mezzo di commissario ad acta nominato dal difensore civico regionale, ove costituito, ovvero dal comitato regionale di controllo. Il commissario ad acta provvede entro sessanta giorni dal conferimento dell'incarico.”

In beiden Fällen handelt es sich um ganz untypische Aufgabenzuweisungen an den Volksanwalt, die, wie eingangs bereits erwähnt, mehr Fragen aufwerfen, als die Stellung des Volksanwaltes zu festigen. Insbesondere war man allgemein davon überrascht, daß dem Gemeinde- und dem Landesvolksanwalt spezifische Aufgaben in bezug auf die Gesetzmäßigkeitskontrolle für Maßnahmen der Lokalkörperschaften übertragen wurde. Es handelt sich dabei um wesensfremde Aufgaben des Volksanwaltes, bei deren Wahrnehmung mit ständigen Konflikten zu rechnen ist. Dabei besteht auch die Gefahr, daß seine wichtigsten Aufgaben, nämlich die Beschwerdeprüfung und in Fällen schlechter Verwaltung mahnend und vermittelnd zu intervenieren, in den Hintergrund gedrängt werden könnten.

In beiden Fällen - **Gesetzmäßigkeitskontrolle** und **Ernennung eines ad-hoc-Kommissars** – handelt es sich jedenfalls um Bestimmungen, die in der Region Trentino-Südtirol so nicht übernommen werden können: die Aufsicht und Kontrolle über die örtlichen Verwaltungen (Gemeinden u. a.) mittels Überprüfung der Beschlüsse oder durch Ersatzkontrolle mittels Ernennung eines ad-hoc-Kommissars, wenn die Vornahme von Pflichtmaßnahmen unterlassen oder verzögert wird, ist gemäß Art. 54, Abs. 1, Ziffer 5 des Autonomiestatuts einzig und allein der Landesregierung vorbehalten. Die Landesregierung übt diese Kontrolle im Rahmen und gemäß den mit Regionalgesetz festgelegten Modalitäten aufgrund der primären Gesetzgebungsbefugnis (Art. 4, Abs. 1, Ziffer 3 des Autonomiestatuts) aus. In der Tat sind im Regionalgesetz die Verfahren hinsichtlich der Kontrolle über die Maßnahmen der Lokalkörperschaften durch die Landesregierung festgelegt, und zwar sowohl hinsichtlich der eventuellen Gesetzmäßigkeitskontrolle auf Antrag eines Teiles der Gemeinderatsmitglieder (Art. 96, Abs. 2 und 4 des mit Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses Nr. 4/L vom 27. Februar 1995 genehmigten Einheitstextes über die Gemeindeordnung) als auch hinsichtlich der Ersatzkontrolle mittels Ernennung eines ad-hoc-Kommissars (Art. 103 des obenerwähnten Einheitstextes).

Die eingangs angeführte Schutzklausel (Art. 17, Abs. 137 Gesetz 127/97) ermöglicht konsequenterweise, daß die oben besprochenen Bestimmungen des Bassanini-Gesetzes in den autonomen Provinzen Bozen und Trient nicht übernommen werden müssen.

Nun zum letzten Aspekt meines Vortrages, der sich auf die **rein textlich formulierten Verfahrensnormen für den Volksanwalt** bezieht. Ich habe im Laufe meines 35 Jahre dauernden Berufslebens die Erfahrung gemacht, daß man seine Energien meistens nutzlos verbraucht und sein Gedächtnis zwecklos belastet, wenn man sich in Italien und auch in Südtirol mit **Gesetzesvorlagen intensiv befaßt**. Spätestens bei der Durchsicht des genehmigten Gesetzes nämlich kann es einem passieren, daß man vom Text der Gesetzesvorlage vieles nicht mehr vorfindet, dafür aber eine Menge von verblüffenden Neuigkeiten, oft auch von echten Neuheiten. So wird es mir vermutlich auch mit dem vereinheitlichten Text der Gesetzesvorschläge Nr. 619 und andere über „Norme in materia di difensore civico“ gehen. Dieser Text wurde von der 1. ständigen Kommission der Abgeordnetenkammer am 15. September 1998 genehmigt und vorgestern habe ich schon von der Kollegin aus der autonomen Region Aosta ein Fax bekommen, womit sie mir den Text eines negativen Gutachtens zum obengenannten Gesetzentwurf mitteilt. Die Konferenz der Regionalratspräsidenten und der Landtagspräsidenten des Trentino und Südtirols haben nämlich bei ihrer Tagung in Neapel am 24. September 1998 beschlossen, das Parlament aufzufordern, den von der erwähnten Kommission am 15. September 1998 genehmigten Gesetzentwurf so nicht zu genehmigen. Aus diesen Gründen werde ich Sie und mich mit den im Text dieser Gesetzesvorlage vorgesehenen Verfahrensnormen nicht belasten,

weil das in nächster oder ferner Zukunft zu verabschiedende Gesetz mit Sicherheit einen wesentlich anderen Inhalt haben wird.

Dafür möchte ich nachfolgend stellvertretend für alle zur Zeit geltenden regionalen Volksanwaltschaftsgesetze Italiens die im **Landesgesetz vom 10. Juli 1996, Nr. 14** über die Volksanwaltschaft in Südtirol enthaltenen Verfahrensbestimmungen darlegen:

- Außer auf Antrag der Betroffenen hat der Volksanwalt auch von Amts wegen dafür zu sorgen, daß die Angelegenheiten oder Verfahren, die von der Landesverwaltung oder von dieser beauftragten Körperschaften in die Wege geleitet worden sind, verfahrensgerecht und pünktlich erledigt bzw. abgewickelt werden. Der Antrag der Betroffenen auf Behandlung einer Beschwerde ist an keine Form gebunden. Dementsprechend wird der Volksanwalt persönlich, fernmündlich, schriftlich, per Fax und neulich auch per Internet kontaktiert.
- Der Volksanwalt kann mit Bezirksgemeinschaften, mit Gemeinden und mit Gemeindekonsortien Vereinbarungen abschließen, um dieses Amt zu übernehmen. Bisher wurden 45 Vereinbarungen mit Gemeinden abgeschlossen.
- Der Volksanwalt macht den Landeshauptmann, die Bürgermeister sowie die Präsidenten der Bezirksgemeinschaften auf allfällige Verzögerungen, Unregelmäßigkeiten und Mängel sowie auf deren Ursachen aufmerksam und schlägt vor, wie solche behoben werden können.
- Der Volksanwalt nimmt seine Aufgaben wirksam wahr auch durch Information, Beratung und Vermittlung bei Konflikten in Angelegenheiten des Sanitäts- und Gesundheitswesens, des Umwelt- und Naturschutzes sowie in Anliegen von Kindern und Jugendlichen.
- Der Volksanwalt hat das Recht, Gutachten in Auftrag zu geben.
- Der Volksanwalt arbeitet vollkommen frei und unabhängig. So steht es im Gesetz. Er ist also nicht weisungsgebunden, auch nicht in bezug auf die Reisen, die er im Interesse seiner Arbeit unternimmt. Was die räumliche Unterbringung, die Ausstattung mit Mitarbeitern und Einrichtungsgegenständen anbelangt, ist er vom Landtag bzw. vom Landtagspräsidium abhängig. Er verfügt über kein eigenes Budget.
- Das Gesetz sieht eine terminlich geregelte Vorgangsweise des Volksanwaltes bei Interventionen vor. Diese Vorgangsweise ist kaum zweckdienlich und wird dementsprechend wenig in Anspruch genommen.
- Eingeleitete Rekurse und Einsprüche auf gerichtlichem oder Verwaltungswege schließen eine Befassung des Volksanwaltes in derselben Sache nicht aus, noch kann das zuständige Amt die Auskunft bzw. die Zusammenarbeit verweigern.
- Der Volksanwalt kann das Personal, das seine Arbeit durch Handlungen oder Unterlassungen erschwert, beim zuständigen Disziplinarorgan zur Anzeige bringen. Dieses wiederum ist verpflichtet, der Volksanwaltschaft die getroffenen Maßnahmen mitzuteilen.
- Der Landesvolksanwalt hat Beschwerden, deren Prüfung nicht in seine Zuständigkeit fällt, an die zuständigen gleichartigen Einrichtungen weiterzuleiten. Sind solche nicht vorhanden, wird er im Sinne der Zielsetzungen des Art. 97 der Verfassung (die gute Führung und die Unparteilichkeit der öffentlichen Verwaltung muß gewährleistet sein) die eventuellen Mißstände den betroffenen Stellen melden und die Zusammenarbeit mit ihnen suchen.
Seit es diese Bestimmung gibt (LG. 14/96) kann der Volksanwalt bei jeder Dienststelle der öffentlichen Verwaltung intervenieren und handelt dabei immer „secundum legem“. Früher versuchte er es auch bei fast jeder Behörde, sofern sie nicht ausdrücklich ausgeschlossen war, und handelte dabei kaum „contra legem“, aber oft „praeter legem“.
- In Angelegenheiten, die Verwaltungsstellen mit Sitz in Rom oder Brüssel betreffen, kann sich der Volksanwalt der Dienste des Südtiroler Außenamtes in Rom bzw. der öffentlichen EU-Dienste bedienen.
- Der Volksanwalt ist an das Amtsgeheimnis gebunden.

- Der Volksanwalt kann bei der von der Beschwerde betroffenen Dienststelle mündlich und schriftlich Kopien von Unterlagen anfordern, die er für die Durchführung seiner Aufgaben für nützlich hält, und in alle die Angelegenheit betreffenden Akten ohne Einschränkung durch das Amtsgeheimnis Einsicht nehmen. Mit diesem uneingeschränkten Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht haben manche Dienststellenleiter noch ihre liebe Not.
- Der Volksanwalt hat dem Südtiroler Landtag jährlich einen Tätigkeitsbericht vorzulegen, dem er Vorschläge beizulegen hat, wie die Verwaltungstätigkeit wirksamer gestaltet und die Unparteilichkeit der Verwaltung gewährleistet werden kann. Der Volksanwalt übermittelt den Bericht an die Spitzen der öffentlichen Verwaltung und veranlaßt dessen Verteilung an alle, die daran interessiert sind.
- Das Recht auf Gebrauch der Muttersprache seitens der Bürgerinnen und Bürger aller drei Sprachgruppen ist zu gewährleisten. Das bringt in Ermangelung ladinischer Mitarbeiter (was heute gottlob nicht der Fall ist) u.U. mit sich, daß der Volksanwalt selbst neben deutsch und italienisch auch die ladinische Sprache beherrschen muß. Ein bißchen, durch den Besuch eines Ladinischkurses, habe ich mich damit schon beschäftigt.

Ich bin damit am Ende meiner Ausführungen angelangt und hoffe, Ihnen einen kleinen Einblick in die Thematik des Ombudmanwesens in Italien geboten zu haben. In eine Thematik, die ein weites Spektrum umfaßt, nämlich von in der Regel engagierten und erfolgreich tätigen regionalen und lokalen Volksanwälten bis auf dem m.E. noch langen Weg zu einem wohldurchdachten und gutgelungenen Staatsgesetz „in materia di Difensore civico“.

Die regionalen Volksanwälte Italiens

Region/ Autonome Provinz	Volksanwalt	Adresse	Verantwortlicher des Büros	Telefon/Fax
Abruzzen	Dott. Giovanni Masciocchi	c/o Consiglio regionale Via M. Jacobucci, 4 67100 L'Acquila	Dott. Giovanni Aloisio	Tel. 0862/644802 Fax 0862/23194
Aostatal	Dott.ssa Maria Grazia Vacchina	Via Festaz, 52 11100 Aosta		Tel. 0165/238868 Fax 0165/32690
Apulien	nicht besetzt	c/o Consiglio regionale Via Capruzzi, 204 70129 Bari		Tel. 080/401111
Basilikata	Avv. Giulio Stolfi	Piazza XVIII Agosto, n. 14 85100 Potenza	Dott. Salvatore De Cunto	Tel. 0971/274564 Tel. 0971/448076 Tel. 0971/448078 Fax 0971/330960
Bozen-Südtirol	Dr. Werner Palla	Laubengasse 22 39100 Bozen	Dr. Verena Crazzolara	Tel. 0471/413450 Tel. 0471/972744 Fax 0471/981229
Emilia-Romagna	Dott.ssa Paola Gallerani	Largo caduti del Lavoro, 4 40122 Bologna	Dott. Vittorio Bernini	Tel. 051/6492400 Fax 051/6492280
Friaul-Julisch Venetien	Dott. Domenico Giavedoni	Piazza Oberdan, 4 34100 Trieste	Dott.ssa Maria Grazia de Chirico Lodi	Tel. 040/364130 Fax 040/3772289
Kalabrien	nicht besetzt	c/o Consiglio regionale Palazzo San Giorgio 89100 R. Calabria		Tel. 0965/330401
Kampanien	Avv. Giuseppe Fortunato	c/o Consiglio regionale della Campania Isola F. 13 Centro Direzionale 80143 Napoli	Dott. Bernardino Balsamo	Tel. 081/7783214 Fax 081/7783205
Latium	Dott. Rosario Di Mauro	Via 4 Novembre, 149 00187 Roma	Dott. Michele Buonomo	Tel. 06/65932014 Fax 06/65932015
Ligurien	Dott. Roberto Sciacchitano	Viale d. Brigate Partigiane, 2 16129 Genova	Geom. Vincenzo Gentile	Tel. 010/565384 Fax 010/540877
Lombardei	Dott. Alessandro Barbetta	Piazza Fidia, 1 20159 Milano	Dott.ssa Federica Capalozza	Tel. 02/67482465 Fax 02/67482487
Marken	Avv. Giorgio De Sabbata	Via Leopardi, 9 60100 Ancona	Dott. Vanni Venanzoni	Tel. 071/2298391 Fax 071/2298483
Molise	nicht vorgesehen			
Piemont	Avv. Dott. Bruno Brunetti	P.zza Solferino, 22 10121 Torino		Tel. 011/5757387 Fax 011/5757386
Sardinien	Avv. Franco Serra	Via Roma, 25 09100 Cagliari	Dott. Pietro Collari	Tel. 070/660434 Fax 070/673003
Sizilien	nicht vorgesehen			
Toskana	Dott. Romano Fantappiè	Via dei Pucci, 4 50122 Firenze	Dott.ssa Franca Rosa Bianchi	Tel. 055/2387800 Fax 055/210230
Trient	Dott. Fabio Bortolotti	Galleria Garbari Via Mancì 38100 Trento	Dott.ssa Maria Ravelli	Tel. 0461/213203 Fax 0461/238989
Umbrien	nicht besetzt			
Venetien	Dott. Lucio Strumendo	Bacino Orseolo San Marco, 1122 30124 Venezia	Avv. Bruno Vianello	Tel. 041/2701680 Fax 041/2701684